D 1600 E
Offenbach Nr. 262 März 1992
24. Jahrgang **W: DM 7,—/O: DM 4,-**

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

STASI

Jürgen Seifert

Gauck-Behörde am Pranger

USA

John Ely / Sigrid Müller

Multikultur und Neue Rechte

VERFASSUNGSDISKUSSION

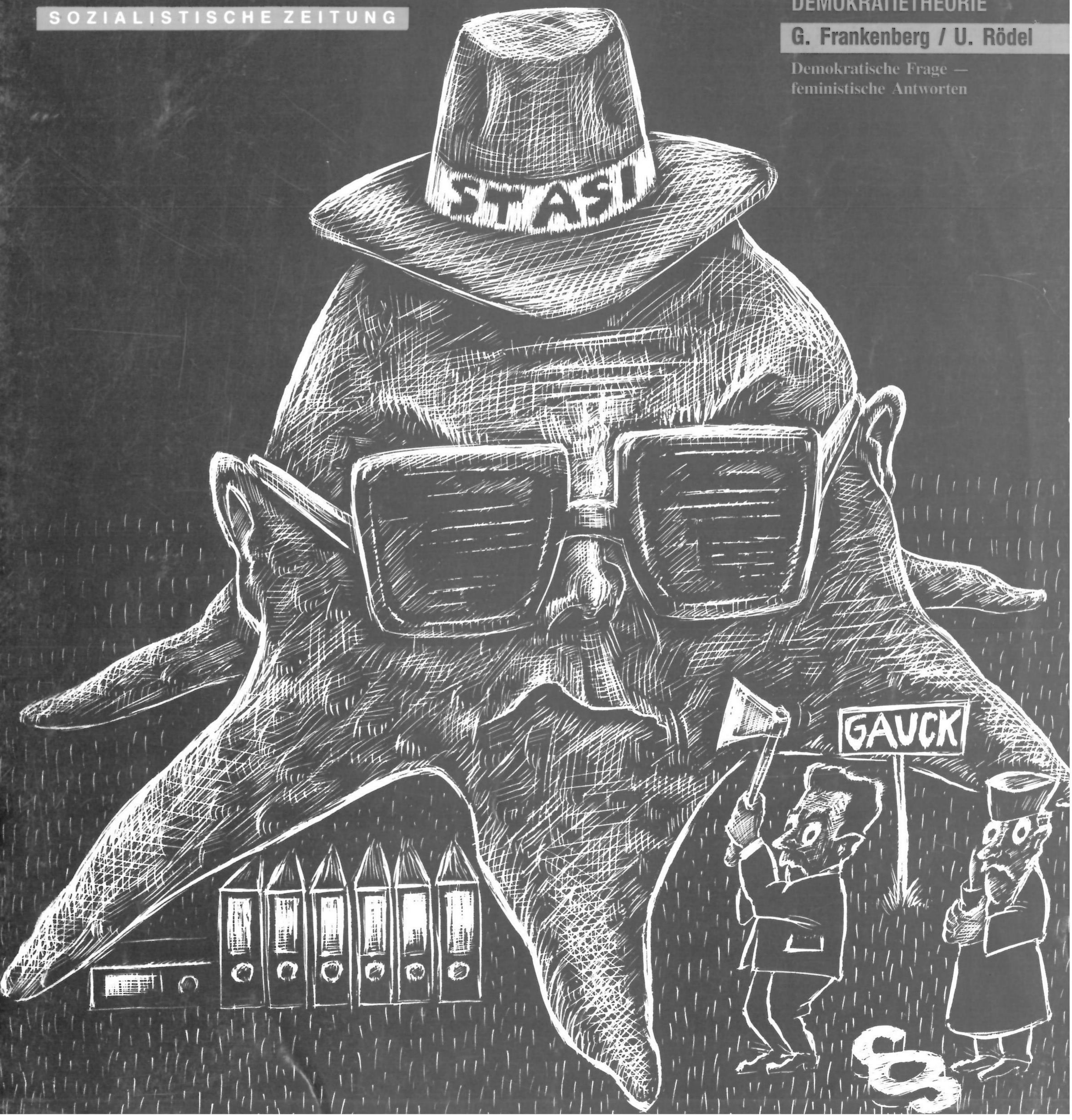
Ingeborg Maus

Demokratische Kontrolle von unten

DEMOKRATIETHEORIE

G. Frankenberg / U. Rödel

Demokratische Frage — feministische Antworten



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Allmählich — der Selbstmord eines Beschuldigten war dazu nötig — werden moralische Zeigefinger erhoben, wenn es um Verdächtigungen der Stasi-Mitarbeit geht. Reaktiv moralisierend ist mit der Stasi-Vergangenheit jedoch schon zu Genüge verfahren worden. Mit gnadenlosen Kampagnen sind die Medien, und nicht nur die rechten Boulevardblätter, gegen bestimmte Verdächtige zu Felde gezogen. Ohne, oder vielleicht doch mit, Ansehen der Person wird eine Schlammschlacht hauptsächlich gegen alles, was den Hauch von Opposition trägt, geführt. Diskreditiert werden dabei vor allen Dingen alle Gruppierungen der Bürgerrechtsbewegung der ehemaligen DDR (beispielsweise, daß die ,,Gründung der Grünen von Stasi manipuliert'' worden sei) und zunehmend auch Kritiker des Weststaates, wie Wallraff, ja sogar die ÖTV und gleich der ganze DGB, der schon dem FDGB gleichgesetzt wird.

Die Frage, ob Kritik an der alten Bundesrepublik schon deshalb falsch ist, weil sie dem früheren DDR-Regime dienlich war, wird nicht mehr gestellt. Mit blindem Haß wird die ehemalige DDR zum Bösen schlechthin erklärt. Dabei bleibt es auch nicht allein bei der Stasi. Mit Aufarbeitung der Vergangenheit hat das nichts zu tun. Der Versuch zu ergründen, wie eine derartig totale Überwachung, bei der unzählige Menschen die Herkunft der Socken wie den Brotaufstrich und die Eheprobleme von Nachbarn und Freunden mit unglaublicher Akribie notierten, überhaupt möglich war, wird gar nicht erst gemacht. Auch der Hinweis darauf, daß diese Art der Vergangenheitsbewältigung etwas mit eigener Entschuldigung und/oder politischen Interessen zu tun haben könnte, trägt einer/m sofort den Verdacht des Stalinismus ein.

Auf das Stasi-Syndrom und seine beliebige wie auch gefährliche Verwendung geht Christoph Görg ein. Daß bei den sogenannten Enthüllungen zumindest die Regeln dieses ach so gepriesenen Rechtsstaates eingehalten werden sollten, fordert Jürgen Seifert in seinem Beitrag ein. Peter Visolp beschreibt den Umgang mit der Stasi-Vergangenheit bei den Abgeordneten des brandenburgischen Landtags, so detailgetreu, daß jeder Kommentar überflüssig wird. Und Michael Stötzel schildert von ,,draußen'' zu welchen Folgen ein solches Klima der Bekenntnisse führt.

Mit dem Artikel von Joachim Hirsch in der letzten *links* haben wir begonnen, unsere redaktionsinterne Diskussion um den Untertitel öffentlich zu machen. In dieser Ausgabe nun faßt Christoph Görg noch einmal alle Fragen zusammen, die uns im Zusammenhang mit einer Debatte um den Sozialismus als wesentlich erscheinen. Damit sind die zentralen Themen benannt, die es politisch und theoretisch aufzuarbeiten gilt: denn schließlich geben die richtigen Fragen den Weg an, statt ihn zu verlassen.

Wo und was übrigens *links* ist, erläutert Peter Kiefer in einem historischen Streifzug. Die Verfassungsdiskussion, die zur Zeit der Zusammenlegung beider deutscher Staaten intensiv begonnen wurde, ist längst wieder abgeflaut. Ingeborg Maus nimmt sie wieder auf und verweist auf wichtige Aspekte, wobei sie insbesondere die Möglichkeiten einer dezentralisierten Gesetzgebung aufzeigt.

In einem vorerst letzten Beitrag zum Thema ,,Demokratietheorie'' versuchen Günther Frankenberg und Ulrich Rödel, der feministischen Kritik an ihrem Ansatz, wie sie in den letzten Monaten in der *links* dokumentiert wurde, zu begegnen.

Die Frauenbewegung in der ehemaligen UdSSR beleuchtet Britta Schmitt. Sie beschreibt eine prekäre Situation, in der sich die ersten Ansätze einer Frauenbewegung, wie wir sie aus der Vergangenheit kennen, in Konfrontation mit den Frauenorganisationen befinden, die in patriarchal-kommunistischer Manier gegründet worden sind.

Die Hintergrundinformationen zur aktuellen Situation in Algerien, die Bob Detobel in der letzten Ausgabe zusammengetragen hat, werden in diesem Monat ergänzt durch einen Artikel von Lahouari Addi, der hier die umstrittene These vertritt, daß Algerien das FIS-Experiment hätte wagen müssen, denn wäre die FIS an der Regierung, würde sie umso schneller scheitern.

Wie in den USA die neue Rechte den Diskurs über Differenz, der vor allem in den ,,multicultural studies'' an den Universitäten mit dem Ziel der Akzeptanz der minoritären Gruppen geführt wird, verwendet und rechts mißbraucht wird, beschreiben John Ely und Sigrid Müller.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, ,,Sovjeticus''

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Harald Goldhahn

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die April-Ausgabe 1992 ist der 12.3.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme'' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Christoph Görg
Geisterbeschwörungen **5**

AKTUELL

Helmut Oberdiek
Türkei: Militärherrschaft am Ende? **6**

Lahouari Addi:
Nicht bloß ein Staatsstreich, sondern ein Holzweg
Zur Situation in Algerien **8**

AKTUELLE DEBATTE

Christoph Görg
Macht der Untertitel noch einen Sinn? **10**

Thomas Sablowski
Vom Sozialismus zur radikalen Demokratie
Zum Postmarxismus von Laclau/Mouffe **12**

RASSISMUS/ANTISEMITISMUS

Berthold Rothschild
Vom täglichen Umgang mit einem schlechten Gefühl
Rassismus und Antisemitismus aus der Sicht eines jüdischen Psychoanalytikers **28**

Anton Maegerle
Neues von Nation und Europa
Vorbildfunktion für die zersplitterte Rechte in der Bundesrepublik 31

THEMA: Stasi over all

Jürgen Seifert
Der Rechtsstaat bindet auch die Gauck-Behörde
Eine Behörde darf niemand an den Pranger stellen **19**

Peter Visolp
Nein, Verdrängung und Lüge
Der Brandenburger Landtag und das Problem der Vergangenheit **21**

Michael Stötzel
Ein Klima der Bekenntnisse **23**

KULTURKRITIK

Peter Kiefer
Black-box-Methode
Eine polit-topologische Skizze zum Begriff *links* 25

INTERNATIONAL

John Ely/Sigrid Müller
Multikulturelle Gesellschaft und die Neue Rechte in den USA
Die Auflösung Amerikas **32**

Britta Schmitt
Jenseits von staatssozialistischen Sonntagsreden. Unabhängige und Block-Frauenbewegung in Rußland **35**

THEORIE

Ingeborg Maus
Die Kontrolle von unten nach oben in Gang halten
Die Verfassungsdiskussion geht weiter **37**

Günter Frankenberg/Ulrich Rödel
Demokratische Fragen — feministische Antworten
Eine Replik auf feministische Kritik **40**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Leserbrief **4**
Termine **4**
Register 1991 **15**
Lektüre **18**
Der Folterer des Monats **31**
Kontaktadressen **4**

Betr.: ***links*** **Nr. 261**

Sprachkosmetik

Ich kann nicht abschätzen, wie ernst gemeint Euer Vorschlag ist, den Untertitel von *links* — ,,Sozialistische Zeitung'' — zur Disposition zu stellen. Die Debatte um gesellschaftliche Alternativen fördert man mit Sicherheit nicht durch Begriffs-Demontage und auch nicht die Auseinandersetzung um Irrwege der Geschichte. Das Abwickeln unangenehmer Sachverhalte durch Sprachkosmetik sollten wir den Herrschenden bzw. ihren Gefälligkeitsdienern überlassen.

,,Bucharins letztes Wort, um sechs Uhr abends am zwölften März, ging unter im Dröhnen der Panzerwagen, im Stampfen der fünfundsechzigtausend Mann, die in Österreich einmarschierten.'' Grelles Schlaglicht fällt von einem Satz wie diesem hier aus Peter Weiss' ,,Die Ästhetik des Widerstands'' (1. Band) auf Charakter und Zusammenhang von ,,Siegen'' des Kapitalismus und Niederlagen des Sozialismus in unserem Jahrhundert.

Nicht die Verunstaltung von Worten und Begriffen durch Stalinismus und ,,Realsozialismus'', solange er in Europa existent gewesen ist, nein, dessen Liquidation soll semantische Säuberungsaktionen notwendig machen, als ob es sich tatsächlich nicht eher umgekehrt verhielte, daß man nämlich nach langen, langen Jahrzehnten erstmals wieder ohne falschen Zungenschlag bzw. Vorwegdistanzierung von Sozialismus und Kommunismus reden, sich als Parteigänger des Marxschen Internationalismus zu erkennen geben kann.

Ich kann aus Eurem Vorschlag nur Kapitulationsbereitschaft herauslesen.

Mit besten Grüßen

Klaus Herrmann

Perspektiven auf den Holocaust

Unter diesem Thema mit dem Untertitel ,,der industrielle Massenmord als Gegenstand der schulischen und außerschulischen Bildung'' veranstalten das Kulturdezernat der Stadt Frankfurt und die Katholische Akademie Rabanus Maurus anfang März ein gemeinsames Seminar in Wiesbaden. Der Holocaust als Gegenstand der Bildungsarbeit? Nicht zuletzt in der Bildungsarbeit hinterläßt die bohrende Frage nach der Bedeutung dieses ,,sinnlosen'' Verbrechens eher Ratlosigkeit. Der Holocaust will als Folie von Identifikationsangeboten nicht taugen. Didaktische Konzeptionen, die in den unterschiedlichen Kontexten entwickelt werden, haben ihren spezifischen Sinn. Ihre Übertragbarkeit muß zumindest diskutiert werden. Auf ihrer ersten gemeinsamen Tagung wollen die am Arbeitskreis Fortbildung Frankfurter Lern- und Dokumentationszentrum des Holocaust beteiligten Weiterbildungsinstitutionen pädagogische Ansätze zum Holocaust kontrovers diskutieren.

Termin: 4. - 6. März 1992
Ort: Rabanus-Maurus-Akademie, Wilhelm-Kempf-Haus, Wiesbaden/Naurod, Tel.: 06127/77 80
Anmeldung: Dezernat für Kultur und Freizeit, z.Hd. Hanno Loewy, Arbeitsstelle zur Vorbereitung des Frankfurter Lern- und Dokumentatsionszentrum des Holocaust, Brükkenstr. 3 - 7, 6000 Frankfurt/M.
Beginn: 14.OO Uhr

Ökologischer Anbau

Am Beispiel der Weinherstellung an der Mosel vom 22. bis 26. Juni 1992

Die Umstellung konventioneller Weinbaubetriebe auf kontrolliert ökologischen Anbau gestaltet sich als ein schwieriger und problematischer Prozess, der von vielen Faktoren abhängig ist. Bisher gibt es noch keine rechtlichen Bestimmungen, die klar regeln, was als ökologischer Weinanbau gilt. An der Mosel haben sich daher gerade jüngere Winzer zu einem Verband zusammengeschlossen, der als Selbstkontrollorgan die ökologischen Standards der einzelnen Betriebe überprüfen soll. Wir werden mit Vertretern dieses Verbandes, Oinos, zusammenkommen, um über die Schwierigkeiten und Aussichten der ökologischen Anbauweise diskutieren.

Die bisher fast ausschließlich ohne ökologisches Bewußtsein betriebene Anbauweise hat nicht nur zu starken Umweltbelastungen geführt, sondern ist auch verstärkt zu einem psychologischen Problem bei den Winzern selbst geworden. Denn einerseits verlangt die Konkurrenz auf dem Markt immer billigere Anbaumethoden mit immer höheren Erträgen und andererseits bedrohen gerade die dazu verwendeten Mittel wie Kunstdünger, Spritzungen gegen Schädlinge u.s.w. die gesamte Existenzgrundlage der Winzer: Überdüngung des Bodens und hohe Schadstoffbelastung des Wasserhaushalts. Speziell zu dieser Problematik wird ein Mitarbeiter des Instituts für sozial-ökologische Forschung für eine Diskussion zur Verfügung stehen.

Das Seminar wird sich also am Beispiel des Weinanbaus mit verschiedenen aktuellen Problemen beschäftigen:

- Wie wird sich der europäische Binnenmarkt, der ab 1992 eingeführt wird, auf die Produkt- und Produzentenebene auswirken?
- Welche strukturellen Probleme entstehen in einer Region, die sich von einer Monokultur abhängig gemacht hat?
- Welche Umweltbelastungen sind über den bisher konventionell betriebenen Anbau entstanden?
- Was bedeutet eigentlich ökologischer Weinanbau?
- Welche Vor- bzw. Nachteile besitzen die verschiedenen Betriebsstrukturen: Großunternehmen (Großkellereien), Genossenschaften, kleinere Betriebe, Kooperativen.

Referate und Führungen werden über die Geschichte des Weinanbaus informieren und bei einer Weinprobe sollen die verschiedenen Qualitätsstufen und Rebsorten erläutert werden.Geplant sind weiterhin: Besichtigung einer Großkellerei und eines ökologischen Betriebes; Treffen mit Vertretern einer Weinbauschule.
Tagungsort: Zell an der Mosel
Anmeldung bitte schriftlich bis zum 01.04.1992
TeilnehmerInnengebühr: DM 210,— Übernachtung in Doppelzimmern mit Frühstück in kleinen Pensionen am Ort oder im Tagungshaus ,,Waldfrieden'' bei Zell/Mosel
TeilnehmerInnenzahl: max. 20 Pers.
Das Seminar findet in Kooperation mit dem ,,Bildungswerk der Humanistischen Union e.V.'', Essen, statt und ist als Bildungsurlaub anerkannt, Anmeldungen sind auch möglich bei: ,,Bildungswerk der Humanistischen Union e.V.'', Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/22 79 82

Linker Anti-Amerikanismus

Zum Thema ,,linker Anti-Amerikanismus'' veranstaltet die *links*-Lesegruppe Mitte März in West-Berlin eine offene Diskussion, zu der alle InteressentInnen herzlich eingeladen sind.
Termin: 15.3.1992 um 15.30 Uhr
Ort: Reineckendorferstr. 115, c/o Rüdiger Walter, 1 Berlin 68
Kontakt: Tel.: 030/21 66 652

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 4630 Bochum, Tel. 0234/703739
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

KOMMENTAR

CHRISTOPH GÖRG

Geister-beschwörungen

Gespenster gehen um im neuen Deutschland — alte und neue. Sie stören den Frieden der Gesellschaft und stiften Unfrieden und Neid. Kaum hatte man die fernere Vergangenheit einigermaßen entsorgt, schon stört die neuere die traute Eintracht der Nation. Die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit ist zum Symbol der politischen Unkultur der Bundesrepublik geworden. Selbst der sonst so identitätsstiftende Bundespräsident versagt bislang vor der ihm zugeschriebenen Aufgabe, das Staatsvolk miteinander zu versöhnen. So lange aber dies nicht gelingt, macht sich die Erinnerung immer wieder selbständig — findet das Stasi-Gespenst keine Ruhe. Es zeigt die Schwierigkeiten einer Gesellschaft auf, die versucht, ihre sozial auseinanderdriftenden und kulturell unverbundenen Teile zu vereinigen, ohne an den vielfältigen Ungleichheitsgefälle und deren permanenter Reproduktion etwas ändern zu können oder zu wollen. Vordergründig ist es also ein Symbol für die Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit des Westens. Wer 1989 den Atem der Geschichte so stark in seinem Rücken zu spüren glaubte, daß er auf ihr unmittelbar bevorstehendes Ende schloß und ihren letzten Seufzer erwartete, der dürfte inzwischen sichtlich enttäuscht sein.

Nicht nur, daß die alten Ideologien Nationalismus und Rassismus im neuen Gewand wiederkehrten. Das westliche Modell ist von der globalen Verwirklichung der allgemeinen Wohlfahrt weiter entfernt als jemals zuvor. Eine solche Situation schafft Raum für die Entstehung von Legenden. Und die Aufblähung des Ministeriums für Staatssicherheit zum omnipotenten Machtzentrum, das mit den Oppositionsbewegungen sogar noch seinen eigenen Untergang selbst kontrollierte, gehört zweifellos hierzu. Der Stasi-Verdacht hat daneben auch einen funktionalen Hintergrund. Man braucht nicht gleich die ganze Bevölkerung der jetzt so verschämt „junge Bundesländer" (in der Jugend liegt die Hoffnung!) genannten Gebiete zu verdächtigen. Je nach öffentlicher Definitionsmacht kann man den Spitzel-Verdacht gezielt aussprechen oder auch etwas zurückstellen. Wenn es stimmt, daß inzwischen die Stasi-Unterlagen in sechsstelliger Höhe gehandelt werden, dann wird der „Wert" dieser „Dokumente" deutlich. Fraglich ist aber, ob der Beweiswert ihrem ökonomischen Wert entspricht. Zudem geht der Rechtsstaat schweren Zeiten entgegen, da Denunziation quasi legalisiert wird, wenn das Opfer erst seine Unschuld beweisen muß.

Wie weit die Vermischung und/oder Verdrehung von Schuld und Manipulation zu eigenen Zwecken gehen kann, zeigen die ‚Fälle' Fink und Stolpe. Selbst wenn sich der Verdacht gegen ersteren erhärten sollte, dann war die Art, in der er unter Bruch rechtsstaatlicher Prinzipien an den Pranger gestellt wurde (vgl. dazu den Artikel von J. Seifert in diesem Heft), eindeutig von durchsichtigen Interessen des Berliner Wissenschaftssenators gegenüber der Humboldtuniversität motiviert. Genauso wurde mit den Bekenntnissen von Stolpe Politik gemacht, ganz unabhängig davon, was in Zukunft noch über seine Zusammenarbeit mit der Stasi festgestellt werden wird. Was gerade in diesem Fall versucht wird, ist eine Indienststellung moralischer Urteilskriterien für politische Zwecke, die Lambsdorf, Schäuble und Co. eigentlich peinlich berühren müßte.

Damit soll keineswegs gesagt werden, daß Politik und Moral nichts miteinander zu tun hätten, ganz im Gegenteil. Aber es werden Kriterien an politisches Verhalten angelegt, die der Situation nicht angemessen sind und dieses von vorneherein diskretitieren.

Durch die wütenden Ausfälle des Chef-Wadenbeissers vom Bayerischen Rundfunk gegen Günther Wallraff wurde eine neue Runde in der Geisterbeschwörung eingeläutet. Es zeigte sich nämlich, daß hier auch gleich in einem Aufwasch die Geschichte der Bundesrepublik weißgewaschen werden soll. Man darf in dieser Hinsicht gespannt sein, wer von lebenden oder toten Personen da noch alles seiner Kontakte mit der Stasi „überführt" und seiner Mitarbeit als Spitzel verdächtigt wird. Worum es in dieser Variante des „Linken-Spiels" (L. Lodovico) geht, hat Mertens mit dankenswerter Klarheit ausgesprochen: Um die Möglichkeit einer Kritik an der angeblich „gefälschte(n) oder plagiierte(n) Ganz-unten-Wirklichkeit" in der Bundesrepublik.

Nun mag da vordergründig ein besonders verbohrter Ideologe seinen Privatkrieg mit Wallraff ausfechten. Aber die Richtung ist klar. Im Schußfeld ist nicht nur die Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Im Schußfeld sind auch Formen und Positionen der Kritik an der bundesrepublikanischen Gesellschaft geraten — und dies berührt auch die Diskussion über die eigene Geschichte. In diese Richtung zielt die Rede von einem zweiten, diesmal angeblich „umgekehrten Historikerstreit" (vgl. H.C. Buch in der *taz* vom 3.2.92). Genau umgekehrt im Vergleich zum ersten wird nämlich jetzt die These von der Singularität von Auschwitz als Vorwand zur Relativierung der stalinistischen Verbrechen dargestellt. Diese Gefahr ist abstrakt gesehen durchaus real (auch wenn sie gegenüber dem kritisierten Artikel von E. Jäckel zu Unrecht erhoben wird).

Was aber keineswegs daraus folgt, ist die Behauptung, daß schon die Ablehnung der Totalitarismustheorie eine Verharmlosung der Verbrechen des Stalinismus nach sich ziehe, weil es so nicht möglich sei, „den ostdeutschen Polizeistaat konsequent zu kritisieren." Damit wird nicht nur die Forderung nach einer Differenzierung von unterschiedlichen Formen von Herrschaft und ihren Konsequenzen generell dem Verdacht ausgesetzt, diese gleich auch in der Bewertung zu relativieren. Darüber hinaus gerät jeder in diesen Verdacht, der aus welchen Gründen auch immer darauf hinweist, daß eine Analyse von Diktatur und Terror auch den gesellschaftlichen Kontext und die sozialen Interessen analysieren muß, die in deren Konstruktion eingehen.

Inzwischen hat die Bundesrepublik ihre Lektion aus dem Historikerstreit gelernt: Man kann die Vergangenheit nur zum Vergehen bringen, wenn man sie nicht verdrängt, sondern die Versöhnung öffentlich inszeniert. Heute scheint sich etwas ähnliches anzubahnen. Gesucht wird eine Versöhnung mit der Lebenswirklichkeit im neuen Deutschland. Die Geisterbeschwörung gegenüber der Stasi-Macht dient insofern vor allem dem Zweck, die Spaltungen der Gesellschaft zu rationalisieren und Schuld zu verteilen. Deswegen macht es durchaus Sinn, daß überwiegend die kleinen Fische im Netz zappeln. Dies soll nicht allein moralisierend beklagt werden. Aber der Verdacht kommt auf, daß die Aufklärung wirklicher Verbrechen gerade dadurch verhindert wird.

Ich denke dabei nicht nur an die wichtigen Entscheidungstgräger, an die Verantwortlichen für Unterdrückung und Terror gegenüber der eigenen Bevölkerung. Wichtig wäre vor allem die Rekonstruktion der Funktionsweise dieses Systems im Ganzen, jenseits vorschneller Personalisierungen und moralischer Fast-Food-Urteile nach dem Motto: Wo finde ich noch ein schnell zu verbratendes Arschloch? Nur wenn die Motive, die jemand zum Mitmachen gebracht haben, wirklich ernst genommen werden, kann auch ein Verstehen dafür wachsen, aus welchen Quellen die SED-Herrschaft sich gespeist hat. Die Mythologisierung der Stasi zum unheimlichen Monster verdeckt dagegen nur die notwendige Analyse ihrer Herrschaft. Die Bereitschaft zu dieser Aufarbeitung scheint aber bei vielen Linken im Westen noch nicht allzu groß zu sein. ■

HELMUT OBERDIEK

Türkei: Militärherrschaft am Ende?

Bei Außentemperaturen von bis zu minus dreißig Grad ist in der Türkei schon Ende letzten Jahres politischer Frühling eingekehrt. Die nach den Wahlen vom 20. Oktober 1991 gebildete Koalitionsregierung verspricht dem Lande mehr Wohlstand und Demokratie zu bringen. Mehr als elf Jahre nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 ist dies die erste zivile Regierung, die entschlossen scheint, alle diktatorischen Maßnahmen der Junta zu revidieren. Hundert Tage nach dem Vertrauensvotum vom 30. November hat die Regierung allerdings noch keine durchschlagenden Erfolge bei der Verwirklichung ihrer Wahlversprechen erzielen können.

Nach Demirels Amtsantritt wurden zwar die durchgesetzten Preiserhöhungen von einem Großteil der Bevölkerung noch mehr oder weniger schweigend hingenommen. Eine unerwartete Zunahme von politischen Morden sowohl in den Metropolen des Landes als auch in dem von kurdischen Freischärlern umkämpften Gebiet im Südosten des Landes, hat aber Befürchtungen laut werden lassen, daß das angekündigte Reformprogramm von militärischen Aktionen unterlaufen werden könnte. Die bange Frage, ob in der Türkei überhaupt jemals Zivilisten die wirkliche Macht im Staate für längere Zeit übernehmen können, wird jetzt mehr denn je gestellt.

Der jetzige Ministerpräsident Süleyman Demirel wurde schon zweimal, am 12. März 1971 und am 12. September 1980 von den Militärs entmachtet. Ein Grund für die Intervention vom 12. September war die Unfähigkeit des konservativen Premiers Demirel, sich mit den Sozialdemokraten auf einen Staatspräsidenten zu einigen. Erst sieben Jahre nach dem letzten Putsch wurde durch ein Referendum das Politikverbot für ihn und mehr als siebenhundert führende Politiker aufgehoben. Die Wahlen kurze Zeit später wurden allerdings von der durch die Militärs ins Leben gerufenen ,,Mutterlandspartei" (ANAP) gewonnen.

Das Überraschende an den Wahlen vom Oktober letzten Jahres ist weder der Stimmenverlust der ANAP, noch das schlechte Abschneiden der ,,Sozialdemokratischen Populistischen Partei" (SHP), sondern die neuartige Politik, mit der Demirels ,,Partei des Rechten Weges" (DYP) die Wahlen gewann. Der Wahlerfolg der DYP mit 27,14 Prozent der Stimmen und 177 der 450 Sitze im Parlament ist zumindest teilweise auf einen Zulauf von ,,linken" Wählern zurückzuführen. Die Versprechungen eines sozialen Rechtsstaates mit Arbeitslosenversicherung und kostenloser Krankenversorgung hätten eigentlich besser in das Programm der SHP gepaßt, die mit 20,78 Prozent der Stimmen und 88 Sitzen nach der ANAP die drittstärkste Partei im Parlament wurde. Der Vorsitzende der SHP ist in der Koalition mit dem Erzrivalen aus dem ,,rechten" Lager Vize-Premier geworden und kann noch auf weitere wichtige Ministerien wie das Außen- und Justizministerium hoffen.

Die erste Geige aber spielt eindeutig Demirel. Sein Zauberwort heißt ,,Transparenz" in Politik und Regierungsgeschäften. Gesellschaftliche Kräfte, wie Gewerkschaften, Vereine und Stiftungen bishin zu Abgesandtschaften auch aus den entlegensten Ortschaften des Landes sind von der Regierung eingeladen, ihre Anliegen vorzubringen. Die jahrelang als militant verunglimpften Anwaltskammern, Ingenieursvereinigungen und selbst radikale Oppositionsgruppen wie der Menschenrechtsverein werden neuerdings an der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen beteiligt. Diese ungewöhnliche Beteiligung an der Macht hat in weiten Kreisen Vertrauen in die Entwicklung von Demokratie und in die angekündigte Abrechnung mit dem Erbe der Putschisten geweckt.

Mühsame Revision der Militärgesetze

Die Aufgaben der neuen Regierung sind aber alles andere als einfach. Es wird allgemein akzeptiert, daß die von den Generälen ausgearbeitete Verfassung von 1982 das Grundübel für die Beschneidung von Rechten und Freiheiten darstellt. Etliche Experten vertreten darüber hinaus die Meinung, daß eine Revision dieser Verfassung nicht möglich ist. Eine komplette Neufassung wird aber im Parlament keine Zweidrittelmehrheit erhalten und der Erfolg einer Volksabstimmung ist ebenfalls ungewiß. Somit wird die neue Regierung den Versuch machen, durch Veränderungen an bestehenden Gesetzen wenigstens einen Teil der Restriktionen abzuschaffen. Diese Revision ist aber mühsam, denn zwischen 1980 und 1983 haben die Generäle mehr als achthundert Gesetze erlassen. Darunter befinden sich beispielsweise allein sechsundzwanzig Gesetze, die die Pressefreiheit einschränken.

Der Erfolg der jetzigen Regierung wird wesentlich daran gemessen werden, inwieweit sie den noch andauernden Menschenrechtsverletzungen Einhalt gebieten kann. Versprechungen von ,,gläsernen Polizeistationen" und der Anwesenheit eines Anwaltes bei Verhören klingen als Anti-Folter-Maßnahmen nicht schlecht, aber ein entsprechender Entwurf zur Revision der Strafprozeßordnung wurde erst einmal in internen Beratungen abgeblockt. Auch die Schaffung eines mit einem kurdischen SHP-Abgeordneten besetzten Ministeriums für

Menschenrechte bleibt ein rein propagandistischer Akt, wenn nicht bald dessen Kompetenzen geklärt werden. Den Zeitungsberichten zufolge hat sich an der Folterpraxis noch nichts verändert und bislang wurde mit der Schließung eines Hochsicherheitstraktes für politische Häftlinge im November letzten Jahres nur ein Schaueffekt erzielt. Ein durchschlagender Erfolg in Form von Bestrafung der Folterpolizisten oder von Mitgliedern der als ,,Kontra Guerilla" bekannten Todesschwadronen steht weiterhin aus.

Gegenüber allen Reformbestrebungen ließ Innenminister Ismet Sezgin erst jüngst verlauten, daß zwei Wochen für polizeiliche Verhöre in vielen politischen Fällen nicht ausreichen würden. Im Klartext forderte er damit mehr Zeit für das *Erfoltern* von Geständnissen. Parallel dazu wurden die Beerdigungen von Polizeibeamten in Istanbul und Adana Anfang Februar zu Demonstrationen, auf denen Angehörige der Sicherheitskräfte die Menschenrechte zu ihrem Feind erklärten und den Rücktritt des Justizministers forderten. Dies alles macht deutlich, daß Reformen auf großen Widerstand nicht nur im Polizeiapparat, sondern auch in Regierungskreisen stoßen.

Die *Kurden-Frage* ist mit Sicherheit der größte Prüfstein für die neue Regierung. Die 22 Abgeordneten der SHP, die sich als Vertreter des kurdischen Volkes verstehen, sind selbst in der eigenen Partei umstritten (zwei wurden inzwischen ausgeschlossen). Unter dem Vorwurf, Sprecher der Guerillas von der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) zu sein, wurde ihre Vorstellung einer vermittelnden Brückenfunktion zwischen den kämpfenden Parteien schlicht vom Tisch gefegt. Direkte Verhandlungen mit Abdullah Ösalan (Apo), dem Führer der PKK können von der Regierung aus Prestigegründen nicht akzeptiert werden. Die Armee wird aber nicht untätig zuschauen, wenn ,,Apo" eine ,,Kriegsregierung" auf dem Gebiet der türkischen Republik ausruft oder aber zum kurdischen Neujahrsfest ,,Newroz" am 21. März das Startzeichen für kriegerische Aktionen gibt.

▶ Prüfstein: Kurdenfrage ◀

Weinende Mütter an den Gräbern von türkischen Soldaten oder aber Trauerzüge für kurdische Guerilla-Kämpfer, bei denen die Sicherheitskräfte auf Steine werfende Kinder schießen, schüren den Nationalismus auf beiden Seiten, so daß zu befürchten ist, daß in den Großstädten mit einem hohen Anteil an kurdischer Bevölkerung ethnische Konflikte schon bald gewaltsam ausgetragen werden. Das Militär bekäme dann einen guten Vorwand, um die Ausrufung des Kriegsrechtes zu fordern.

In der Unterstützerfront für mehr demokratische Rechte und Freiheiten sind jetzt auch schon erste Risse zu bemerken. Kritik an der Regierung wird nicht nur aufgrund der als unvermeidlich dargestellten schlechten Wirtschaftslage und drastischen Preisanstiegen zunehmen (die Inflationsrate stieg von 60 auf 80 Prozent), sondern auch, weil die größere Liberalität der neuen Regierung anscheinend neue politische Morde provoziert.

Wie wenig Demokratieverständnis selbst in Regierungskreisen vorhanden ist, wurde in der Debatte zum ,,Terrorismus" deutlich. Mahmut Alinak, ein kurdischer Abgeordneter, der im Namen der SHP sprach, wurde von einem Abgeordneten der DYP mit grober Gewalt vom Rednerpult entfernt als er bei den unsinnigen Morden auf die Realität der PKK hinwies.

Noch ist die Gefahr eines erneuten Putsches nicht gegeben, aber das Militär hat auch in der Vergangenheit bewiesen, daß sie den Zivilisten das Regieren nicht alleine überlassen wird. Demirel und sein Vize Inönü werden deshalb baldige Erfolge sowohl auf wirtschaftlichem Gebiet als auch in der Sicherheitsfrage nachweisen müssen.

Ansonsten könnte das Reformprogramm der Koalitionsregierung schon im Anfangsstadium scheitern. ■

Was hier nicht steht, steht in der taz.

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Ich teste die tageszeitung

Nur gegen Vorauszahlung
☐ 4 Wochen für 30,– DM
☐ 8 Wochen für 60,– DM
Auslandsporto (Europa) zzgl. 19,–/monatl.

Vorname, Name: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

☐ Scheck liegt bei

Datum, Unterschrift: _____

Coupon (mit Verrechnungsscheck) in einen Umschlag und senden an: taz Abo-Abteilung, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

Abonnieren Sie die tageszeitung.

LAHOUARI ADDI

Nicht bloß ein Staatsstreich, sondern ein Holzweg

Lahouari Addi ist Professor für politische Soziologie an der Universität von Oran (Westalgerien) und derzeit Gastprofessor für Nahoststudien in Princeton. In einem Beitrag, aus dem hier ein Auszug nachgedruckt wird, vertritt er jene These, die zum Beispiel auch Ait Ahmed, ,,historischer'' Führer des algerischen Befreiungskampfes und derzeitiger Vorsitzender der FFS (Front der Sozialistischen Kräfte) als Argument gegen den ,,legalistischen'' Staatsstreich der Armee ins Feld führt. Eine Ansicht, die Ait Ahmeds Mitgefangener von 1956 bis 1962, der andere historische Führer, Mohammed Boudiaf, noch wenige Tage vor seiner Berufung an die Spitze des Staates vertrat: Da die FIS von der Mehrheit der algerischen Wähler gewählt worden sei, sollte Algerien das Experiment einer FIS-Regierung nicht vorenthalten werden, so schmerzlich es auch zu werden drohte. Nicht alle algerischen Intellektuellen teilen diese Meinung, ist sie doch sehr vom ,,Schachbrett her'' gedacht, und wäre auch sicher nicht im Interesse der algerischen Frauen.

Die Entscheidung, den demokratischen Übergang nach dem ersten Wahlgang abzubrechen, weil eine Partei der Opposition unausweichlich den Sieg davongetragen hätte, ist der Form nach mehr als ein Putsch; sie ist obendrein ein politischer Patzer, weil sie schlagartig den Behauptungen der Islamischen Heilsfront (FIS) Glaubwürdigkeit verleiht und die Opposition der demokratischen Parteien gegen sie erschwert bis lähmt. Denn gerade in der Haltung der FIS gegenüber Demokratie und Menschenrechten liegt ihre Schwachstelle. Der konsistente, kreisrunde Diskurs der FIS baut auf den religiösen Glauben. Der Irrwitz des Staatsstreichs der Armee besteht darin, daß sich die FIS nun als Märtyrer der Demokratie und des allgemeinen Wahlrechts gebärden kann.

So betrachtet, ist die Intervention der Armee mindestens genauso verheerend für die Demokratie als es die Machterlangung der Islamisten hätte sein können. Daß die Armee eingreifen würde, war vorauszusehen, aber die Wahl des Zeitpunktes ist von eminenter Bedeutung. Wäre es nicht besser gewesen, damit zu warten, bis die FIS die Regierungsgeschäfte leitete und den überzeugenden Beweis ihrer Inkompetenz erbracht hätte? Das Kalkül des Militärs ist klar — eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Hätte die FIS einmal regiert, wären die Kosten eines Eingriffes ungleich größer gewesen. Aber wäre es dann nicht sinnvoller gewesen, den Demokratisierungsprozeß im Juni 1991 zu stoppen und der FIS dafür die Schuld zu geben? Zu Recht übrigens, hatte diese doch in umstürzlerischer Absicht einen Streik vom Zaun zu brechen versucht. Nach der Wahl vom 26. Dezember hätte die Demokratisierung allerdings ihren Lauf nehmen müssen. Die Armee hätte dann öffentlich die Einhaltung der verfassungsmäßigen Grenzen und die Notwendigkeit verkünden können, die Menschenrechte zu respektieren. Die FIS hätte sich dann in der Klemme befunden. Politisch unreif, wie sie ist, und unter dem Zwang, ihren radikalen Flügel einzubinden, hätte sie der Armee unzählige Anlässe geboten, zum Schutz der Verfassung und der Demokratie einzugreifen, gar mit der Zustimmung eines Großteils derer, die die FIS gewählt hatten, hätte die Armee bei ihrem Gegenangriff rechnen können.

Haben die neuen Machthaber, zum größten Teil noch die alten, die Lehren aus dem Scheitern der FLN gezogen? Leider sieht es nicht so aus. Es ist keineswegs sicher, daß etwa vermehrte Einnahmen des Staates dazu benutzt würden, die Produktionsbasis zu verbreitern. Wie bereits in der Vergangenheit praktiziert, dürften Mehreinnahmen nur dazu verwendet werden, die Massen fürs erste stillzuhalten, ,,politische Gagen'' ohne wirtschaftliche Gegenleistung zu verteilen und Konsumgüter zu subventionierten Preisen zu importieren.

Gelänge ein Arbeitsplätze, Güter und

Harald Goldhahn

Wohnungen schaffender wirtschaftlicher Aufschwung, wäre dies sicherlich dazu angetan, den Griff der FIS auf die arbeitslosen und verelendenden Jugendlichen zu lockern. Doch kann man im Ernst an einen solchen Aufschwung glauben, wenn man sich vergegenwärtigt, daß er in der national wie international so viel günstigeren Konstellation der siebziger Jahre verpaßt worden ist?

Es ist nicht zu leugnen, daß die Regierungsmacht in den Händen der FIS nicht geringe Risiken barg. Freilich wäre sie für Algerien langfristig zugleich eine Investition gewesen. Damit soll nicht einer Politik der katastrophischen Läuterung das Wort geredet werden. Im Gegenteil. Einmal mit den Reigerungsgeschäften beauftragt, hätten sich die Islamisten aller Wahrscheinlichkeit nach bald verbraucht; es hätte wohl kaum länger als ein Jahr benötigt, den Marsch ins wirtschaftliche Chaos schwindelerregend sichtbar zu beschleunigen. Die Glaubwürdigkeit der FIS wäre dann verspielt gewesen. Sie hätte sich außerdem in innerem Streit aufgerieben. Denn was die FIS-Anhänger zusammenhält, ist der Haß auf das FLN-Regime. In bezug auf ein bestimmtes gesellschaftliches Projekt verbindet sie nichts.

FIS hat kein gemeinsames gesellschaftliches Projekt

Die Islamisten verschanzen sich hinter hehren religiösen Grundsätzen von Gleichheit und Gerechtigkeit, aber bis heute haben sie weder einen Kongreß abgehalten, noch ein echtes Wirtschaftsprogramm vorgelegt. Nicht, daß ihr die Zeit dafür gefehlt hätte. Es liegt einfach daran, daß sie ihre Kraft nur aus der Unzufriedenheit und der Verweigerung schöpft. Ein konkretes, einigermaßen umrissenes, erkennbares Programm, das zwangsläufig sehr viel bescheidener gewesen wäre als die leidenschaftlichen Träume, die die Schlechtweggekommenen in sie hineinprojiziert haben, hätte die Geschlossenheit der FIS wie eine Seifenblase platzen lassen.

Als er von Journalisten bei einer Veranstaltung im Mai 1991 beharrlich nach der Abhaltung eines Parteikongresses gefragt wurde, antwortete Abassi Madani: ,,Der Kongreß wird erst nach Gründung des islamischen Staates stattfinden.“ Im Klartext: ein solcher Kongreß könnte die Partei um die zur Machtergreifung erforderlichen Geschlossenheit bringen. In einer Fernsehdebatte vor den Kommunal- und Regionalwahlen im Juni 1990 hatte Madani angekündigt, die Polizei aufzulösen, die nach der Einführung des koranischen Gesetzes überflüssig würde. Er fügte hinzu, daß die dadurch freikommenden Mittel im Haushalt zur Entgeltung der Frauen verwendet würde, die ihren Arbeitsplatz aufzugeben bereit seien. Während derselben Sendung erklärte er auch, die Steuern abzuschaffen und sie durch die ,,zakat“, die religiöse Abgabe zu ersetzen. Unrealistisch? Spinnert? Aber die Frage ist doch, wieso die Mehrheit der Wähler bereit war, für eine Partei zu stimmen, die anstelle eines politischen und wirtschaftlichen Programmes solche Ansichten feilbietet?

Ein kollektiver Wahn, hervorgerufen durch soziale Entbehrung

Die FIS saugt die letzte Hoffnung auf, an der sich die vom Staat betrogenen und im Stich gelassenen fühlenden Bürger mit der Wut der Verzweiflung klammern. Es handelt sich um eine Art kollektiven Wahns, um eine verzweifelte Zwangsvorstellung, die auf und aus dem großen kulturellen und sozialen Elend gewachsen ist. Gegen einen solchen Wahn ist die Macht letztlich machtlos. Wenn die bis zur Weißglut erhitzten Massen ausrufen, daß der Koran die einzige Verfassung ist, wissen sie etwa, was eine Verfassung ist? Und was der Koran?

Eben dieser politische Treibsand, der die FIS an die Macht getrieben hätte, hätte sie auch wieder von dort vertrieben. Denn letztlich fehlt es denn sunnitischen algerischen Islamisten an jener religiösen Legitimation, wie sie, gestützt auf eine lange Tradition, im schiitischen Iran Khomeini für sich zu nutzen verstand. Der sunnitische Islam kennt keinen Klerus, keine Kirche, keinen richtungsweisenden einzelnen Imam. Nie und nimmer hätte sich Madani eine moralische Autorität zuzulegen vermocht, wie dies Khomeini unter sehr viel anderen traditionalen, rechtlichen und theologischen Voraussetzungen innerhalb des Schiismus konnte. Innerhalb der eigenen Reihen der FIS wäre eine solche Anmaßung alsbald auf erbitterten Widerstand gestoßen. Es wäre eine politische Instabilität entstanden, die die drei Jahrzehnte relativer Stabilität und sozialen Friedens unter der FLN im Nachhinein gar in ein relativ günstiges Licht gestellt hätte.

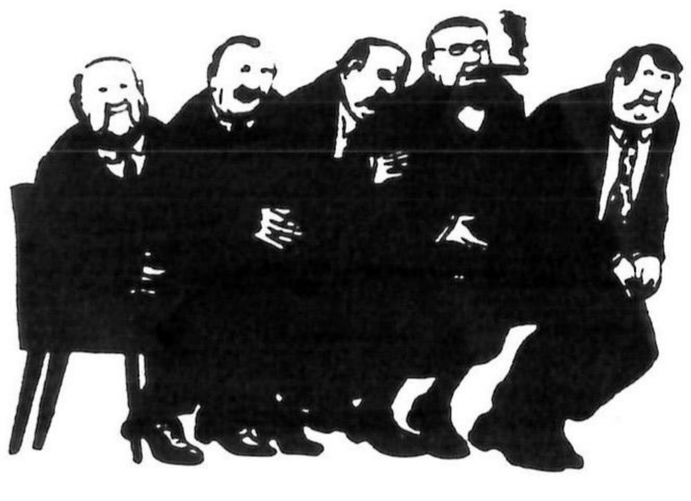
Nur so, durch diese ,,fruchtbare Regression“ wäre es möglich gewesen, die Massen aus ihrem Wahn zu erlösen. Nur so wäre der Weg zu jener Debatte zu ebnen gewesen, der sich die arabisch-islamische Gesellschaft mit dem Argument verschließt, sie verstieße gegen die Religion.

Nach dreißig Jahren FLN-Regime taumeln die algerischen Massen in einem solchen Zustand geistiger Ermattung, lechzen sie so durstig nach Gerechtigkeit, Gleichheit und anständigen Lebensbedingungen, daß sie die Hände nach der FIS ausstrecken. Das mittelalterliche Gesellschaftsmodell, den ewiggestrigen Traum, den die Islamisten zu erfüllen vorgeben, hätte nur im realen Laboratorium der lebensgroßen Geschichte zerrinnen können und jene Trennung von Religion und Staat endlich ermöglicht, die den Islam nicht länger mehr als allzu verlockendes Instrument zur Eroberung der Macht zu mißbrauchen gestattet — denn dies ist die Kernfrage bei der Konstruktion der Moderne in den muslimischen Gesellschaften. ■

aus: Le monde diplomatique, Februar 1992
Übersetzung: Bob Detobel

express

die Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken



In der **März-Ausgabe** des *express*:

Umweltpolitik im Betrieb ● Über die Situation der Automobil-Zuliefererindustrie ● Umstrukturierung der Post aus gewerkschaftlicher Sicht ● Reformpolitik der CGT in Frankreich? ● Gewerkschaftliche Arbeiterbildung ● Bankenstreik — Ziele und Strategien ● Banken: die kontrollierte Dezentralisierung ● Bleibt das Büro der Zukunft weiblich? ● Investitionspolitik in Südkorea ● Investitionspolitik in Südkorea ● Stasi und Gewerkschaften...

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express“ zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

CHRISTOPH GÖRG

Macht der Untertitel noch einen Sinn?

Mit dem Beitrag von Joachim Hirsch in der letzten Nummer haben wir die Diskussion um den Untertitel ,,sozialistische Zeitung'' eröffnet. Dabei geht es uns nicht um das Etikett allein und seine ,,Marktchancen''. Sondern wir halten es vordringlich für notwendig, die Diskussion um die Bedeutung des Sozialismus-Begriffs vom feuiletonistischen Ereignis zum wirklichen Problem zu machen. Einige der dort z.T. schon angesprochenen Punkte werden hier nochmals aufgegriffen und in Form von Fragen an unsere Leser und Leserinnen weitergegeben.

Die Fragen ergaben sich aus den redaktionsinternen Diskussionen der letzten Zeit. Folgende Überlegungen waren dabei leitend gewesen:

- Es gab niemals nur *einen* Sozialismus — und der sich mit der Oktoberrevolution realisierende war als seine Verkörperung nie unumstritten. Trotzdem ist nach den Erfahrungen des 20sten Jahrhunderts *jede mögliche* Bedeutung betroffen — der Verweis darauf, man oder frau habe den sogenannten ,,real existierenden'' nicht gemeint, kann heute nur noch als Ausrede verstanden werden.
- Es reicht nicht aus, allein die Idee oder die Utopie des Sozialismus zu verteidigen. Vielmehr muß über die kritische Aufarbeitung von Fehlentwicklungen hinaus auch gezeigt werden, worin seine *Relevanz* besteht, was er zur Lösung heutiger Probleme beitragen könnte.
- Am wenigstens angemessen ist ein Selbstbild wie in dem bekannten kleinen Galliердorf — eine Verteidigung gegen eine Übermacht von Feinden. Weder ist an der Misere allein der politische Gegner schuld, noch kann darauf gewartet werden, daß sich die eigenen Reihen sammeln. Ohne eine Vergewisserung der mit dem Begriff verbundenen Intentionen kultiviert ein solcher Pragmatismus letztlich nur das Gefühl der eigenen Marginalität. Aus diesem Grund bringt auch eine abstrakte Diskussion linker Perspektiven wenig ein. Zuallererst muß die eigene Orientierungslosigkeit ernst genommen werden.

Radikale Gesellschaftsveränderung

Und es reicht sicherlich auch nicht aus, nur deswegen am Untertitel festhalten zu wollen, um zu signalisieren, daß man gegen den Strom zu schwimmen gedenkt. Zwar hofft man darauf, daß es gegen den Strom immer aufwärst geht. Aber es besteht doch die Gefahr, daß man vor Erreichen des Ziels einfach untergeht. Gleichzeitig darf man oder frau sich aber noch weniger als bisher davon irritieren lassen, daß bestimmte notwendige Fragen nur von einer kleinen Minderheit gestellt und diskutiert werden. Aber die Qualität dieser Fragen bemißt sich an ihrer Radikalität, nicht an ihrer Marginalität!

Will man dem Untertitel heute einen auch nur halbwegs brauchbaren Sinn geben, dann müssen Fragen gestellt und Antworten gesucht werden, die auf mindestens zwei Probleme zielen:

- Ist die Vorstellung einer radikalen Gesellschaftsveränderung, d.h. einer Transformation wesentlicher Merkmale kapitalistischer Gesellschaften, noch haltbar?
- Auf welche Prozesse und Akteure in der Gesellschaft kann sich eine solche Perspektive heute berufen und wie könnte sie die Intention einer Gesellschaftsveränderung selbst begründen?

Diese beiden Fragen gehören allerdings eng zusammen. Dies wird schon deutlich, wenn man sie etwas umformuliert:

- Müssen heutige gesellschaftliche Problemlagen ökologischer und sozialer Art noch zentral als durch kapitalistische Vergesellschaftung verursacht begriffen werden? Oder ist dies ein sekundärer Gesichtspunkt, der ihr Verständnis vielleicht sogar verstellt?
- Was wäre dem entgegenzusetzen, was sinnvollerweise als sozialistisch bezeichnet werden könnte?

Dazu zwei Beispiele: Es läßt sich schon zeigen, daß der Markt zur Bearbeitung ökologischer Probleme zumindest ungeeignet ist und sogar als eine der Problemursachen angesehen werden kann. Aber was ist das spezifisch kapitalistische daran? Ist der Markt für die Charakterisierung der Funktionsweise der kapitalistischen Ökonomie

überhaupt geeignet? Oder ist er ein universelles Merkmal moderner Gesellschaften, wie manche behaupten, und insofern nicht ersetzbar? Was wäre denn eine Alternative zum Markt?

● Ebenso läßt sich zeigen, daß die Sozialstruktur trotz aller Veränderungen immer noch von extremen Ungleichheiten geprägt ist. Aber läßt sich diese Ungleichheit noch als Ausdruck einer Klassengesellschaft interpretieren? Und welche politische Perspektive, welche Emanzipationsperspektive läßt sich daran heute anschließen?

Diese Problemstellung läßt sich nun in vielen Dimensionen und anhand einiger Detailfragen weiter verfolgen. Dabei erhebt die folgende Liste im Hinblick auf Systematik und Vollständigkeit keine weitergehenden Ansprüche. Sie ist sicherlich in vielerlei Hinsicht ergänzungsbedürftig. Und die Vielzahl der angeschnittenen Themen ist auch nicht abschreckend gemeint, sondern dokumentiert die Breite der Diskussion, die geführt werden müßte:

▶ Notwendige Fragen als Aufforderung zur Diskussion ◀

● Wie könnte eine Veränderung der Grundstrukturen angesichts der Komplexität moderner Gesellschaften überhaupt zustande kommen?

● Wie lassen sich die Ursachen von Ungleichheit, von Herrschaft und sozialen Krisen politisch so aufgreifen, daß eine Veränderung denkbar und ihre Notwendigkeit einsehbar wird?

● Kann man sich dabei noch an einer feststehenden Lehre, einem „-ismus", orientieren, oder kommt es nicht immer stärker darauf an, diese Veränderung als einen permanenten Prozeß zu verstehen?

● Ist es deswegen nicht auch wichtiger, die innerhalb der kapitalistischen Grundstruktur möglichen Lernprozesse zu entwickeln und gesellschaftlich durchsetzen?

● War umgekehrt die Radikalität der — praktischen wie theoretischen — Kritik an dieser Gesellschaft ausreichend, oder wurden zu schnell herrschende Wertmaßstäbe und Politikformen übernommen?

● Wenn staatliche Steuerung als alternatives Modell zum Markt weitgehend deskretiiert ist: Welche anderen Möglichkeiten lassen sich in modernen Gesellschaften zur Abstimmung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und zur Reallokation des Sozialprodukts denken?

● War der Sozialismus nicht in seinen theoretischen Grundlagen immer noch dem produktivistischem Denken verhaftet, d.h. einer Emanzipationsvorstellung, die auf der Ausdehnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts beruht? Ist auf seiner Grundlage auch ein grundsätzlich anderer Umgang mit der Natur und den natürlichen Ressourcen denkbar? Wie könnte nach dem ,,Ende der Arbeitsutopie" (Gorz) eine gesellschaftliche Emanzipation überhaupt aussehen?

● Da das Konzept einer politischen Avantgarde als Form der Umsetzung des Sozialismus gescheitert ist, aber auch die neuen sozialen Bewegungen ihre Ziele, vor allem das nach einer anderen Lebensform, nicht erreicht haben: Welche Alternativen gibt es, den bestehenden Machtstrukturen entgegenzuwirken, ohne gleichzeitig neue Herrschaftsstrukturen aufzubauen?

● Wenn es stimmt, daß es eins der Hauptprobleme moderner Gesellschaften ist, daß vorhandenes Wissen um Problemursachen sich nicht durchsetzt oder nicht zur Anwendung kommt: Was ist die Ursache dafür und welche politische Strategien gibt es dagegen?

● Wie kann der Sozialismus als traditionell egalitäre Idee den Tendenzen zur Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft begegnen?

● Müßte die Orientierung von Gleichheit nicht zugunsten der Entwicklung von Individualität und der Fähigkeit zur Differenz relativiert werden?

● Ist nicht die sozialistische Perspektive insbesondere gegenüber geschlechtsspezifischer Herrschaft viel zu abstrakt angelegt und dadurch entweder verschleiernd oder bestensfalls hilflos?

● Welche vorhandenen Ansätze zu gesellschaftlicher Solidarität lassen sich noch mobilisieren? Gibt es zur Ideologie der individuellen Nutzenmaximierung eine realistische, durchsetzungsfähige Alternative?

● Verschleierte nicht gerade der internationalistische Gestus des Sozialismus lediglich die nationalen Egoismen, denen gegenüber er immer dann hilflos war, wenn es darauf angekommen wäre?

● Welche Möglichkeiten gibt es, angesichts des gescheiterten Internationalismus der 60er und 70er Jahre und angesichts der sich zuspitzenden internationalen Ungleichheit noch Solidarität über die Grenzen der BRD und Europas hinaus politisch wirksam werden zu lassen?

● Ist es ausreichend, die im Sozialismus immer auch angelegte libertäre Tradition wiederzuentdecken? War umgekehrt ihre Unterdrückung eine der Hauptursachen für das Scheitern des real existiert Habenden? Setzte die Kritik an Herrschaft tief genug an?

● Muß nicht das Ziel Herrschaftsfreiheit im Hinblick auf die Notwendigkeit politischer Institutionen neu überdacht werden?

Diese Liste ließe sich sicherlich noch um einiges verlängern. Aber schon in dieser Form steckt sie einen weiten Rahmen ab für eine Diskussion, die wir weit über den Untertitel hinaus für eine absolute Notwendigkeit halten. Wenn wir uns damit an unsere Leser und Leserinnen wenden, dann vor allem, um die Selbstverständigung über diesen Begriff wieder in Gang zu bringen. Allerdings erwarten wir keineswegs die großartigen Synthesen und die globalen Lösungen aller Welträtsel. Auch mit Positionen zu und Antwortversuchen auf einige Fragen und Teilprobleme wären wir durchaus zufrieden. Wie steht es also mit dem Sozialismus im Allgemeinen und im Besonderen? ■

— *Anzeige* —

Sozialismus lebt

Die marxistische Monatszeitschrift *Sozialismus* liefert Informationen und Hintergrundmaterial zu folgenden Bereichen:

⇨ *Diskussionen* im Forum Gewerkschaften (es schreiben: Detlef Hensche, Lorenz Schwegler, Frank Deppe, Heinz Bierbaum, Otto König, Theo Steegmann, Sybille Stamm)

⇨ *ökoncmische Analysen* national und international (es schreiben: Joachim Bischoff, Jörg Huffschmidt, Rudolf Hickel, Karl-Georg Zinn)

⇨ aktuellen *politischen Diskussionen der Linken* (es schreiben: André Brie, Eric Hobsbawm, Sabine Kebir, Peter von Oertzen, Wolfgang Thierse)

Einzelheft: DM 7,50
Jahresabo: DM 75,- (incl. Porto)

Bestellcoupon:
Hiermit bestelle ich ein kostenloses Probeheft

Name: _____

Straße: _____

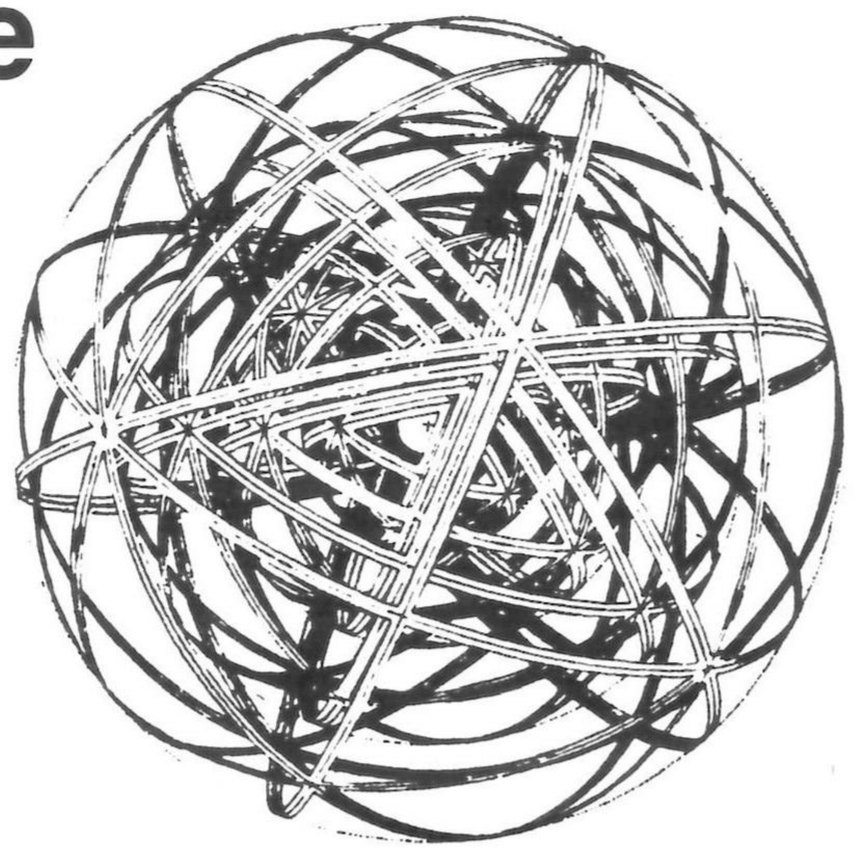
PLZ, Ort: _____

Zu schicken an:
VSA-Verlag
Postfach 50 15 71
W-2000 Hamburg 50

THOMAS SABLOWSKI

Vom Sozialismus zur radikalen Demokratie

Zum Postmarxismus von Laclau/Mouffe



Thomas Sablowski leistet in seiner Besprechung des Buches von Laclau/Mouffe ,,Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus'' einen die Diskussion vielleicht weiterbringenden Beitrag zur Sozialismus-Debatte. Für Sablowski stellt insbesondere der diskursanalytische — weniger deren demokratie-theoretische Perspektive — Ansatz von Laclau/Mouffe eine ,,entwicklungsfähige Alternative'' zu einer reinen, ideologiekritischen Thematisierung der Wissens- und Sinndimension gesellschaftlicher Praxis'' dar.

Aus „Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics" (1985) wurde „Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus" (1991). Was bedeutet eine derartige Übersetzung des Titels des Buches von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe? Handelt es sich bei dieser Verschiebung um eine notwendige politische Taktik angesichts veränderter Kräfteverhältnisse? (Schließlich taucht der Sozialismus als „nicht-totalitärer" auf der hinteren Umschlagseite und als „demokratischer" über dem Vorwort der Herausgeber wieder auf!) Erweisen sich die Übersetzer und Herausgeber Michael Hintz und Gerd Vorwallner damit als gelehrige und konsequente Schüler von Laclau und Mouffe?

Während der Argument-Verlag Ernesto Laclaus Buch „Politik und Ideologie im Marxismus" (1981) noch herausgebracht hatte, überforderte der erklärte Terrainwechsel von Laclau/ Mouffe zum „Postmarxismus" offenbar den „pluralen Marxismus" (W.F. Haug) des Verlags. So mußten einige Jahre vergehen, bis das häretische Werk endlich in deutscher Sprache, jetzt aber in dem vor allem mit poststrukturalistischer und postmoderner Theorie befaßten Passagen Verlag erscheinen konnte.

Der Text fällt in eine Situation, in der Distanzierungen (ehemaliger) Linker von ihrer Vergangenheit an der Tagesordnung sind. Das Ausmaß der schon seit längerem schleichenden Absetzbewegungen wurde im Zusammenhang mit den Transformationen der osteuropäischen Staaten und vor allem in der Golfkriegsdebatte deutlich. Ein Großteil der nach-68er „Neuen Linken" scheint seinen Übergang zum Liberalismus vollzogen zu haben. Wenn das Buch von Laclau/ Mouffe nur eine Art wäre, diesen Übergang zu begründen (was es vielleicht auch ist), wäre es nur begrenzt interessant. Insofern ihr „Postmarxismus" aber Ergebnis eines Denkens an den Grenzen des Marxismus ist, steht ihre Arbeit einer vorschnellen Verabschiedung eher entgegen.

Kann man von d e m Marxismus reden?

Aber kann man von *dem* Marxismus, ja von irgendeinem Marxismus überhaupt noch reden? Zeugt nicht gerade die Hilflosigkeit gegenüber aktuellen Phänomenen wie den neuen nationalen Fragen, der Migration, den Rassismen oder Nationalismen von der Schwierigkeit, überhaupt noch einen einheitlichen theoretischen Bezugspunkt angeben zu können? Die „linken" Aussagen etwa zum Golfkrieg schwankten überwiegend zwischen Rückgriffen auf einen unspezifischen Imperialismusbegriff des 19. Jh. und liberalen Vorstellungen (Völkerrecht usw.). Im Falle Jugoslawiens ist ein schlichtes Schweigen an deren Stelle getreten. Jedenfalls kann man wenig von einem Marxismus sehen, der auf der Höhe seiner Zeit wäre.

Folgt man Laclau/ Mouffe, dann ist dieses Versagen nicht zufällig, sondern Ergebnis der den Marxismus kennzeichnenden Essentialismen, die die Analyse komplexer Situationen blockieren, indem sie jede Erkenntnis auf ein Wiedererkennen des Immergleichen reduzieren. Die teleologische und essentialistische Vorstellung einer notwendigen und gesetzmäßigen geschichtlichen Entwicklung nimmt im Marxismus vor allem die Form des Klassenreduktionismus und des Ökonomismus an.

Die Privilegierung eines „historischen Subjekts"- der Arbeiterklasse- behindert z.B. das Verständnis der Kämpfe von Frauen und der „neuen sozialen Bewegungen". Die Zuschreibung von (Klassen-)Interessen vor jeder politisch-ideologischen Auseinandersetzung verunmöglicht die Analyse der Herausbildung von Subjekten jenseits von Produktionsverhältnissen. „Nationalismus", „Populismus" und „Demokratie" werden nicht als authentische Positionen ernstgenommen, sondern ideologiekritisch auf einen hinter ihnen liegenden Klassensinn reduziert.

Der Ökonomismus besteht für Laclau/ Mouffe nicht bloß in einer unzureichenden Berücksichtigung der „Autonomie" der „Überbauten", sondern in der Konzeption der Ökonomie als eines abgeschlossenen

Raums mit eigenen Gesetzen jenseits von Politik und Ideologie.

Die Spannung zwischen der Bewahrung eines theoretischen Fundaments, eines archimedischen Punkts sozialistischer Politik und der sich aufstauenden politischen Problematik ist jedoch dem Marxismus selbst immanent. Von der „Krise des Marxismus" war schon um die Jahrhundertwende die Rede und die Auseinandersetzung mit dem Ökonomismus findet sich bereits in Engels' späten Briefen. Der monistische Erklärungsanspruch des Marxismus geht folglich über in einen Dualismus der Behauptung historischer Notwendigkeit einerseits und der Kontingenz konkreter historischer Phänomene andererseits. Das Auftauchen des Hegemoniebegriffs in der russischen Sozialdemokratie ist für Laclau/ Mouffe ein Anzeichen für die zunehmende Verschiebung von Notwendigkeit zu Kontingenz aufgrund einer wachsenden Komplexität der Wirklichkeit.

Mit der Weiterentwicklung des Hegemoniebegriffs durch Gramsci wird es möglich, die Reproduktion/ Transformation einer Gesellschaftsformation als Ergebnis konkreter Praktiken zu denken: Nicht die Kapitallogik stiftet den sozialen Zusammenhang, vielmehr gibt es Kapitalakkumulation nur unter der Bedingung von Hegemonie, die in einem unaufhörlichen Kampf hergestellt werden muß. Die irreduzible Vielfalt der sozialen Verhältnisse durchzieht die Akteure selbst, die ihre Identität erst in der hegemonialen Auseinandersetzung gewinnen: Jedes Subjekt ist am Schnittpunkt verschiedener Diskurse partiell „zusammengenäht".

Die Schwierigkeit des Hegemoniebegriffs liegt darin, die Konstitution der Subjekte und der Gesellschaftsformation in einer einzigen Bewegung zu denken, ohne das eine oder andere schon als fertig vorauszusetzen. Eine Dimension des entwickelten Begriffs bei Gramsci liegt eben darin, daß er nicht bloß die kontingente Produktion des Sozialen bezeichnet, sondern auch eine klassenspezifische Führungspraxis, die von einer gegebenen Arbeitsteilung, insbesondere von der Existenz professioneller Intellektueller ausgeht. Die absolute Historizität des Sozialen muß in dem doppelten Sinn verstanden werden: als unhintergehbare durch die Akteure veränderbare und als Bedingung ihres Handelns. Aber auch diese historisch-systematische Bestimmung der Hegemonie durch Gramsci verfällt für Laclau/Mouffe noch dem Verdikt des Klassenreduktionismus: Gramsci halte weiterhin daran fest, daß nur die fundamentalen Klassen hegemonial werden können und die Ökonomie eine Schranke für die möglichem hegemonialen Neuzusammensetzungen der Gesellschaft bildet. Daß jede hegemoniale Artikulation einen *Klassen*sinn hat, stehe schon von vorneherein fest.

Um diesen Voraussetzungen des Hegemoniebegriffs zu entgehen, wechseln Laclau/ Mouffe den gesellschaftstheoretischen Rahmen und schlagen eine diskurstheoretische Neubegründung der Begriffe Hegemonie und Antagonismus, ja der Konstitution des Sozialen schlechthin vor. Während das Diskursive oft als ein spezifischer Bereich des Sozialen, nämlich der Bedeutungspraktiken oder auch nur der sprachlichen Praktiken aufgefaßt wurde, verwerfen Laclau und Mouffe jede Unterscheidung von diskursiven und nichtdiskursiven Praktiken: Jeder soziale Gegenstand werde nur im Kontext diskursiver Praktiken zu einem solchen, es gebe keine außerdiskursive Objektivität. Gesellschaft im Sinne eines geschlossenen Systems von Bedeutungen ist unmöglich, das Soziale ist prinzipiell offen. Eine soziale Ordnung ist nicht an sich antagonistisch, etwa wegen der Existenz von Unterordnungsverhältnissen, vielmehr entsteht ein Antagonismus erst dann, wenn ein Unterordnungsverhältnis diskursiv in ein Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnis verwandelt und als solches infragegestellt wird. Ein Antagonismus ist nichts anderes als die Negation oder die äußere Grenze einer gegebenen Ordnung. Und Hegemonie ist eine Praxis, die ihre Wirkung auf einem von Antagonismen durchzogenen Feld, also in der Konfrontation mit antagonistischen Kräften, entfaltet, wobei aber die Fronten instabil sein müssen.

▶ Eine Hegemonie ohne Hegemon ◀

Dieser Hegemoniebegriff ist einerseits allgemeiner als der Gramscis, denn es handelt sich um eine Hegemonie ohne Hegemon und ohne klassentheoretische Verankerung: Beliebige Antagonismen können zum Ausgangspunkt hegemonialer Verhältnisse werden. Aber andererseits zeigt sich, daß auch Laclau/ Mouffe die Gültigkeit des Hegemoniebegriffs auf die letzten 200 Jahre beschränken: Es „wird die hegemoniale Form von Politik erst zu Beginn der Moderne dominant, wenn die Reproduktion der verschiedenen sozialen Bereiche unter sich permanent verändernden Bedingungen stattfindet, die beständig die Konstruktion neuer Differenzsysteme erfordern". Laclau/ Mouffe wechseln hier offensichtlich auf eine ganz andere Ebene der Argumentation, die mit ihrem allgemeinen diskurstheoretischen Modell in keiner Weise vermittelt ist. Nun gibt es plötzlich *Bedingungen*, die die Konstruktion neuer Differenzsysteme *erfordern*.

Und warum findet die Reproduktion der verschiedenen sozialen Bereiche in „der Moderne" unter sich ständig verändernden Bedingungen statt? Zu dem diskurstheoretischen Erklärungsmodell tritt also eine nicht explizierte Mischung von kapitalismus- und modernisierungstheoretischen Annahmen hinzu: Es ist die Rede von „den heutigen Industriegesellschaften", von „fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaftsformationen" (warum heißen die Gesellschaftsformationen gerade kapitalistisch, wenn der Klassenantagonismus nur einer von einer Vielzahl möglicher Antagonismen ist?), vom „Prozeß wachsender gesellschaftlicher Komplexität".

Die Annahme wachsender Komplexität bildet auch den Hintergrund für die Genealogie des Hegemoniebegriffs, wobei Laclau/ Mouffe zum Teil mit ökonomistischen Verkürzungen Evidenzen produzieren, als habe

▶ Das Soziale als Diskurs ◀

sich die zunehmende Verschiebung von Notwendigkeit zu Kontingenz den marxistischen Diskursen einfach „objektiv" aufgedrängt.

Die terminologischen Schwankungen und Rückgriffe auf ihrem Ansatz fremde Begriffe deuten auf ein wesentliches Problem hin: Die gesamte Überlegung zur diskursiven Konstitution des Sozialen bleibt unheimlich abstrakt und allgemein. Es gelingt ihnen gerade nicht, von ihrem „post-marxistischen Terrain" ausgehend „das gegenwärtige Maß an Gültigkeit der marxistischen Kategorien zu erörtern", wie sie es in der Einleitung beanspruchen. Umgekehrt: An den Stellen, wo sie konkretere Aussagen zu historischen Phasen machen, stützen sie sich auch und vor allem auf bereits vorliegende marxistische Arbeiten.

Radikale Demokratie = freie Assoziation?

Im letzten Kapitel finden wir dann eine weitere systematische Begründung für die (gesteigerte) Offenheit des Sozialen, die mit dem an Tocqueville und Lefort orientierten Begriff der „demokratischen Revolution" verknüpft ist: Erst die Durchsetzung der Vorstellung, daß alle Menschen frei und gleich sind, liefert die Basis für die Gleichsetzung jedes Unterordnungsverhältnisses mit Unterdrückung und Herrschaft. Erst der demokratische Diskurs ermöglicht also den Kampf gegen jede Form von Unterordnung als solche, die Vervielfachung der Antagonismen. War alles Soziale bereits wegen seines diskursiven Charakters als prekär und nur partiell fixiert bezeichnet worden, so erscheint jetzt der Zustand vor der demokratischen Revolution als vergleichsweise geschlossen. Bezogen auf die gegenwärtige Situation führen die diskursive Logik des Sozialen und das Konzept der demokratischen Revolution, obwohl auf verschiedenen Ebenen angesiedelt, zu dem gleichen Ergebnis: Das Soziale ist grundlegend offen, insofern ist auch gegen Antagonismen und Hegemonie gar nichts einzuwenden. Die Begriffe verlieren ihren herrschaftskritischen Sinn, werden einfach zu Synonymen einer permanenten (De-)Konstruktion sozialer Konfigurationen. Die Unterschiede zwischen liberaldemokratischer und sozialistischer Ideologie verwischen sich. Der Sozialismus, verstanden als Demokratisierung der Produktionsverhältnisse, wird zu einem Element im Kampf für eine radikale und pluralistische Demokratie. Da die Einzelinteressen nie mit dem Allgemeininteresse identisch sein werden und die Vorstellung des Kommunismus als einer rationalen und transparenten Gesellschaft unhaltbar ist, bleibt für Laclau/ Mouffe Politik als Form der Vermittlung von Interessen immer notwendig. Demokratie, auch die radikale, bleibt ein ewiger Kampf, um unterschiedliche Interessen zur Geltung zu bringen. Erst auf dem Wege ihrer politischen Verallgemeinerung werden die Interessen der Individuen als solche anerkannt. Laclau/ Mouffe sehen das mit der hegemonialen Artikulation verbundene Problem der Gleichsetzung unterschiedlicher Interessen. Deshalb betonen sie die Forderung der die Gleichheit ergänzenden Freiheit. Die Logik der Autonomie begrenzt als zentrifugale Kraft die Logik der Hegemonie. Die Interessen der Individuen bleiben jedoch eingespannt in das politische Oszillieren zwischen Autonomisierung und hegemonialer Gleichsetzung. Alex Demirovic (Der Staat als Wissenschaftspraxis, in: kulturRevolution 22, 1990) hat darauf hingewiesen, daß auch die radikale Demokratie zur Entfaltung des Staates drängt: Zum einen braucht es gewisse Werte und einen Schiedsrichter, die den demokratischen Prozeß selbst auf Dauer stellen und regulieren, was auch in der widersprüchlichen Formel von Laclau/ Mouffe zum Ausdruck kommt, daß es darum gehe, das Moment der Offenheit des Sozialen zu institutionalisieren. Zum anderen schlägt der Zwang zum immer umfassenderen politischen Engagement leicht um in Politiküberdruß und Delegation von Politik an professionelle staatliche Instanzen.

Wie pluralistisch und radikal die Demokratie auch immer sein mag: sie ist, im Gegensatz zur Vermutung von Laclau/Mouffe, noch nicht jene Assoziation, worin die freie Entwicklung eines — und einer — jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Die Originalität von Laclau/Mouffe liegt nicht so sehr in ihrer demokratietheoretischen Perspektive, denn ähnliche Positionen können auch ohne das diskurstheoretische Instrumentarium entwickelt werden (vgl. z.B. die Diskussion um „Die demokratische Frage" von Rödel/Frankenberg/Dubiel im letzten Jahrgang der *links*). Und als zum Marxismus alternative Theorie des Sozialen bleiben die Ausführungen von Laclau/ Mouffe auf einer zu allgemeinen Ebene. Die 150-jährige theoretisch-politische Problemgeschichte des Marxismus kann nicht bloß im Rahmen einer Reflexion über Notwendigkeit und Kontingenz abgehandelt werden. Das ist aber kein Grund, diskursanalytische Ansätze insgesamt zu verwerfen. Sie haben sich als entwicklungsfähige Alternative zu einer rein ideologiekritischen Thematisierung der Wissens- und Sinndimension gesellschaftlicher Praxis erwiesen. Das zeigen nicht zuletzt die früheren Arbeiten von Laclau und Mouffe zu Faschismus und Populismus, zur Spezifik des Volksfrontdiskurses oder zur diskursiven Konstruktion von Geschlechterdifferenzen. ■

Entwicklungsfähige Alternative

E. Laclau/ Ch. Mouffe: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, hg. und übersetzt von M. Hintz und G. Vorwallner, Wien 1991

FORSCHUNGSJOURNAL

Neue Soziale Bewegungen

Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen, Dokumente, Rezensionen, Bibliographie & Infomarkt. 4 x pro Jahr auf 114 Seiten.

PRAXIS MIT REFLEXION. ANALYSE MIT SUBSTANZ. KONZEPTE MIT KONTUREN.

Von der DDR zu den FNL - Soziale Bewegungen vor und nach der Wende Heft 1/92

Bewegungsforschung am Scheideweg? Neue Diskussionsbeiträge Heft 2/92

Soziale Bewegungen in Osteuropa - Entwicklungen, Probleme und Konzepte Heft 3/92

Gewerkschaften und neue soziale Bewegungen Heft 4/92

Abo: DM 48,- (DM 36,- erm.); Einzelheft: DM 12,50

Bestellungen von Einzelheften nur im Buchhandel und Abos über den Buchhandel oder beim Verlag • Probehefte gratis beim Verlag

Verlag: Schüren Presseverlag, Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg

Redaktion: Forschungsgruppe Neue Soziale Bewegungen, c/o Dr. Thomas Leif, Neubauerstr. 12, 6200 Wiesbaden

links
SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Register 1991

Afrika

Becker, Joachim — Südafrika: Kontrollierter Wandel? 252
Detobel, Robert — Islamischer Griff nach der Macht im Maghreb 254/255
Duffield, Mark — Funktionalisierung des Hungers. Reale Anpassungsstrategien und Hilfeleistungen im Sudan 259
Mourou, Abdelfattah — Interview mit Abdelfattah Mourou/Algerien 254/255
Saadi, Said — Interview mit Said Saadi/Algerien 254/255
Rodinson, Maxime — Die moslemische Welt und die Politik 254/255

Antisemitismus

Claussen, Detlev — Angst vor dem Anderen. Antisemitismus und Fremdenhaß 251
Hilberg, Raul — Wer waren die Täter? 249
Jansen, Peter-Erwin u.a. — Gespräch mit Raul Hilberg 249
Moneta, Dalia — *links*-Interview mit Dalia Moneta „Das sind Dramen" — über die Lage der sowjetischen Juden 250
Maegerle, Anton — Muslimische Polit-Sekte auf dem Vormarsch 259

Asien

Gössler, Peter — Die Götter regieren mit — zerbricht Indien? 250
Werning, Rainer — Südkorea: „Tiger" auf abschüssiger Bahn? 254/255

Asyldebatte

Bonavita-Lindloff, Petra — Die letzte Schande 251
Brand, Ulrich — Ökologische Angst erzeugt Fremdenhaß 259
Görg, Christoph — Interview mit Jean-Claude Diallo 258
Haas-Rietschel, Helga — Interview mit Paul Parin 258
Klönne, Arno — „Völkische" Identität übertrumpft Menschenrechte 258
Kunz, Thomas — Praktische Hilfe ist möglich 258
Leuninger, Herbert — Modell Megalopolis 251
Leuninger, Herbert — Ost-West-Migration 251
links-Redaktion — Asyl: Rechtslage und gesellschaftliche Realitäten 251
links-Redaktion — Migration als Menschenrecht 251
Lodovico, Ludi — „Die Deutschen sind das Volk" 252
Maier, Dieter — Sind die Menschenrechte politisch neutral? 258
Narr, Wolf-Dieter — Flüchtlinge, Asylsuchende, die BRD und wir 256
Pfaff, Victor — Zwischen Scylla und Charybdis. Zur Asyldiskussion 257
Räthzel, Nora — Rebellierende Selbstunterwerfung. Ein Deutungsversuch über den alltäglichen Rassismus 259
Reinfeldt, Sebastian — Vom rassistischen Diskurs zur sozialen Bewegung 259
Schneider, Felix — Der Fremde als innerer Feind 258
Schneider, Felix — Recht auf Asyl 256
Zander, Ingo — „Die Menschen kommen trotzdem." Interview mit Franz Nuscheler 258

Europa

Gössner, Rolf — Europäische Gemeinschaft der „Inneren Sicherheit" 252
Lamberti, Amato — Mit Krawatte und Knarre. Camorra in Neapel 256
Macke, Carl-Wilhelm — Los von Rom 252

Frauen

Beyer, Marina — Angst um die soziale Sicherheit. Zur Situation der Frauen in der Ex-DDR 254/255
Doo-Bunya, Lydie — Interview mit Lydie Doo-Bunya: Am untersten Ende steht die schwarze Frau 258
Frommel, Monika — Grundrecht auf Schwangerschaftsabbruch 256
Oesterle-Schwerin, Jutta — §218: Jenseits von Fristenregelung oder Indikationsmodell 258
Frauenpolitischer Runder Tisch — Offener Brief des frauenpolitischen Runden Tisches zum §218 254/255

Friedensbewegung

Vack, Klaus/Vack, Hanne — BoA — Die Verfassungsparole am Ausgang des 20. Jahrhunderts 258
Zander, Ingo — Militärsteuerverweigerung 251

Geschichte

Lodovico, Ludi — Quittungen 258
Maier, Dieter — Der Fremde Klaus Barbie 258
Müller-Enbergs, Helmut — Vor dem 17. Juni 253
Rossanda, Rossana — 20 Jahre auf der falschen Seite? 254
Zum Jubiläum von „il manifesto" 255
Zander, Ingo — Stiftungen für NS-Verfolgte 252

Golfkrieg

AG Wissenschaftskritik Mainz — Der Krieg, die Vernunft und die Linke 250
Beck, Johannes — Zur Logik des Krieges. Vorläufige Fragen auf fragwürdige Antworten 250
Bonavita-Lindloff, Petra — Sachzwänge als Kriegslegitimation? 249
Ciupke, Paul u.a. — Der Golfkrieg als zweites Bitburg 252
Ciupke, Paul u.a. — Pazifismus ohne historische Verantwortung? Kein Frieden ohne Israel! 249
Claussen, Detlev — Deutschland ein Friedensmärchen 249
Deutsch-Israelischer Arbeitskreis — Offener Brief an die israelischen Friedenskräfte 250
Ely, John/Müller, Sigrid — Der Golfkrieg und die Friedensbewegung in den USA 252
Ferguson, Thomas — Ökonomische Anreize des Krieges 250
Füchtner, Hans — Irrtümer? — Schön wär's! 252
Hirsch, Joachim — Krieg gegen die Dritte Welt 249
Jansen, Peter-Erwin — Waffenstillstand und Verhandlungen! 250
King, Vera/Görg, Christoph/Scharping, Michael — Deutschland verstehen? 256
Klare, Michael T. — Pax Americana II 252
Langer, Felicia — Zeit ist Blut 250
Lodovico, Ludi — Cleared by war? 251
Lodovico, Ludi — Der Krieg in den Köpfen 250
Lodovico, Ludi — Katheder-Irrationalismus (I): Flottenprofessoren 254/255
Macke, Carl-Wilhelm — Große Worte und kleine Zweifel 250

Massarrat, Mohssen	Krieg der Kulturen	250
Massarrat, Mohssen	Krise und Krieg am Persischen Golf. Ein Rückblick ein Jahr danach	256
Massarrat, Mohssen	Krieg ohne Sieger	249
Mircale, Lorenzo/Gresh, Alain	Europa gehört zu den Verlierern. Die Rolle Europas im Golf-Konflikt	250
O'Connor, James	US-amerikanische Kriegspolitik am Golf	250
RATZ	Aufruf an die Friedensbewegungen in Europa	250
Reusswig, Fritz	Versuch, den Westen zu verstehen. Zur Bedeutung des Krieges bei Kant und Hegel	250
Schneider, Felix	Der Krieg ist keimfrei geworden	249
Senghaas-Knobloch, Eva	Bewährungsprobe für die Weltgemeinschaft	250
Voss, Thomas	Irrational, antiamerikanisch und antisemitisch für den Frieden?	249
Willenberg, Safia	Pakistan und der Golfkrieg: Vasallentreue und Volksstimme	253
Zander, Ingo	Keine Weltpolizisten-Rolle für die Bundeswehr	249

Grüne

Brand, Ulrich	Grüne kaputt?	253
Plottnitz, Rupert von	*links*-Interview mit Rupert von Plottnitz: Die dicken Bretter von Reformen	252

Internationalismus

Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen	Solidarität ja — aber wie?	249
Gebauer, Thomas	Abschied vom Internationalismus	253

Kultur

Baier, Lothar	Traugott König	256
Dannemann, Rüdiger *links*-interview	Zum 50. Geburtstag von Bob Dylan mit Theo Pinkus aus dem Jahre 1979	252 253
Lodovico, Ludi	Aufklärung durch Komödien. Zum Tode von Friedrich Dürrenmatt	249
Lodovico, Ludi	Der Utopie verpflichtet. Zum Tode von Max Frisch	253
Macke, Carl-Wilhelm	Axel Eggebrecht, ,,Optimisten aber, wie ich einer bin''	256

KurdInnenverfolgung

Brand, Ulrich	Notwendige Diskussionen	252
Kunz, Thomas	Einmischung in innere Angelegenheiten?	252
medico international	Humanitäre und medizinische Hilfe für Kurdistan/Irak	252
Merk, Uschi/Schmidt, Susanne	Im Schönen das Grauen	254/255
Marléne Schnieper	Die Kurden — Spielball der Mächte	252

Linke

Claussen, Detlev	Abschied vom SB	257
Hirsch, Joachim	Ein kläglicher Abschied. Nach dem Ende der ,,Neuen Linken''	251
Klönne, Arno/Vack, Klaus	Härtere Zeiten — ,,geschiedene Leute''	251
Köhler, Tim/Brand, Ulrich	Keine ,,Theorie der Praxis''. Zur Berliner Volksuni 1991	254/255
links-Redaktion	Stellungnahme der Redaktion zu D. Claussens ,,Abschied vom SB''	257

Nahost

Köhler, Holm-Detlev	Frieden bedeutet zuallererst eine Bedrohung. Anmerkungen zur israelischen Gesellschaft	259
Massarrat, Mohssen	Am seidenen Faden hängt der Friedensprozeß...	259
Wollin, Amos	Das Eis ist gebrochen. Zur Nahost-Konferenz in Madrid	259
Wollin, Amos	Frieden in Nahost?	254/255

Nationalismus

Lodovico, Ludi	,,Nationale Selbstbestimmung'' heute	256

Osteuropa

Abadjiev, Emilian E.	Der lange Weg zur Demokratie. Bulgarien zwischen dem Ende der Diktatur und freien Wahlen	253
Haas-Rietschel, Helga	Gemischt-nationales Forum als einzige Friedenschance. *links*-Interview mit der Initiative ,,Frieden für Jugoslawien''	259
Herbert, Gabriele	Nur der baldige Wirtschaftskollaps birgt Friedenshoffnung	257
Initiative Frieden für Jugoslawien	Kompromiß statt Krieg	259
Interview mit Nada Strancar	Von Sarajevo bis Sarajevo	256
Kouchner, Bernard	Beistandspflicht	257
Lodovico, Ludi	Immer auf der falschen Seite. Zum Balkankrieg	259
Preobrazenskij, Nikolaj	Osteuropa — die spöttische Logik der Revolution	256
Samary, Catherine	Ist der Zerfall der jugoslawischen Förderation unausweichlich?	253
Samary, Catherine	Serbien im Strudel des Krieges	259
Schlotter, Peter	Wider die Stammtischstrategen	257
Schröder, Henning	Schritt für Schritt weg von NATO, WEU und EG	257
Soulé, Veronique	Der schwierige Übergang auf dem Balkan	251
Tatur, Melanie	Dilemmata demokratischer Politik in Ostmitteleuropa am Beispiel Polens	250
Veljak, Lino	Die Krise Jugoslawiens: Nationale Selbstzerstörung	253

Realer Sozialismus

Krischer, Thomas/Köhler Holm-Detlev	Fidel-Macht plus Kraftstoff. Sozialismus in Kuba	259

Rechtsextremismus

Heitmeyer, Wilhelm	Der Verlust von Geschichtsbewußtsein. Überlegungen zur Entwicklung rechtsextremistischer Orientierungen	259
Maegerle, Anton	Rechtsextremismus à la BRD: Die ,,Nationale Offensive''	253
Stolt, Frank D.	Rechtsextremismus á la DDR	253

Repression

Luley, Volker	Schüsse in Bockenheim	258

Rezensionen

Brand, Ulrich	''Die Globale Revolution'' (Spiegel Spezial)	259
Bund für Soziale	''Keine Bundeswehr in Krisengebiete'' (Barbara Müller)	256
Görg, Christoph	Strategien der Legitimation. Das Legitimationsparadigma in der politischen Theorie (Volker Heins)	251
Hennig, Eike	''Die Linke und die Einheit'' (Brigitte Seebacher-Brandt)	257
Hirsch, Joachim	Gefängnishefte Bd.1 (Antonio Gramsci)	254/255
Jansen, P.E.	''Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990'' (Timothy Garton Ash)	256
Kern, Peter	''Leben ohne Utopie?'' (Johanno Strasser)	252
Köhler, Holm-Detlev	Spanien heute: Politik-Wirtschaft-Kultur	259
Köhler, Holm-Detlev	Die Neuentdeckung Amerikas. Essays, Interviews, Gedichte (hrsg.v. Heinz Dieterich)	249
Krum, Gerhard	''Die Krise am Persischen Golf'' (Mohssen Massarat)	254/255
Kunz, Thomas	''A German Way of Revolution'' (Peter Marcuse)	256
Lodovico, Ludi	Exporteure des Todes. Deutscher Rüstungsskandal in Nahost (H. Leyendecker/R. Rickelmann)	251
Macke, Carl Wilhelm	Transit — Europäische Revue	249
Macke, Carl-Wilhelm	,,Der Turm von Babel'' (Hans Mayer)	257
Macke, Carl-Wilhelm	,,Totgeboren in Medellin'' (Alonso Salazar)	256

REGISTER '91

Maegerle, Anton — "Erinnern oder Verweigern — Das schwierige Thema Nationalsozialismus" (Dachauer Hefte, Heft 6/Nov.90) — 254/255
Mangold, Rudi — "Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa" (F. Greß/H.-G. Jaschke/K. Schönkäs) — 254/255
Müller-Enbergs, Helmut — Nachwende-Literatur der SED bzw. PDS-Elite — 249
Papendorf, Susanne — "Die narkotisierte Gesellschaft? Neue Wege in der Drogenpolitik" (Ludwig/Neumeyer Hg.) — 256
Prein, Gerald — "Le nationalisme contre les nations." Neuauflage (Henri Lefebvre) — 257
Reusswig, Fritz — "Philosophie der ökologischen Krise. Moskauer Vorträge" (Vittorio Hösle) — 254/255
Volke, Joachim — "Die Moderne auf der Anklagebank" (Leszek Kolakowski) — 256
Volke, Joachim — Der Mensch inmitten der Geschichte. Philosophische Bilanz des 20. Jahrhunderts (Karl Löwith) — 252

Rüstung
Hippler, Joachim — Bundeswehr als UNO-Truppe — 254/255
Link, Jürgen — Blauhelme als „deutsche Wüstenstürmer"? — 254/255
Zander, Ingo — "Rüstung bedeutet keine Arbeitsplatzgarantie". Interview mit Gerd Taschenberger — 258

Sowjetunion
Ajello, Mario — Gegen die Dämonisierung der Nationalismen. Gespräch mit V. Zaslavsky — 257
Guillebeaud, Jean-Claude — Die Dämonen sind müde — 257
Guillebeaud, Jean-Claude — Rußlands „pieds-noir" — 258
Maier, Barbara — Die Renaissance der Nation auf den Trümmern der Ideologie. Zum Nationalismus in der SU — 258
Preobrashenskij, Nikolaj — Der nächste Zusammenstoß kommt bestimmt. Nur wann? — 259
Runder Tisch i.d. Sowjetunion — Die Karten auf den Tisch — 254/255
Segbers, Klaus — Jelzin: Ein Sieg für wen? — 254/255
Segbers, Klaus — Postperestrojika: Ein neuer Zentrismus gegen das Chaos — 253
Segbers, Klaus — Das autoritäre Intermezzo — 249
Shelliem, Jochanan — Eine Kehrseite der Perestrojka — 249
Sovieticus — Falsches Fortissimo — 250
Sovjeticus — Abschied von der alten UdSSR — 257
Sovjeticus — Der verlorene Sieg — 259
Sovjeticus — Hintergründe des Putsches und politische Perspektiven nach seinem Scheitern — 256
Touraine, Alain — Eine Lektion für Europa — 257

Soziale Bewegungen
Demokratie Jetzt/Initiative — Bündnis 2000 für Frieden- und Menschenrechte — 252
Krum, Gerhard — An der Realität vorbei — 257
Templin, Wolfgang — Alte und neue Identitäten. Zwei Jahre Bündnis '90 — 257

SPD
Kremer, Uwe/Möbbeck, Susi — Die SPD auf der Couch — 254/255

Südamerika
Mergelstein, Mathias — Übergang in Chile — 252

Theorie
Brumlik, Micha — In den Trümmern der eigenen Welt — 257
Brunkhorst, Hauke — Demokratische Frage und volonté générale — 252
Demirovic, Alex — Ökologische Krise und Demokratie — 253
Görg, Christoph — Die Verfassung des Fortschritts — 252
Hennig, Eike — Vom Ende der Zivilgesellschaft — 249
Hirsch, Joachim — „Sozialistische Marktwirtschaft" — eine Alternative zum Kapitalismus? — 249
Kontos, Silvia — Eine Strategie zur Entschärfung des Geschlechterkonflikts. Anmerkungen zum Konzept der Zivilgesellschaft — 259
Lodovico, Ludi — Das Ende des Leninismus — 257
Lodovico, Ludi — Nachruf auf ein Phantom. Vom Anfang und Ende der „Zivilgesellschaft" — 251
Maihofer, Andrea — Noch immer Bedarf es der Zivilisierung männlicher Krieger — 258
Schultz, Irmgard — Demokratie und Gewaltfrage. Feministische Kritik an der Idee der Zivilgesellschaft — 257

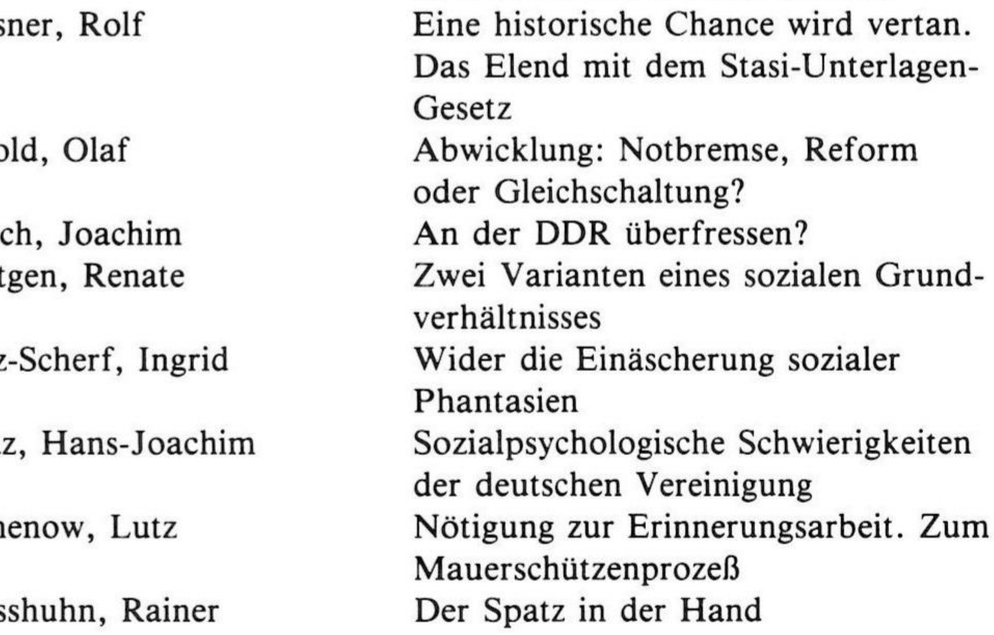
TheoretikerInnen
Dannemann, Rüdiger — Georg Lukács' Kritik der gesellschaftlichen Vernunft — 257
Heller, Agnes — Der Schulgründer — 257
Koffler, Leo — Bekenntnis zur individuellen Freiheit — 257
Lukács, Georg — Die soziale Verantwortung des Philosophen — 257
Perels, Joachim — Ein katholischer Sozialist. Zum Tode von Walter Dirks — 254/255
Prein, Gerald/Sünker,Heinz — Anwalt der Subjektivität. Zum 90. Geburtstag von Henri Lefebvre — 254/255

USA
Krell, Gert — Diplomatisches Mehrzweckinstrument. Die Bush-Abrüstungsinitiative — 258
Lombroso, Patrizia — Kommt die große Depression? Armut in den USA — 258

Verfassungsdiskussion
Narr, Wolf-Dieter — Nur Sahne auf dem Kuchen. Zum Verfassungsentwurf — 254/255
Weick, Edgar — Wiederholt sich 1848? Zur Verfassungsdiskussion in der Paulskirche — 254/255

„Wieder"-Vereinigung
Esser, Josef — Das neue Deutschland — zwei Gesellschaften in einem Staat (Teil 1) — 258
Esser, Josef — Das neue Deutschland — zwei Gesellschaften in einem Staat (Teil 2) — 259
Gössner, Rolf — Eine historische Chance wird vertan. Das Elend mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz — 259
Herold, Olaf — Abwicklung: Notbremse, Reform oder Gleichschaltung? — 253
Hirsch, Joachim — An der DDR überfressen? — 253
Hürtgen, Renate — Zwei Varianten eines sozialen Grundverhältnisses — 256
Kurz-Scherf, Ingrid — Wider die Einäscherung sozialer Phantasien — 258
Maaz, Hans-Joachim — Sozialpsychologische Schwierigkeiten der deutschen Vereinigung — 256
Rathenow, Lutz — Nötigung zur Erinnerungsarbeit. Zum Mauerschützenprozeß — 258
Weisshuhn, Rainer — Der Spatz in der Hand — 257

Zentralamerika
Fritsch, Eduard — Wahlen in El Salvador: Ein Schritt zum Frieden — 251



Der Feind sind wir

Alle möglichen Zeitschriften — sich politisch links wähnende zumal — wählen in diesen Monaten das Thema Rassismus als Schwerpunkt, umdie nur scheinbar abrupt wieder gesellschaftsfähig gewordene AusländerInnenfeindlichkeit zu reflektieren.

Daß das Thema jedoch ein ,,Dauerbrenner" ist, zeigt u.a. ein im Lamuv-Verlag erschienenes Buch mit dem unscheinbaren Titel ,,Rausland oder: Menschenrecht für alle".

Ausgangspunkt des Buches ist ein Perspektivwechsel weg von polemischen Positionen, der die öffentliche Diskussion am Beispiel der Asylpolitik folgendermaßen charakterisiert: ,,Spätestens seit 1980 ist die Asylfrage ein tagespolitisches Thema und zur demagogischen Wahlkampfmunition degeneriert." (27) Für die Behandlung der AsylbewerberInnen seien allein innenpolitische Erwägungen ausschlaggebend. Dabei wird festgestellt, daß die BRD eine ,,Demokratie für die ethnische Mehrheit ist", was mit notwendigen begrifflichen Entwirrungen verknüpft wird.

,,Auf der Suche nach Ursachen und Hintergründen für Rassismus und Diskriminierung ethnischer Minderheiten" — so eine Überschrift des Hauptteils — stellen die AutorInnen den geschichtlichen und aktuellen Zusammenhang zwischen Rassismus und metropolitanem Kapitalismus her. Die These lautet, daß Rassismus Grundlage und Ausdruck einer eurozentrischen und kolonialistischen ,,Dominanzkultur" war und ist, der den ,,Grundpfeiler europäischer Weltbeherrschungssehnsüchte" bildet(e). ,,Die Gesellschaften Europas sind seit Jahrhunderten an einer Unterwerfung der restlichen Welt beteiligt. Diese gewalttätige Tradition ist bis heute ein wesentlicher Bestandteil europäischer Geschichte, europäischer Kultur und europäischer Denkweisen." (124) Diese Tatsache wurde lediglich einige Jahrzehnte vom Systemwettbewerb zwischen realexistierendem Kapitalismus und Sozialismus überlagert.

Sozialpsychologisch seien Diskriminierung und Feindbilder notwendig, um den Menschen in den Metropolen qua der ,,einheitsstiftenden Ideologie" Nationalismus ein notwendiges Wir-Gefühl zu vermitteln. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Darstellung der Entwicklung des ,,wissenschaftlichen Rassismus". Der Exkurs zur multikulturellen Gesellschaft wirkt dann etwas aus dem Zusammenhang fallend.

Daran anschließend wird aufgezeigt, daß und inwieweit das westliche Zivilisationsmodell für weltweite Migration verantwortlich ist via weltweiter Ausbeutung, Arbeitskräftetransfer, Waffenexporte und Umweltzerstörung.

Manfred Budzinski und Karin Clemens, beide jahrelang in der praktischen AusländerInnenarbeit tätig, ist ein exzellentes Buch gelungen, weil es die Spannung zwischen einführendem ,,Überblick" und analysierendem ,,Tiefgang" fast durchgehend aushält. Neben dem Anspruch, Phänomene zu erklären, stehen faktenreiche Beschreibungen und Einschätzungen wie z.B. des Schengener Abkommens oder dem Umgang mit AusländerInnen in der Ehemaligen. Den Schluß bilden die Vorstellung verschiedener Menschen- und Bürgerrechtsgruppen und ein Dokumentationsanhang mit wichtigen internationalen Resolutionen zu Menschenrechtsfragen.

Offen bleiben für mich u.a. zwei Fragen: Inwieweit ist soziale Unterprivilegierung in metropolitanen Gesellschaften nicht doch ein Faktor für rassistisches Denken — was die AutorInnen am Beispiel der RepublikanerwählerInnen stark einschränken? Und: Inwieweit ist Rassismus ,,meßbar" in Form von Wahlverhaltensanalysen, Umfragen u.ä.?

Einzige Schwäche — neben dem leider sehr umständlichen Blättern zwischen den vielfältigen Zitaten und deren Quellenangaben — ist der etwas hilflos wirkende ,,Perspektiven-"Teil. Die vorher angeschnittene ,,konsequente Demokratisierung der Gesellschaft" (Vorwort) bleibt genauso vage wie der Aspekt der unbedingt notwendigen Gegenöffentlichkeit. Übrig bleibt die Forderung nach einem Anti-Diskriminierungsgesetz und einige ,,Alltags-Tips" zum Umgang mit Diskriminierungen.

Insgesamt eine sehr gute Einführung und ein faktenreiches Nachschlagewerk, dem ich viele LeserInnen wünsche.

ULRICH BRAND

Manfred Budzinski/Karin Clemens:
,,Rausland oder: Menschenrecht für alle"
Lamuv-Verlag, August 1991, 224 Seiten

Benjamins Bäuchlein

Jede Seite des Buches legt Ehre ein für's Graphikhandwerk und für die Druckerkunst. Eierschalenfarbenes Papier, reich illustriert mit Photos, Zeichnungen, Karikaturen; gut lesbare Schrifttypen, aus Gründen der Gestaltung mal rot, mal schwarz, mal die Mischfarbe braun; eine schöne Collage als Schutzumschlag — das Werkbund-Archiv als Herausgeber hat ein wahres Schatzkästlein für die Freunde Benjamins gezimmert. Es enthält Briefe, Auszüge aus schon gedruckten Erinnerungen, Tagesbuchnotizen. Die Texte stammen von Zeitgenossen oder von Benjamin selbst. Sie gewähren neue Einblicke in die Entstehungsgeschichte seiner Arbeiten, ebenso in seine individuelle Geschichte.

Zwischen dem Werk und dem Wesen Benjamins sehen die beiden Autoren des Buches einen Kausalzusammenhang. Sie wollen, schreiben sie, sein Werk aus einer Grundkonstellation seines Wesens ‚ableiten'. ,,Wir fragen', so heißt es im Einleitungskommentar, ,,nur nach seinem wahren Charakter". Das ‚Nur' irritiert. Ebenso die Formulierung Ableiten und die Frage nach dem wahren Charakter. Der Satz ist programmatisch zu nehmen. In nuce enthält er die verfehlte Konstruktion des Buches und den Grund für die Kluft, die sich zwischen schmucker Form und trübem Inhalt auftut.

Wie kommt man dem wahren Benjamin auf die Schliche? Durch die Perspektive des Schlüssellochs, meinen die Autoren. Die Kammerdienerperspektive gibt so ‚Wesentliches' preis wie das leicht vorstehende Bäuchlein unseres Helden. Man erfährt die Details der außerehelichen Beziehungen von Dora und Walter Benjamin, erfährt, daß der Ehrlose die geschiedene Frau und den gemeinsamen Sohn nicht alimentiert. Benjamin — ein Egozentriker, dabei naiv und so einfältig gar, sich von der, die er unglücklich liebt, zum Moskauer Marxismus verführen zu lassen.

Der ‚echte', ‚unverfälschte' Autor, mittels Briefstellen und Scheidungsurkunde aus dem Schutt freigelegt, den die Hagiographen und Philologen auf ihm häuften — diese biographische Mode ist kein Deut besser als der unkritische Kult, von dem sie sich absetzen will. Absicht des Buches ist es, zu entmystifizieren. Dem armen Benjamin ergeht es dabei — der Vergleich sei gestattet — wie Gerd Müller in Springers BILD. Nachdem die Story vom Star nicht mehr zog, deklarierte man den ‚Bomber der Nation' zum Looser und Alkoholiker um und zockte ihn noch einmal ab.

Die Attitüde, den wahren Benjamin zu präsentieren, den Menschen hinter dem Werk, verdankt sich einem naiven Begriff von Charakter. Aus ihm leiten die Autoren brav Werk und Lebensschicksal ab. Sie sind dabei einer Pychologie für den Hausgebrauch verpflichtet. Wie unsinnig der bloß gemeinte Ableitungszusammenhang ist, darüber hätte sie die Schrift von Benjamin über ‚Schicksal und Charakter' aufklären können. Er schreibt dort vom Charakter als dem ,,Popanz der Deterministen" und vom Überrest eines mythischen Schuldglaubens.

Die biographische Mode ist eine ziemlich zeitlose literarische. Ganz up to date dagegen die Masche, solche Autoren wie Benjamin von dem Verdacht einer Kontamination mit Marx reinzuwaschen. Puttnies und Smith unterliegen da einem regelrechten Waschzwang. Zum Marxismus hätten den Naiven die bösen Buben und Mädels verlockt. Dazu rechnen der als ,,marxistischer Musikkritiker" bezeichnete Adorno und Asja Lacis, letztere das lockende Weib, das den, der ihr verfallen und seiner Sinne nicht mächtig war, mit dem theoretischen Unsinn Marxismus indoktrinierte. Es ist die Konzession an den Zeitgeschmack, der linke Kost nunmal nicht goutiert, was die Lektüre des Buches so fad macht. Wenn es sich dennoch zu lesen lohnt, dann wegen der Briefwechsel aus der Zeit der Emigration, Die Schmach des Exilierten, die nach ein paar Mark Zeilenhonorar Ausschau halten müssen; das Visum als das beständige Thema; die Angst, wie ein Schicksalsgenosse schreibt, es führen bald direkte Züge von Paris nach Dachau; der Traum Benjamins, sich ,,nach New York zu retten und dort im zwanzigsten oder dreißigsten Stockwerk eines Wolkenkratzers ein neues Leben zu beginnen" — der Briefwechsel erinnert an die Dialoge von Kalle und Ziffel in Brechts Flüchtlingsgesprächen.

PETER KERN

Hans Puttnies / Garry Smith
,,Benjaminiania"
Anabas Verlag Gießen, 219 Seiten, DM 68,—

JÜRGEN SEIFERT

Der Rechtsstaat bindet auch die Gauck-Behörde

Eine Behörde darf niemand an den Pranger stellen

Die Redaktion hat mich gefragt, ob ich darüber schreiben könnte, ob und wenn ja, in welchem Umfang das Strafrecht ein geeignetes Mittel ist zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Einerseits stehe ich in der Tradition des vor 24 Jahren aus dem Leben geschiedenen hessischen Generalstaatsanwaltes Fritz Bauer. Er hat leidenschaftlich dafür gekämpft, daß die schweren NS-Verbrechen nicht ungesühnt blieben. In der Redaktion der Zeitschrift ,,Kritische Justiz'' hatte ich Anteil an einer ,,Aufarbeitung'' der NS-Justiz. Muß das nicht auch für Verbrecher in der DDR gelten? Andererseits weiß ich auf Grund meiner langjährigen Beschäftigung mit politischer Justiz, daß die Justiz dabei viel zu verlieren hat und die Politik dabei wenig zu gewinnen vermag. Es ist zum Beispiel nur schwer einzusehen, wenn jetzt jeder DDR-Grenzsoldat vor Gericht kommen soll, während mir kein Fall bekannt ist, in dem eine solche Leitlinie für ähnliche Schüsse in der NS-Zeit angewandt wurde. War das damals kein ,,gesetzliches Unrecht''?

Ich will nicht mißverstanden werden: Wer gefoltert oder auf einen bereits schwer verletzten weiter geschossen hat, darf nicht hoffen können, durch eine Amnestie davon zu kommen. Justiz muß jedoch den Anschein vermeiden, als Recht des Siegers gehandhabt zu werden.

Ich verändere das mir gestellte Thema, weil ich hoffe, daß im Strafrecht der oft langatmige Weg des Rechtsstaates doch noch für Korrekturen sorgt. Dagegen kann die gegenwärtige Form der Bekanntgabe des Inhaltes von Stasi-Akten Schaden anrichten, der nicht wieder ,,gutzumachen'' ist.

Die Anerkennung des Rechtsstaates wird dadurch gefährdet, daß der Rechtsstaat im Zuge seiner Durchsetzung selbst instrumentalisiert wird. Soll es rechtsstaatlich sein, wenn jeder, der irgendwann dem DDR-System gegenüber Informationen gegeben hat, die jetzt in den Stasi-Akten zu finden sind, fürchten muß, morgen durch eine an rechtstaatliche Verfahren gebundene Behörde ohne rechtliches Gehör an den Pranger gestellt zu werden? Ich beschränke mich auf die Darstellung zweier spektakulär gewordener Fälle.

Nach Errichtung der Bundesrepublik hat man einen Schlußstrich unter die NS-Vergangenheit gezogen: Die Entnazifizierungsakten wurden aus dem Verkehr gezogen, das ,,Document-Center'' (mit den Personalakten der NSDAP) blieb vier Jahrzehnte unter der ,,Obhut'' der Amerikaner und jede Form der Mitarbeit für ausländische Geheimdienste in der Nachkriegszeit wurde durch eine Generalamnestie sanktioniert.

Aus guten Gründen sollte ein solches Verfahren für die Mitarbeiter der Staatssicherheit nicht gelten. Gerade die Opfer der Stasi in der Oppositionsbewegung — insbesondere im Bündnis '90 — sind für ein Recht auf Akteneinsicht eingetreten. Dieses Verlangen ist richtig. Nach dem Stasi-Unterlagengesetz können die Betroffenen jetzt Einsicht in Unterlagen nehmen und ,,auf Verlangen die Namen der Mitarbeiter und weitere Identifizierungsangaben'' erfahren, ,,soweit sie sich aus den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes eindeutig entnehmen lassen''. Das heißt: Gegenüber den Opfern wird das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Stasi-Mitarbeiter eingeschränkt.

Darüberhinaus hat die Gauck-Behörde die Pflicht — nicht nur auf Antrag, sondern auch ,,ohne Ersuchen'' — über einen durch

Behörden-Chef Gauck

Gesetz festgelegten Personenkreis ,,von sich aus'' bestimmten öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen eine Mitteilung zu machen, wenn die Behörde im Rahmen ihrer Tätigkeit festgestellt hat, daß eine ,,hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst'' vorliegt. Solche ,,Feststellungen'' müssen rechtsförmig erfolgen, d.h. beispielsweise unter Berücksichtigung der im Gesetz festgelegten Begriffsbestimmungen. Danach sind inoffizielle Mitarbeiter diejenigen Personen, ,,die sich zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereiterklärt haben''. Dennoch haben solche Mitteilungen nicht die rechtliche Qualität von Gerichtsentscheidungen. Sie fassen lediglich das Ergebnis behördlicher Feststellungen zusammen und entsprechen damit beispielsweise dem Ergebnis staatsanwaltlicher Ermittlungen (die aus gutem Grund nicht veröffentlicht und als Anklageschrift nur vor Gericht verlesen werden dürfen). Zwei spektakulär gewordene Fälle belegen eine rechtsstaatlich problematische Praxis der Gauck-Behörde.

▶ Der Fall Heinrich Fink ◀

Der ,,Sonderbeauftragte der Bundesregierung'' hatte Heinrich Fink am 01.02.1991 offiziell mitgeteilt: ,,Aus den überprüften Unterlagen haben sich ... keine Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben''. Einige Zeit später (am 15.11.1991) hat sich die Behörde — ohne Heinrich Fink anzuhören — im Sinne des Gesetzes für berechtigt angese-

hen, der Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft und Kunst das Gegenteil mitzuteilen: ,,Aus den überprüften Unterlagen haben sich Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben. Herr Prof. Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS unter dem Decknamen ‚Heiner' tätig gewesen." Als Begründung wurde ausgeführt:

,,Der Leiter der Kirchenabteilung des MfS, der HA (Hauptabteilung) XX/4, bestätigte am 04.12.1989 eine Löschung des IM-Vorganges ‚Heiner', sodaß z.Z. weiteres Beweismaterial nur durch Rückschlüse und auf der Grundlage eines ebenfalls gefundenen Jahresarbeitsplanes geliefert werden kann."

Das Herr Fink tatsächlich für die HA XX/4 erfaßt war, wird durch ein Schreiben des Ministerstellvertretenden, General Mittag, an die Bezirksverwaltungen aus dem Jahre 1984 klar". (Vgl. Dazu die Dokumentation des Falles in ,,Utopie kreativ", Januar 1992).

Heinrich Fink hat dazu am 26.11.1991 öffentlich erklärt: ,,Ich habe mir keinerlei Zusammenarbeit mit der Stasi im Sinne des Schreibens der Gauck-Behörde vorzuwerfen. Das ist für mich wie eine eidesstattliche Erklärung."

Joachim Gauck hat vor dem Ausschuß für Wissenschaft und Kunst des Berliner Abgeordnetenhauses am 21.12.1991 zugegeben, ,,daß es sich um ein äußerst dürres Schreiben handelt, dessen Dürre ich intern den Mitarbeitern noch einmal vorhalten werde, zu dessen Tenor ich aber nach Aktenlage stehen muß". Das Wort ,,Tenor" bezeichnet in der Sprache der Juristen die Urteilsformel. Gauck ist kein Jurist; doch wenn er dieses Wort auf Grund der Verwendung der Juristen seiner Behörde übernommen hat, dann ist das ein Indiz für eine Machtanmaßung dieser Juristen.

Als Antwort auf die öffentliche Auseinandersetzung über die ohne jede Einschränkung getroffene Feststellung der Gauck-Behörde über Heinrich Fink hat die Behörde drei Tage später am 28.11.1991 ,,Präzisierungen" nachgeschoben. Die aufgeführten 12 Punkte beweisen wenig, insbesondere weisen sie nicht nach im Sinne des heute geltenden Gesetzes, daß Heinrich Fink sich ,,zur Lieferung von Informationen an den Staatssicherheitsdienst bereiterklärt" hat. Zugleich findet man in diesem Text Worte, die Zweifel am Gewißheitsanspruch der Feststellung nähren: ,,lassen den Schluß zu" oder ,,offensichtlich". Jeder Jurist lernt, daß das Füllwort ,,offensichtlich" Beweisnot anzeigt!

Der Abgeordnete Fischbeck, Bündnis '90 /Grüne im Berliner Abgeordnetenhaus hat am 02.12.1991 in einer Presseerklärung ,,Informationen" über ein Gespräch mit einem ,,MfS-Mitarbeiter" veröffentlicht. In dieser Information stehen folgende Sätze:

,,Heinrich Fink wurde weder schriftlich, noch durch Handschlag für die Stasi verpflichtet. Er wußte nicht, daß eine IM-Akte über ihn geführt wurde. Die Informationen von und über Heinrich Fink, die in der Akte ‚Heiner' gesammelt wurden, sind indirekt gesammelt worden. Kein Mitarbeiter der aktenführenden Abteilung XX/4 hatte direkten Kontakt zu H. Fink. (...) Die Vernichtung der Akten ‚Heiner' geschah gegen die Vorschriften des MfS ohne eine Veranlassung von außen. Es wurden bedeutend mehr Akten der Abteilung XX/4 vernichtet, u.a. deshalb, um sie nicht archivieren zu müssen".

Joachim Gauck hat dazu nur bemerkt, daß seiner Behörde der Gesetzgeber die Befugnisse nicht gegeben habe, ,,die sich Herr Fischbeck nahm."

Im Rechtstaat gilt der Grundsatz: Im Zweifel für den Angeschuldigten. Vielleicht war Fink ein inoffizieller Mitarbeiter, vieles spricht dafür, daß 1968 die Stasi nur versucht hat, Heinrich Fink als möglichen inoffiziellen Mitarbeiter einzuspannen und dabei Material gesammelt hat. Aus den von der Gauck-Behörde erstellten ,,Präzisierungen" ergib sich zugleich, daß die Stasi Fink schon 1969 als unzuverlässig beobachten ließ. Es existiert kein Beweis für die von der Gauck-Behörde getroffene Feststellung, daß Fink sich zur Mitarbeit gegenüber der Stasi verpflichtet hat und daß Fink ,,seit 1969 als inoffizieller Mitarbeiter des MfS" tätig gewesen ist.

Wilhelm Nordemann, Rechtsanwalt Finks und Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin, faßt im ,,Rheinischen Merkur/Christ und Welt" vom 13.12.1991 die rechtlichen Probleme wie folgt zusammen:

,,Bewiesen ist nur, daß Heinrich Fink bei der Stasi als inoffizieller Mitarbeiter geführt wurde. Bis jetzt wurden keine Unterlagen gefunden, daß er als Spitzel tätig war. (...) Die Gauck-Behörde soll nach dem Willen des Gesetzgebers ermitteln und das Ergebnis ihrer Ermittlungen der Dienststelle des Betroffenen zur Verfügung stellen. In Wahrheit enthält jedes Schreiben, mit dem sie dieses Ergebnis mitteilt, mit der Feststellung ‚... ist für die MfS ... tätig gewesen' eine handfeste Bewertung des ihr vorliegenden Materials, die umso schwerer wiegt, als Dienstbehörden und Gerichte sich blind auf sie zu verlassen pflegen. Nicht der Arbeitgeber und nach ihm der Arbeitsrichter, sondern der Sachbearbeiter in Joachim Gaucks Amtsstuben entscheidet also über Weiterbeschäftigung oder Entlassung — und dies, ohne daß der Betroffene je zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen gehört worden wäre, geschweige denn das Material hätte prüfen, vielleicht auch entkräften können. Der Anspruch auf rechtliches Gehör ist ein von unserer Verfassung verbrieftes Grundrecht, das jedermann zusteht (Art. 103 Abs. 1 GG). Auch wirklichen oder vermeintlichen Stasi-Mitarbeitern".

Dem ist wenig hinzuzufügen. In einem Rechtstaat darf nur ein Gericht ein Urteil fällen; doch Gauck steht zu einem ,,äußerst dürren Schreiben" und dem ,,Tenor" einer behördlichen Verrufserklärung, die ohne ein rechtsstaatliches Verfahren einen Menschen an den Pranger stellt.

PDS-Chef Gregor Gysi

Der Fall Gregor Gysi

Der Sachverhalt in diesem Fall ist einfacher. Aus den Bürgerbewegungen wurde von Bärbel Bohley und Gerd Poppe nach dem Studium ihrer MfS-Akten die Frage gestellt: Wer ist der ,,IM-Notar"? Beide vermuteten hinter diesem Decknamen verberge sich ihr früherer Rechtsbeistand Gregor Gysi. Nach dem Gesetz haben beide Anspruch darauf, daß die Gauck-Behörde die Identität dieses ,,IM" mitteilt. Die Behörde war zu einer eindeutigen Mitteilung über diesen Sachverhalt nicht in der Lage. Bei dieser Sachlage muß sie — wenn sie das Gesetz befolgt, das ,,eindeutige" Beweise fordert — schweigen. Das hat die Behörde jedoch nicht getan. Sie hat sich vielmehr für berechtigt gehalten, einmal zu erklären, ,,sie könne keinen Zusammenhang zwischen dem IM ‚Notar' und Gysi erkennen"; einige Zeit später (am 17.01.1992) wurde die Mitteilung verbreitet ,,ihre Mitarbeiter seien inzwischen fündig geworden" (Spiegel, 20.01.1992, S. 21).

Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht hier nicht um Belastung oder Entlastung einer Person, sondern um das Verfahren! Aus dem Gesetz läßt sich eine solche Befugnis zur Mitteilung personenbezogener Daten gegenüber der Öffentlichkeit nicht entnehmen. Eine solche Verhaltensweise widerspricht zudem grundlegenden Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit. Christoph Hein hat in einem offenen Brief vom 04.12.1991 zutreffend daran erinnert, daß Joachim Gauck im Fall Lothar de Maiziere (,,bei einer offenbar vollkommen anderen Aktenlage") ,,ganz anders entschieden und sogar zwei Mitarbeiter entlassen" habe, ,,als diese mehr Beweise der Öffentlichkeit präsentierten" als Gauck zulassen wollte oder konnte.

Wenn der damalige Vorfall als Verstoß gegen rechtstaatliche Prinzipien und das Verbot behördlicher Verrufserklärungen geahndet wurde, muß das auch im Fall Gysi gelten. Keine Behörde ist zu derartigen öffentlichen Verrufserklärungen berechtigt, die Betroffene an den Pranger stellen.

Die tatsächliche Verwirklichung des Rechtstaates ist daran zu erkennen, in welchem Umfang rechtstaatliche Verfahren gegenüber jenen gelten, die als Feinde angesehen werden. ■

PETER VISOLP

Nein, Verdrängung und Lüge

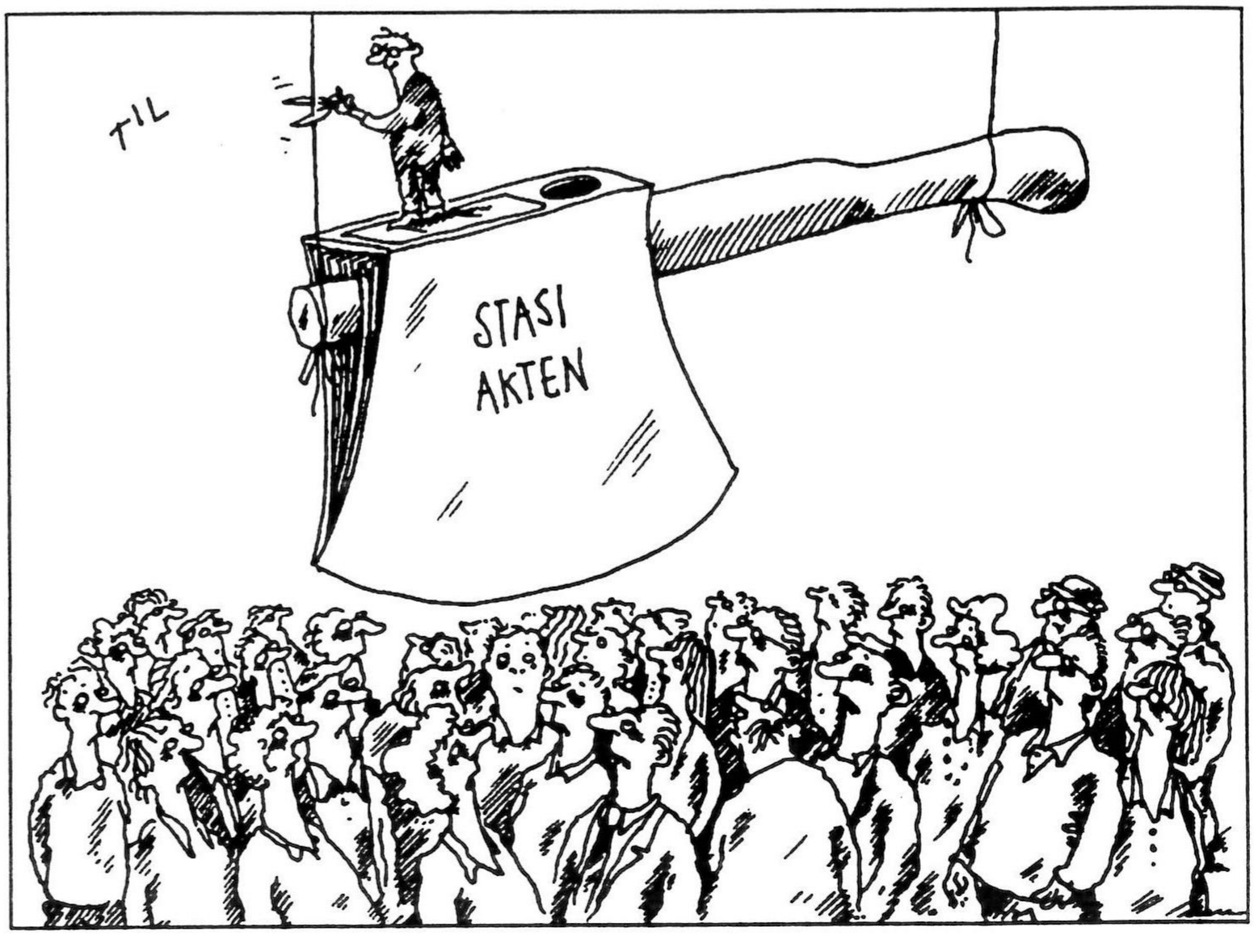
Der Brandenburger Landtag und das Problem der Vergangenheit

Das Thema DDR-Vergangenheit ging auch am Brandenburger Landtag nicht vorbei. Die neu gewählte Institution hatte sich damit Zeit gelassen, mehr als alle anderen neuen Landesparlamente. Überregionale Beachtung fand es erst, als die Rolle des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe in der DDR Anlaß zur Diskussionen gab. Nun wirft Brandenburg durch die Ampel-Regierung ein anderes Licht als andere Landesregierungen und läßt vermuten, daß es sich der Frage des Gewesenen in einer beeindruckenden Weise offensiv und vorbildlich widmet. Nach einem Jahr Stasi-Diskussion in Brandenburg muß das Fazit lauten: Nein, Verdrängung und Lüge.

Ende November 1991 traten die beiden von den Fraktionsvorsitzenden des Landtags Brandenburg beauftragten Kirchenvertreter, Ducke und Bransch, an die Öffentlichkeit und erklärten: „Nach dem von uns gewonnenen Erkenntnisstand wagen wir die Aussage, daß sich in der Landesregierung und im Landesparlament nach menschlichem Ermessen keine Mitglieder befinden, die auf Grund der Beziehungen, die der Staatssicherheitsdienst zu ihnen hatte, des parlamentarischen und öffentlichen Vertrauens unwürdig wären.“ Mit diesen Worten war für sie und die Parlamentarier das Thema Staatssicherheit und Landtag Brandenburg abgeschlossen. Dieses Urteil wirkt zweifelhaft angesichts des gesamten Überprüfungsverfahrens auf Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit, zumal wichtige Archivbereiche noch gar nicht erschlossen sind und die meisten Bescheide den Vermerk tragen, daß sie allenfalls vorläufige Gültigkeit haben.

Während in den anderen vier Landtagen die Diskussionen um Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit bereits loderten, fragten Journalisten in Frühjahr 1991 an, wann dieses in Brandenburg beginnen würde. Dies und die öffentliche Diskussion dürfte Anlaß gewesen sein, nun endlich diese Frage für den Brandenburger Landtag aufzuwerfen. Die Fraktionen verständigten sich darauf, als einziges Land nicht ein parlamentarisches, sondern ein außerparlamentarisches Verfahren zu wählen. Demnach sollte jeder einzelne Abgeordnete in Anwesenheit von zwei Kirchenvertretern nach benannten Kriterien gegebenenfalls von diesen eine Empfehlung zur Mandatsniederlegung erhalten. Dafür wurde in einem Landtagsausschuß u.a. festgelegt, daß eine Verpflichtung (schriftlich, mündlich) beim MfS als inoffizieller Mitarbeiter oder Vergünstigungen durch das MfS oder Aussagen über andere ausreichen würden. Diese Kriterien wurden ab dem Zeitpunkt nicht mehr angewandt, als sich zeigte, daß in allen Fraktionen IM's zu finden waren. Allein das Bündnis '90 hielt sich daran.

Allgemeine Irritationen traten erst dann auf, als es in Presseberichten hieß, im Landtag seien fast 1/4 der Abgeordneten und drei Minister — insgesamt also 20 — im Nebenberuf IM gewesen. Diese nie dementierte Zahl wurde durch die nachfolgenden Ereignisse zumindest nicht ausgeräumt. Die beiden beauftragten Kirchenvertreter räumten später ein, es gäbe zwar bei 12 Abgeordneten einen entsprchenden Eintrag bei der Gauck-Behörde, aber darüber hinaus gäbe es noch welche, bei denen der Eintrag kaum gravierend sein würde. In der Logik der Kir-



Die Tageszeitung

chenvertreter müßten diese als ,,Grenzfall-Typus I'' bezeichnet werden. Die Bezeichnung ,,Grenzfall'' war eilig erfunden worden, um aus politischen Interessen heraus, 10 IM des MfS keine Mandtagsniederlegung empfehlen zu müssen.

Offensichtlich wurde den beiden Kirchenvertretern die ganze Sache zu heikel. Eine Entscheidung, wer sein Mandat niederlegen sollte oder nicht, fiel ihnen schwer, so daß sie darum bemüht waren, die Fraktionsvorsitzenden in dieses Verfahren einzubinden und deren Votum mit zu berücksichtigen. Dieses Verfahren lehnten jedoch die Bürgerbewegungen entschieden ab. Doch hatte sich zu diesem Zeitpunkt bereits gezeigt, daß mit Ausnahme des Bündnis '90 angeblich alle 10 ein ,,Grenzfall'' (,,Grenzfall-Typus II'') seien und somit ihr Mandat behalten könnten. Kurios wurde es bei der CDU-Fraktion. Während die beiden Kirchenvertreter bei einer Zusammenkunft mit den Fraktionsvorsitzenden lediglich 2 IM des MfS in den CDU-Reihen entdecken konnten, legte der CDU-Fraktionsvorsitzende Peter-Michael Diestel 3 eidesstattliche Erklärungen (Margot Beck, Klaus Häßler und Johannes Winter) vor, die bekundeten, nie IM gewesen zu sein. Es habe sich, so die Erklärung der Kirchenvertreter, um einen Abschreibefehler gehandelt. Nachdem nach ,,menschlichem Ermessen'' für die Kirchenvertreter die Untersuchungen abgeschlossen waren, wurde ein Dossier des Berliner Verfassungsschutzes bekannt, wonach Johannes Winter am 6. Januar 1990 bei dieser Behörde vorstellig geworden war und erklärt habe, daß er als IM gearbeitet hätte. Die Kieler Staatsanwaltschaft beantragte daraufhin die Aufhebung der Immunität dieses Abgeordneten, Johannes Winter selbst beteuert noch heute, nie Spitzel gewesen zu sein, trat aber in diesem Zusammenhang aus der CDU-Fraktion aus, behielt aber sein Mandat.

Die ersten Ergebnisse der Gauck-Behörde lagen im August 1991 vor. Bis dahin beschäftigten sich mit diesem Thema lediglich die Medien. Dabei war auffallend, daß vor allem die westlichen Journalisten das Thema aufgriffen, die östlichen sich jedoch vornehm zurückhielten. Nach den ersten Berichten über IM im Landtag trat eine paradoxe Situation ein: nicht jene, die ihre Mitabgeordneten über ihren spezifischen Beitrag in der DDR im Dunkeln ließen, standen im Mittelpunkt, sondern jene, die die Öffentlichkeit erst herstellten. Bei der Verarbeitung solcher Meldungen wurde westlichen Berichterstattern häufig die Kompetenz abgesprochen, dies zu tun, geschweige zu bewerten; hingegen wurde das Defizit, daß die östlichen Journalisten sich diesen Fragen ungern näherten, nicht als Problem gewertet. So war die Diskussion von Anbeginn an durch eine West-Ost-Achse blockiert. Die Abgeordneten selbst machten um dieses Thema einen großen Bogen, es direkt aufzugreifen, lag ihnen fern — auch den Bürgerbewegungen.

Undurchsichtige Verfahren

In keinem anderen Landtag wie in Brandenburg gab es so viele Grenzfälle, ob Typus I oder II. Und in keinem anderen wurde das Verfahren so undurchsichtig geführt wie in diesem, und nirgends legten so wenige ihr Mandat nieder wie dort. Dieser Umgang veranlaßte die Bürgerbewegung Bündnis '90 ,,wütend und beschämt'' zu sein; obgleich sie von Anbeginn diese Art der Beschäftigung mit der Vergangenheit ablehnte. Dies aus verschiedenen Gründen:

Träger des Staates waren nicht allein die MfS, sondern auch die SED und ihre kommunistischen Transformationsparteien CDUD, LDPD, NDPD und DBD. Während die Blockparteien aus politischem Kalkül heraus durch die Westparteien auf demokratisch umprofiliert wurden, wurde der staatstragende Part auf SED und das MfS reduziert. Die Abgeordneten aus den Blockparteien kommen zumeist aus der zweiten oder dritten Reihe und unterscheiden sich vor 1989 kaum von ihren Nomenklaturpartnern in der SED. Als beispielsweise sichtbar wurde, daß der CDU-Abgeordnete Detlef Kirchhoff seine DBD-Mitgliedschaft und den einjährigen Besuch der SED-Bezirksparteischule Frankfurt/Oder einfach wegdefinierte, war dem Bündnis '90 bereits klargeworden, daß alle Beiträge zur Vergangenheitsaufarbeitung von seiten der CDU lediglich der Verschleierung dienen sollten und die Einengung auf das MfS Vergangenheitsdiskussion reduzierte.

Es war offensichtlich, daß nicht die DDR als solche Gegenstand der Diskussion war, sondern politische Interessen darüber entschieden, *wer wann* als IM in die Medien lanciert wird oder wurde. Ebenso war es politisches Kalkül, wann welches Blockpartei-Mitglied problematisch und politisch nicht mehr tragbar war.

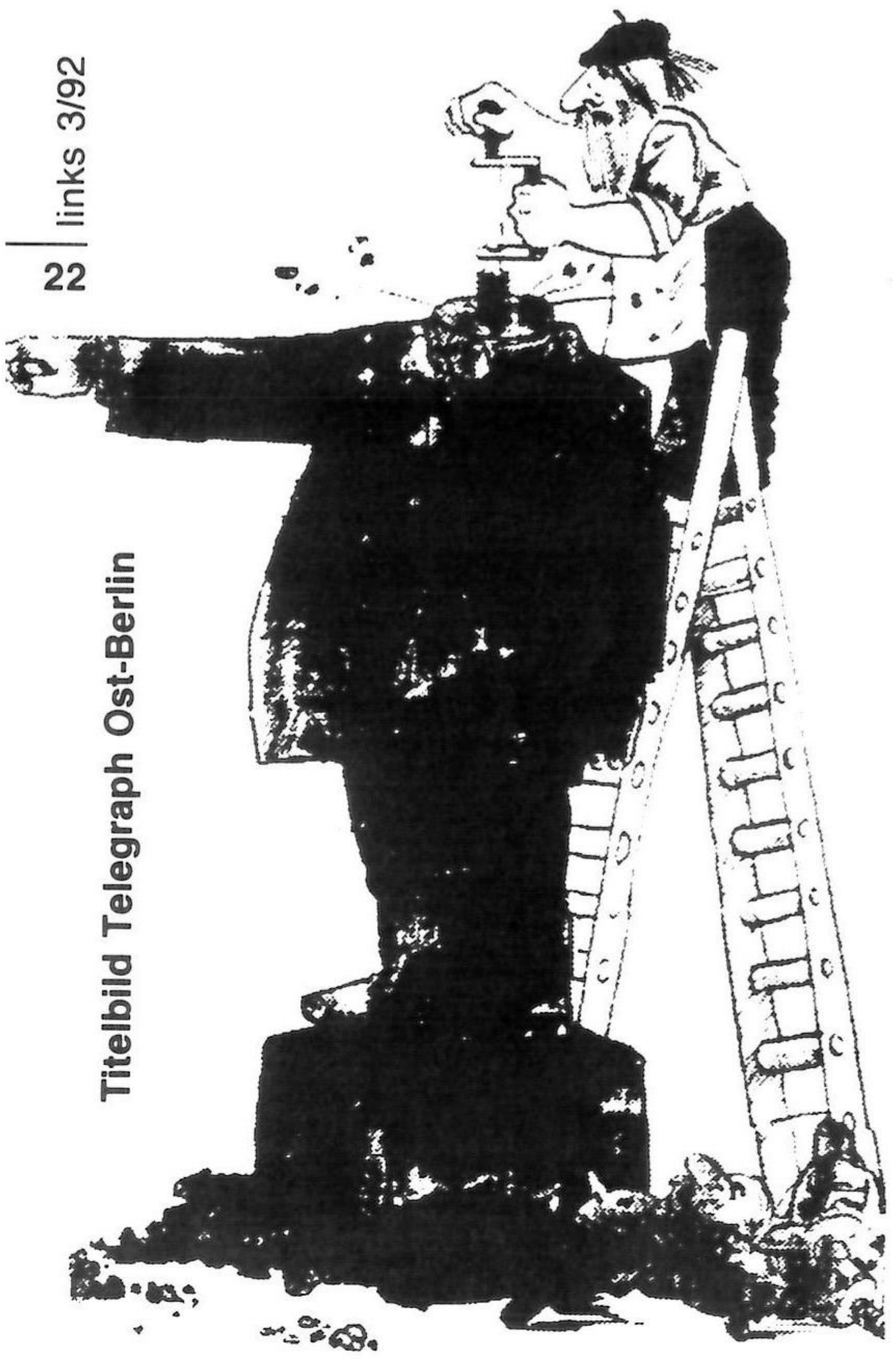
An dieser Form der Diskussion wollte sich das Bündnis '90 nicht beteiligen. Auch dann nicht, als Anfang Januar 1992 die Rolle des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe diskutiert wurde. Die Bürgerbewegung Bündnis '90 entschloß sich deshalb, lediglich dem Ministerpräsidenten das politische Vertrauen auszusprechen, die Zeit davor war damit nicht eingeschlossen. Damit wurde grundsätzlich der Ansicht entsprochen, daß die ehemalige DDR-Gesellschaft vorerst weder bereit noch ein Interesse daran hat, diese Geschichte öffentlich zu bearbeiten. Allenfalls die Frage nach der DDR-Systemlogik steht zur Diskussion. Ein weiterer Grund nicht an der Vergangenheitsdiskussion teilzunehmen, war die Erkenntnis, daß fast ohne jede Ausnahme alle IM bis zuletzt, d.h., bis ihnen ihre IM-Verpflichtungserklärung vorgelegt wurde, leugneten, es gewesen zu sein. Auch waren die stereotypen Antworten: *niemandem geschadet, nichts unterschrieben und keine Vorteile bezogen zu haben,* für die Bürgerbewegungen unerträglich, zumal sie Gewißheit darüber haben, daß es bereits Maßnahmepläne gegen sie gab, sie in Internierungslager (gelegentlich auch beim MfS „KZ" genannt) zu stecken und sie zu vernichten. Dabei half dem MfS jegliche Information. Die sich unschuldig fühlenden IMs werden kaum beurteilen können, ob etwas schadete oder nicht.

Eine andere Form der Verarbeitung

Die Bürgerbewegungen in Brandenburg hoffen, daß es — ebenso wie die 68er in der alten Bundesrepublik — in zwanzig Jahren eine Bewegung geben wird, die unbefangener mit dieser Vergangenheit umgehen kann. Bis dahin wollen die Brandenburger Bürgerbewegungen lediglich dafür Sorge tragen, daß in ihren Reihen eine andere Form der Verarbeitung stattfindet — und die konsequent.

Bis es soweit ist, können von den vier Parteien CDU, FDP, PDS, und SPD gegenwärtig lediglich drei Formen der Vergangenheitsaufarbeitung für den Brandenburger Landtag erwartet werden: Aus politischem Kalkül werden über den einen oder anderen IM, Blockpartei-Mitglied, Kampfgruppenführer etc. gezielt Informationen lanciert; aus den Opferakten ergeben sich zufällig Erkenntnisse über Berichte von IM; oder IM werden nach interfraktionellem Gutdünken aus dem Verkehr gezogen. Absichtserklärungen und durchgeführte parlamentarische Debatten zum Thema Staatssicherheit oder DDR-Vergangenheit boten bisher keinen substantiellen Beitrag für die Diskussion.

Die Vergangenheitsaufarbeitung des Brandenburger Landtags war bis heute eine Farce, und soweit daran Interesse besteht, wird sie vorerst in die Zukunft delegiert. ■

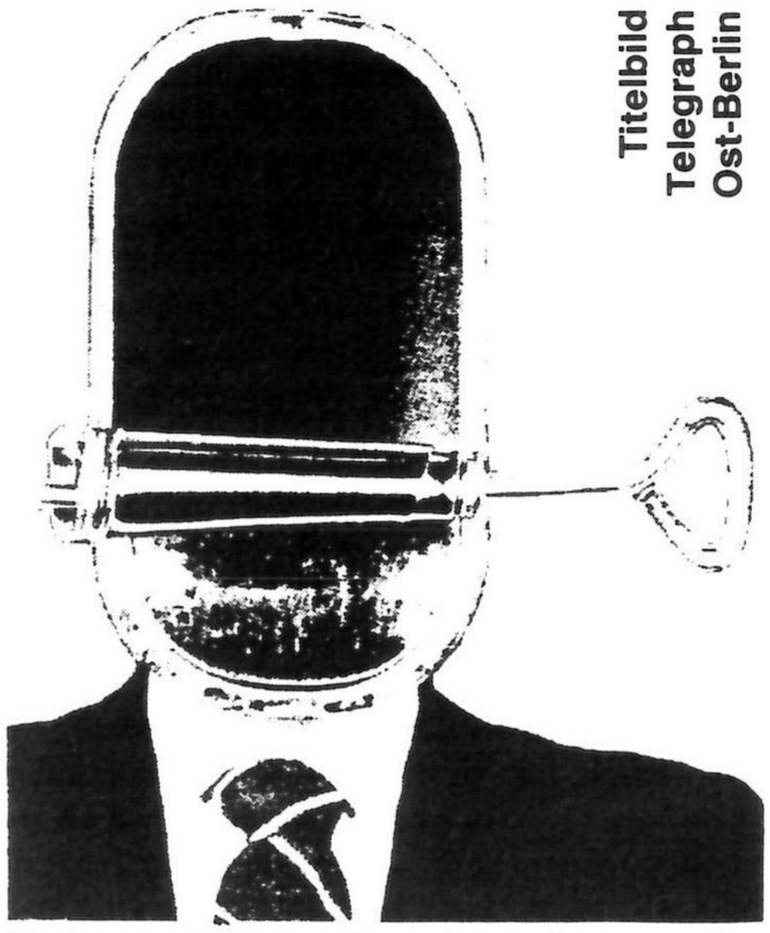


Titelbild Telegraph Ost-Berlin

MICHAEL STÖTZEL

Ein Klima der Bekenntnisse

Es herrscht in Ostdeutschland ein Klima, das Bekenntnisse verlangt. Ein Klima des Mißtrauens, daß einen menschlichen Scherbenhaufen hinterläßt. Unser Blick aus dem Westen auf solche Hinterlassenschaften ist gegenwärtig gehemmt und unsicher, sind wir zu dicht dran — und doch zu weit weg? Der Schweizer WOZ-Redakteuer Michael Stötzel recherchierte in Ost-Berlin mit dem Blick von draußen. Was er beschreibt, überrascht nicht, aber er berichtet mit der unverkrampften Distanz eines Linken, der kein Westdeutscher ist.



Titelbild Telegraph Ost-Berlin

Rechtsstaat contra Unrechtsregime — die Allgewalt des Maßes, das an alle Veröffentlichungen, alle Vorwürfe und Bekenntnisse angelegt wird, hebt selbst die elementaren Regeln auf, die bisher in der BRD für Rechtsstaatlichkeit galten. ,,Sonderbar'' nennt etwa die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* das Betragen der *Süddeutschen Zeitung* die auf Beweisen besteht, bevor vermeintliche Stasi-Spitzel angeschuldigt werden und die eine Unschuldsvermutung auch ihnen gegenüber gelten lassen will.

Es herrscht ein Klima, in dem Bekenntnisse verlangt werden. Ein Klima, in dem ich in Ostberlin einen alten Freund besuche, um zu sehen, was er jetzt macht. Wenn wir uns früher trafen, war es meistens so: Der SED-Genosse und der herumsuchende Westlinke sind nett zueinander, sie hören sich gegenseitig etwas an, reden freundlich aneinander vorbei, streiten sich, aber nie in der Schärfe, die die Unterschiedlichkeit der Meinungen eigentlich beanspruchte. Nach und nach begannen wir dann auch, uns als Freunde zu betrachten, vielleicht, weil wir uns nicht zu oft sahen. War es also Freundschaft oder doch eher Scham, weshalb ich ihn nie direkt nach der Stasi gefragt habe, selbst nachdem ich mir ziemlich sicher geworden war: er ist dabei? Bald nach der Wende erschien sein Name auf einer der veröffentlichten Listen der Stasi — ,,Offiziere im besonderen Einsatz'' und gewundert hat mich sein hoher Rang, das schon.

Heute erzählt er, wie er sich in der ,,Privatwirtschaft'' als Vertreter durchzuschlagen versucht. Dabei bemüht er sich, noch den größten Mist einigermaßen sachlich zu beschreiben. Was sollte er sonst tun? Mir fallen die Geschichten von den ''roten Socken'' und den ,,Seilschaften'' ein, von den alten Kadern, die sich wechselseitig in neue Posten heben. Ja, vielleicht gibt es das, wenn allerdings in diesem Fall auch einer am Seil gezogen hat, ist wieder das ehemals typische ,,DDR-Weltspitze''-Phänomen rausgekommen. Früher hat er viel von seiner Parteigruppe erzählt, jetzt hat er keinen Kontakt mehr. Politik? Nein. Ich finde das anständig. Und was ist nun mit der Stasi, beschäftigt ihn das? ,,Dafür habe ich keine Zeit. Ich muß sehen, daß ich Geld verdiene.'' — Soll er sich vielleicht bei mir entschudligen? Nach der Veröffentlichung der Listen sei er genau einmal darauf angesprochen worden. Draußen in der Laubenkolonie habe eine Nachbarin eine hämische Bemerkung gemacht. Sonst nichts, er sagt: ,,Bisher nichts.''

▶ Bei uns im Betrieb ◀

Öffentichkeit darüber zu schaffen, wie das alles funktionierte, hat sich das ,,Bürgerkomitee ‚15. Januar' zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit'' vorgenommen. Am 15. Januar 1990 war die Stasi-Zentale in Berlin gestürmt worden. In der Folge entstanden Komitees, die die Auswertung der kilometerlangen Aktenbestände organisieren sollten, die Vorläufer der jetzigen Behörde des Herrn Gauck, des ,,Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes''. Eine zeitlang klappte die Zusammenarbeit, erst mit dem alten, dann mit dem neuen Staat, erzählt Martina Graeser, die an diesem Morgen zusammen mit Uta Ebert im Büro des Komitees sitzt. Damit war es jedoch vorbei, als die Bundesregierung sich eine ordentliche Behörde schuf; einige wenige, die mit der Arbeit angefangen hatten, blieben bei Gauck, die anderen gründeten ihr eigenes Komitee. Jetzt sitzen sie hier zusammen mit den vielen Restbeständen der ehemaligen BürgerInnenbewegung im ,,Haus der Demokratie'', vielleicht fünfzig Meter entfernt von Gaucks Zentrale. Die Arbeit des Bürgerkomitees ist finanziell noch für ein Jahr abgesichert, im Rahmen der staatlichen Ar-

Gerard Braunthal

Politische Loyalität und Öffentlicher Dienst

Der »Radikalenerlaß« von 1972 und die Folgen

Gerard Braunthal
POLITISCHE LOYALITÄT UND ÖFFENTLICHER DIENST
Der "Radikalenerlaß" von 1972 und die Folgen
220 Seiten, Pb.,
ISBN 3-89472-062-X, DM 36,-

Die erste zusammenfassende Studie über den sogenannten Radikalenerlaß von 1972. Auf der Basis von Archivquellen und Interviews mit Politikern, Journalisten, Akademikern und direkt betroffenen Personen untersucht Braunthal die Fälle, das Umfeld und die Konse-quenzen des Erlasses.

Ralf Ludwig/Klaus Ness/
Muzaffer Perik (Hrsg.)
FLUCHT NACH DEUTSCHLAND
180 Seiten, Pb., ISBN 3-89472-248-7 (PTB 248), DM 19,80

Gastarbeiter, Aussiedler und Asylanten - diese Begriffe verweisen auf den unterschiedlichen rechtlichen und sozialen Status von Ausländern. Die Autoren dieses Bandes behandeln die Probleme von Emigration, Flucht und Armutswanderung und ihre Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland.

SCHÜREN
Marburg · Berlin

beitsbeschaffungsmaßnahmen wurde es mit 14 Stellen ausgestattet. Direkten Zugang zu den Akten haben die dort Beschäftigten allerdings nicht mehr.

Martina Graeser ist fast von Anfang an dabei, eine junge Frau, die vorher schon einige Jobs hatte, sie erzählt von ihrer Arbeit ,,im Außenhandel'' und in der Komischen Oper. Sie könnte sich auch im westdeutschen linksgrünen Lager tummeln. Uta Ebert ist eher die ,,Kollegin'', die ,,Werktätige''. Bis letzten Sommer hat sie in einer Werkzeugmaschinenfabrik gearbeitet, dann wurde die Produktion eingestellt, und von 2500 Beschäftigten wurden 2150 entlassen. So wie sie sich bewegt und zunächst antwortet, ist sie neu in diesem Büro.

Die Leute aus den ,,alten Bundesländern'' (mich überrascht, an diesem Ort das Vokabular der EinheitsfunktionärInnen zu hören), zeigten ja viel Interesse an der Stasi-Sache, meint Martina Graeser. Doch gebe es viele falsche Vorstellungen, die Akten seien voller Kuriosa und die Masse der Informationen sei im ,,normalen Leben'' zusammengelaufen. Uta Ebert erklärt, wie es damals ,,bei uns im Betrieb'' war. Wenn da zum Beispiel jemand zu Verwandten in den Westen reisen wollte, wurde das Arbeitskollektiv befragt, die Abteilung, die Parteigruppe, da sei viel zusammengekommen. — Sicherlich nur eine Formsache, man habe doch nicht etwa gegen die eigenen KollegInnen gesprochen? — Ich werde zurechtgewiesen, Nein, man habe da schon eine Bewertung abgegeben und auch gesagt, wenn was nicht in Ordnung war. Das zu DDR-Zeiten praktizierte Bewertungs- und Berichtwesen wurde also offenbar auch ernst genommen und korrekt erfüllt. Und weil es natürlich auch Konkurrenz, Neid, kleinlichen Ärger unter den KollegInnen gab, werden nicht wenige Berichte eher mies ausgefallen sein. Mit dem Durchschlag für die Stasi-Akte wurde das alles dann unterschiedslos zur Wahrheit eines sicherheitsbesessenen Staates.

▶ Manchmal zerfließt die Grenze ◀

Doch ich mache mir falsche Vorstellungen vom Ausmaß der Kontrolle, belehren mich die Frauen gleich mehrfach. Wirklich schlimm sei das ,,Eingesperrtsein'' gewesen. Aber sonst ,,waren wir nicht alle nur geknebelt'' (Uta Ebert). Ob sie denn die Stasi etwa als ,,normal'' empfunden hätten? Martina Graeser: ,,Normal, nein das nicht, wir wußten, daß sie immer da war.'' Ob es nicht mühsam gewesen sei, immer mit dem unfaßbaren Apparat zu leben? Beide lachen fast, heute sei alles viel komplizierter, früher sei alles einfach gewesen.

Einfach? ,,In der DDR gab es ein System des direkten Aushandelns, in dem relativ wenig rechtlich formell geregelt war'', erklärt Michael Brie. Brie ist Philosoph an der Humboldt-Universität und, je nach Blickwinkel, Stasi-Täter oder Stasi-Opfer. Er gehörte zu den ganz wenigen, die offen erklärten, was man sich ohnehin denken konnte: Daß alle, die mit AusländerInnen (in seinem Fall: ausländischen StudentInnen) zu tun und die Auslandskontakte hatten, regelmäßig Berichte schreiben mußten, von denen auch wieder jeweils ein Durchschlag an die Staatssicherheit ging. Nach dieser Erklärung wurde Brie entlassen. Dagegen hat er nun geklagt, Aussagen früherer StudentInnen, die von ihm über seine Berichtsnotwendigkeiten informiert worden waren, entlasteten ihn. Mittlerweile bezieht er wieder sein Gehalt, bloß läßt ihn die Universität nicht arbeiten.

Ein System des Aushandelns, rechtlich wenig geregelt. — Die totale Willkür? An sich schon, nur wer in der DDR erst einmal eine Wohnung hatte und nicht besonders auffiel, konnte sich, sagt Brie, in einem ,,fast bürokratiefreien Raum'' bewegen. Und die Allmacht der Stasi? Sie habe sicherlich über alle oppositionellen Strömungen Bescheid gewußt. Seit den siebziger Jahren sei es ,,durchweg bekannt'' gewesen, daß Oppositionelle, die nicht grundsätzlich das System stürzen, aber Spielraum zum Aufbau etwas stabilerer Strukturen wollten, auf eine Kooperation mit der Stasi angewiesen waren und diese Kooperation auch finden konnten. Die ,,Informellen Mitarbeiter'' haben demnach vielleicht die Arbeit der Gruppen behindert und bespitzelt, in erster Linie sind sie aber Voraussetzung von deren Existenz gewesen. — Die Aufregung um Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe und die jüngsten Informationen über Stasi-Kontaktleute, welche die Parteigründung der DDR-Grünen organisierten, bestätigen solche fließende Grenzen. Schließlich werden sich die Oppositionelle, die jetzt in ihren Akten auf immer neue Spitzel in den eigenen Reihen stoßen, irgendwann die Frage stellen müssen, warum es eigentlich trotz der vielen ,,Verräter'' zum Umsturz der Verhältnisse gekommen ist. War das tatsächlich eine Revolution der BürgerInnen — oder nicht doch eher die Abdankung einer Staatselite, die einfach nicht mehr weiter wußte?

Eine Geschichte hat mir Martina Graeser noch beiläufig erzählt: einer aus ihrem Komitee habe sich bei einer Westfirma um eine der besseren Stellen bemüht. In seinem Bewerbungsschreiben habe er erwähnt, daß er schon immer kritisch gegenüber dem SED-Staat eingestellt und deshalb niemals Mitglied der Partei oder einer der Massenorganisationen war. Er habe eine Absage erhalten. Da er weder in der SED gewesen sei noch in einer anderen wichtigen gesellschaftlichen Funktion gearbeitet hätte, schrieb das Unternehmen, sei davon auszugehen, daß es ihm sowohl an Karrierebewußtsein als auch an Anpassungsfähigkeit mangele. — Falls die Geschichte nicht stimmt, ist sie dann etwa auch nicht wahr? ■

Gekürzte Fassung eines Artikels aus der WoZ, vom 7.2.92. Wir danken der WoZ für die Nachdruckgenehmigung.

PETER KIEFER

Black-box-Methode

Eine polit-topologische Skizze zum Begriff „links“

Eine politi-topologische Skizze nennt Peter Kiefer seinen Essay zum Begriff „links“. Nachdem schon unklar geworden ist, wer oder was (nicht erst seit dem Golfkrieg!) links überhaupt noch ist, begreift unser Autor „links“ als einen politischen Corpus und gibt zugleich mit einem flinken Ritt durch die Philosophiegeschichte einen kleinen topologischen Abriß über die Bedeutung des Raumes. Links, so Kiefers Fazit, ist heute nicht mehr räumlich zu verorten, links ist bestenfalls ein Handlungsbegriff, eine Art „politische Black-box-Methode“.

„Links“ ist zunächst ein perspektivischer Begriff, kein fixer Topos, wenngleich der politische Sprachgebrauch ihn stets als solchen behandelt hat. Bezeichnenderweise ist er durch die wachsende Politikverdrossenheit in die Krise geraten, weit eher jedenfalls als durch seine „Niederlagen“, deren Liste bekanntlich weiter zurückreicht. Die Linke hat sich im Corpus Bundesrepublik verzweigt, als Nervensystem, und geht gleichsam auf in seinen Bewegungsabläufen. Damit hat sie an äußerlichem Profil verloren und sieht sich gezwungen, ihre Identität vornehmlich auf die bekannten historischen Satzbestände einzugrenzen, die, wenn sie dem Druck aktueller Ereignisse nachgeben, zu Bruchstücken eines nicht wieder zu erneuernden Bildes werden. Man ist daher geneigt, die jüngst vorgeschlagene Definition von Jan Philipp Reemtsma zu bestätigen, der sagt: „Ich möchte *die Linke* jene Anzahl von Menschen nennen, die sich selbst *links* nennen.“ (Konkret 11/91, 44) Bliebe denn, wenn schon unklar ist, *wer* oder *was*, noch die Richtung anzugeben, *wo links ist*. Die Frage, so gestellt, rührt gewissermaßen ans semantisch Eingemachte, man muß sie nämlich topologisch beantworten.

In seiner 1786 verfaßten Schrift „Was heißt: Sich im Denken orientieren?“ setzt Kant die physische Erlebniswirklichkeit des nächtlichen Raums in Szene. „Im Finstern‘, behauptet er, „orientiere ich mich in einem mir bekannten Zimmer, wenn ich nur einen einzigen Gegenstand, dessen Stelle ich im Gedächtnis habe, anfassen kann. Aber hier hilft mir offenbar nichts als das Bestimmungsvermögen der Lagen nach einem *subjektiven* Unterscheidungsgrund: denn die Objekte, deren Stelle ich finden soll, sehe ich gar nicht; und hätte jemand mir zum Spaße alle Gegenstände zwar in derselben Ordnung untereinander, aber links gesetzt, was vorher rechts war, so würde ich mich in meinem Zimmer, wo sonst alle Wände ganz gleich wären, gar nicht finden können. So aber orientiere ich mich bald durch das bloße Gefühl des Unterschieds meiner zwei Seiten, der rechten und der linken. Eben das geschieht, wenn ich zur Nachtzeit auf mir sonst bekannten Straßen, in denen ich jetzt kein Haus unterscheide, gehen und mich gehörig wenden soll.“

Der Raum, gleichviel ob durch Sonnenstrahlen illuminiert und nun nach vier Richtungen teilbar — Kant nennt sie „Weltgegenden“ — oder finster, d.h. abstrakt, mathematisch, ist an sich betrachtet ein Mysterium. Ihn zu beschreiben, reicht es nicht aus, Ordnungsbeziehungen zwischen koexistierenden Objekten herzustellen, zwischen den einzelnen Lagen im Raum, er ist lediglich im Vollzug der Anschauung selbst „da“, nämlich als deren subjektive Form.

Anlaufvehikel ist das so bezeichnete „bloße Gefühl des Unterschieds“, und da es „im Urteil der Gegenden von so großer Notwendigkeit ist, so hat die Natur es zugleich an die mechanische Einrichtung des menschlichen Körpers geknüpft, vermittels deren die eine, nämlich die rechte Seite, einen ungezweifelten Vorzug der Gewandheit und vielleicht auch der Stärke vor der linken hat. (...) So wie aber die rechte Seite vor der linken den Vorteil der *Bewegkraft* zu haben scheint, so hat die linke ihn vor der rechten in Ansehung der *Empfindsamkeit* (...). Und so sind die beiden Seiten des menschlichen Körpers ungeachtet ihrer großen äußerlichen Ähnlichkeit durch eine klare Empfindung genugsam unterschieden.“

Die physische Stationierung einzelner Begabungen läuft einher mit der Annahme einer zweckmäßigen Binnenstruktur des Körpers, dessen Seiten sich dementsprechend ergänzen. Kant illustriert diese Idee mit der mythischen Dualität eines männlichen und eines weiblichen Prinzips (Dynamik/Sensibilität) und schlägt den Bogen zur Anthropologie. Nun wäre es sicher ein eigenes Kapitel wert, die gegensätzlichen Stellenwerte und Attribute, die der linken bzw. rechten Seite in den Wissenschaften und Parawissenschaften zugedacht werden, darzustellen.

Foto: Th. Kunz

Dabei käme unter anderem auch jene unselige pädagogische Tradition zur Sprache — Thema: ,,Gib das gute Händchen!'' —, in der gelegentlich die Begriffe Linkshändigkeit, Weiblichkeit, Schwachsinn und krimineller Tatendrang miteinander verschnürt worden sind. Dies ist freilich nicht das Niveau, dem man bei Kant begegnet. Dort wäre auf einen anderen Punkt hinzuweisen, der mit der ,,mechanischen Einrichtung des menschlichen Körpers'' benannt ist. Unterstellt wird also so etwas wie ein ideales Gleichgewicht, das es mir erlaubt, mich ,,gehörig'' zu ,,wenden''. Der Schluß vom Modus einer gedanklichen Orientierung auf den Anlagenbau des Körpers läßt sich ebenso wieder umkehren: Daß ich nämlich analog zu jenem (an*hand* von ...) in der Lage bin, abstrakte, mathematische Urteile zu formulieren. Indem ich mich, anders gesagt, gedanklich im Raum bewege, entziehe ich ihn der Wahrnehmung. Der ,,objektive'' Raum ist letztlich gleichgerichtet, gegen-, sprich: widerstandslos, ohne Ort (u-topisch).

▶ Platon ◀

Platon widerspricht der Meinung, ,,daß angeblich unsere rechte und unsere linke Seite in ihrer Eignung zu allen Tätigkeiten von Natur aus verschieden seien, soweit es die Hände betrifft, da sich ja bei den Füßen und bei den unteren Gliedmaßen kein Unterschied in ihren Leistungen zeigt.'' Ursache dafür, daß die Arme sich gleichwohl unterschiedlich entwickeln, ist Platon zufolge den Müttern und Ammen anzulasten; sie trügen die Kinder auf dem rechten Arm und würden deren linken hierbei zu fest an ihren Körper pressen, damit ,,lahm'' machen. Der empirische Gehalt dieser Feststellung ist ganz nebensächlich, interessant hingegen ist, worauf sie abzielt: darauf nämlich, daß ,,derjenige, der doppelte Gliedmaßen besitzt, um sich damit zu verteidigen und andere anzugreifen, nach Möglichkeit keine davon untätig und unausgebildet lassen darf.'' Platons Körper hat nur eine Überlebenschance, wenn er die Orte im Raum — Kriegsschauplätze — auf die Ausbildung seiner Fähigkeiten bezieht und sich gleichmäßig in Bewegung hält.

Doch mit dem Eintritt ins technische Zeitalter entsprechen die Bewegungen dieses Körpers nicht mehr seinen natürlichen Eigenschaften. Um seine Reichweite zu vergrößern, seine territoriale Kontrolle auszudehnen, bedarf er der Konstruktion von Bewegungsprothesen. Vorrangig sind es militärische: Fernrohre, Schußwaffen usw. Die zunehmende technische Komplexität des Körpers verändert dessen äußere wie innere Gestalt.

Descartes begreift ihn als Maschine, und eine Maschine interpretiert ihr Umfeld nicht mittels der Sinnesorgane. Hobbes, der mit Descartes der Meinung ist, daß die Vorgänge in der Körperwelt mechanisch, qua Bewegung zu erklären sind, sieht die geistigen Vorgänge als mathematisierte Empfindungen: Denken ist Rechnen. Folglich wird auch die Ethik zu einer Art Willensmechanik, deren praktischere Wirksamkeit nur durch das absolute Gewaltmonopol des Staates garantiert sei. So wird der soziale Körper — im doppelten Wortsinn — vermessen. Indem er nämlich die gegenläufigen Interessen der Einzelsubjekte strukturiert und ausgleicht, werden diese selbst zu Projektionen eines externen Körpers, an den sie sinnlich nur reduktiv heranreichen.

▶ Hobbes ◀

Hobbes' allegorische Wendung des Staates zu einem Corpus politicus, seine ,,Vermenschlichung'', meint diesbezüglich Rationalisierung. Doch den Logos von Wissenschaft und Technik in den Logos einer fortgesetzten Herrschaft überführen zu wollen, muß unter den Voraussetzungen des Feudalabsolutismus scheitern. Seine vertikale Ordnung verträgt sich schlecht mit den impliziten Versprechungen selbst eines ganz auf die staatliche Autorität bauenden Entwurfs, weil sich in dieser ein allgemeiner Wille spiegeln soll, somit auch Garantien für materielle Bewegungsfreiheit, Rechtssicherheit usw. erforderlich sind. ,,Der Zweck der Gesellschaft ist das Allgemeinwohl'', heißt es später in der jakobinischen Verfassung vom Juni 1793. Darin wird die Regierung verpflichtet, dem Einzelnen seine natürlichen Rechte zu verbürgen, und diese sind: ,,Gleichheit, Freiheit, Sicherheit, Eigentum.'' Durch sie erst gelangt der Gesellschaftskörper zu einem autonomen Gleichgewicht. Die Erfahrung eines vernünftigen Ausgleichs ist keine passive, nur per Dekret eines Souveräns legitimierte, sondern sie erwächst aus dem Innern der politischen Aktion des Tiers-état selbst. Die Arme werden nicht mehr zu den Balkonfenstern der Fürsten emporgereckt oder die Knie vor den Hochaltären gebeugt, jetzt — 1789 — begegnet man sich zu ebener Erde. Die praktische Vernunft nimmt einen Perspektivwechsel vor, sie durchmißt den politischen Raum nun nach der Horizontalen.

Es ist namentlich die Konstituante, die Verfassungsgebende Versammlung in Paris, die dem Rechts-links-Gegensatz seine politische Begriffsweihe gibt. Während der Debatte über ein königliches Vetorecht teilt sie sich entsprechend der Voten für ein absolutes Veto (= rechter Flügel), eine mit aufschiebender Wirkung (= Mitte) und gegen eines (= linker Flügel) auf.

Der Saal ist vergleichsweise riesig, ebenso die Anzahl der Deputierten (ca. 1 200). Verständigung im Sinne eines Dialogs oder ein gemessener Debattenton sind weitgehend unmöglich. Auch eine feste Tagesordnung will nicht zustandekommen. Das Chaos scheint zu regieren, der Pöbel. Da ,,applaudiert und klatscht, zischt und stampft die dichtgedrängte Zuschauermenge''. Andererseits sind in den Augen dieses in die Handlung eingreifenden und zurate gezogenen Publikums die volksbeliebten Abgeordneten wirklich agierende Schauspieler, die sich von jenem unwillkürlich beeinflussen lassen und ihre Gedanken wie ihre Worte übertreiben, um mit jenem im Einklang zu sein.''

Festgefügte Parteien sind noch keine vorhanden, und es existiert sogar eine Art ,,Flügelwandern'', ein je nach Debattenthema bestimmtes Changieren von der einen zur anderen Fraktion. Das Rednerpult ist mehr Tribunal als Tribüne, der Stil oft unerträglich schwülstig, das Erscheinungsbild tumultartig.

Gemessen an englischen Standards scheint es sich hier geradezu um die Inszenierung eines parlamentarischen Anti-Stücks zu handeln; der sich nach Fraktionen teilende Raum ist jedenfalls höchst dramatisch. ,,Da sehe man einmal diese Franzosen!'' ruft Mirabeau in einem Brief an Sieyés vom Juni 1790 aus. ,,An die Feststellung von Silben verwenden sie Monate und die ganze alte Ordnung der Monarchie stürzen sie in einer Nacht um.''

Der Sturz der alten Mächte ist ,,einfach'', weil die hierzu notwendigen Gewaltmittel bekannt sind. Unklarheit herrscht dagegen über den Text der neuen Ordnung. Das hat unter anderem damit zu tun, daß die Physiognomie der Klassenwidersprüche nicht der der jeweiligen Klassenindividuen entspricht. Ein Kleinbürger kann Monarchist sein, ein Adeliger Anarchist usw. Die politische Idee bedarf der Mimik und der Plakatierung, umso mehr als die erhöhten Stellungen neu ausgefochten werden. Solange es nicht gelungen ist, die Macht von der Straße zu holen, solange der Straßenraum nicht entschärft, depolitisiert ist, ist die Versammlung gezwungen, dessen Szenarien weiter zu durchlaufen. Zwar ist die Sanierung bzw. Ausschaltung der königlichen Machtbefugnisse der erste Streitpunkt der Konstituante, verhandelt wird mithin das Oben-ohne-Prinzip, aber Charakter und Form dieses Streits sind ,,horizontal''-dynamisch.

Erst wenn die revolutionären Energien vom politischen Alltagsgeschäft absorbiert worden sind, verlieren auch ,,links'' und ,,rechts'' ihren motorischen Charakter und etablieren sich als quasi manichäische Gesinnungsinstitutionen. Publikum und Volksdeputierte verlieren sich bald aus den Augen. Der Blickkontakt zur Straße geht verloren, die Widerstandserfahrungen nehmen ab und werden durch die innere Teilung des Versammlungsraums symbolisch ersetzt. Durch Leitordnungen, durch Fraktionszwang wird der parlamentarische Blick gezügelt. Gleichzeitig wird die spontane, direkte Aktion der Straße administrativ unterlaufen: Die Öffentlichkeit ist nur noch zu bestimmten Tagen im Versammlungsraum zugelassen, Festivitäten, von offizieller Seite ins Leben gerufen, travestieren den rebellischen Gestus. Die Texte der Ordnung, die nun entworfen werden, haben klare Konturen, sofern die Parteien und Gruppen ihre Stellung in einem wiederformierten System der Macht gefunden haben; sie sprechen, wenn sie ihr krämergeistiges Pathos anstim-

Demo gegen den Bau des AKWs Brokdorf 1981 aus: Gefühl und Stärke, Fotos für die taz, Berlin 1982

men, in erster Linie vom Erhalt der eroberten Positionen bzw. deren Erlangung.

Für das, was man den physischen Raum des Politischen nennen könnte, gewinnen die Orientierungshilfen *Links* und *Rechts* eine exemplarische Bedeutung in der ,,egalitären" Besetzung der Straße. Innerhalb eines immobil gewordenen parlamentarischen Spannungsfeldes drängen die radikalen Flügel von der Straße herein oder auf sie hinaus.

Durch seine symbolische Verfestigung ist der politische Raum ständig abrufbar, weltweit. Überall läßt sich ein Punkt auf der bewußten Achse finden, siedeln sich die Parteien ,,links", ,,gemäßigt rechts", ,,ultrarechts", ,,in der Mitte" an. Jede behauptet einen festen Punkt im Koordinatensystem, und diese Schematisierung verhilft zu einem klar umrissenen Weltbild, das sich ein knappes halbes Jahrhundert lang in der Dichotomie des politischen Weltkörpers präsentiert. Je heftiger, die beiden Teile auseinanderstreben, desto bedrohlicher werden sie füreinander. Im Innern — egal ob ,,moralisch" oder repressiv oder beides — wird Systemkritik paralysiert, die Opposition ausgeschaltet. ,,Dient nicht", fragte Herbert Marcuse Anfang der sechziger Jahre, ,,die Bedrohung durch eine atomare Katastrophe, die das Menschengeschlecht auslöschen könnte, ebensosehr dazu, gerade diejenigen Kräfte zu schützen, die diese Gefahr verewigen?" Das vielbesungene ,,letzte Gefecht" hat denn auch nicht stattgefunden; es wäre ohnedies nicht das letzte gewesen, denn innerhalb der Blöcke vollzog sich so etwas wie eine identische Reduplikation des links-rechts-Gegensatzes, jede Seite hatte nun wieder ihre zwei Seiten, ihre ,,Lager" (wobei, was den Osten angeht, die Anführungszeichen entfallen).

Mit dem allmählichen Abau des Katastrophenarsenals kommt es auch zu einem Richtungsabbau des politischen Raumes. Seine Oppositonen, Oppositionszentren lösen sich in der alten Form auf, und das heißt: in der alten *politischen* Form. Er ist nicht länger Paradeplatz, Monument, Barrikade, Bunker, sondern wird Landschaft, in der Position nicht mit Institution zu verwechseln ist. Andererseits ist dies nur ein Gegenprojekt, ein (im produktiven Sinne) naiver Gefühlswiderstand gegen den technologisch aufgerüsteten Raum und seine digitale Erfassung.

,,Links" ist ein Handlungsbegriff

Endet für den Corpus politicus der linke Traum angesichts der veränderten Kapazitäten der Raumkonstitution? Heute, da die Frequenzen und Reichweiten global geworden sind, ist ein Megaraum geschaffen worden, dessen Wahrnehmungsfelder durch Raketentechnik und deren Logistik bestimmt werden. Der Krieg am Golf — von der US-Regierungspropaganda stets mit der ,,neuen Weltordnung" in Zusammenhang gebracht — ist der Präzedenzfall. Der Streit der Linken um seine Rechtmäßigkeit (gemeint ist der Golf-Krieg — d. Red.) mit der sich daran anschließenden Frage nach dem eigenen Selbstverständnis, zeigt, daß in diesem Megaraum keine ,,linken" oder ,,rechten" Orte mehr ausfindig zu machen sind. Vor allem ist deutlich geworden, wie wenig sinnvoll es ist, die alt-Linke (,,rote") Frontlinie zu ziehen, also die Bipolarität eines Konfliktes anzunehmen. Die Front ist, wenn schon, überall und nirgends, sie steckt in den verwandten Mitteln selbst. Sie bestimmen je nach Umfang und strategischer Wichtigkeit des Arsenals die politische Ökonomie, die Herrschaftspraxis. Die Folge ist ein bis ins Absurde gesteigertes Stabilitätsdenken, in dem sich Westen und Ostblock nur graduell unterschieden haben. Stabilitäts- und Machtdenken gehen Hand in Hand. ,,Links" aber sollte nicht als Topos eines Machtanspruchs mißverstanden werden, einfach weil es darin seinen motorischen Sinn einbüßt und eben nicht mehr *links* läge, sondern in der Mitte — als Machtzentrale. Die Egozentrik des Corpus politicus, seine kalkulierten Bewegungsabläufe, seine statistische Größe, dies alles sind Bilder, deren Glanz verblaßt ist: Kontroversen, die sich alle auf das *wer wen?* beschränken oder darauf, wer der bessere Dirigent, der bessere Bürokrat ist, machen Streitkultur zum Ritual, verhindern, verriegeln Bewegungsräume. Das Corpus politicus ist vielgestaltig, seine Orientierung immer verknüpft mit der Aufgabe, eine weitere Gestalt zu entwerfen. Dabei gewinnt der Begriff der Basisdemokratie sein Profil weniger durch die Politisierung der sozialen Räume — die Linke kann es sich nicht erlauben, wieder zur politischen Grenzmacht zu werden — als vielmehr durch ihre, im obigen Sinne verstandene, Entstablisierung und Neuformung.

Die Orientierungsmaßstäbe im politischen Raum können keine eindeutigen Vorgaben leisten. ,,Links" denken und handeln heißt vielmehr Orientierung *schaffen*. Das gelingt aber weder durch eine Apothese großer historischer Bewegungen noch durch den gerne beschrittenen — unhistorischen — Ausweg, darauf zu verweisen, daß allen Katastrophen zum Trotz die Probe aufs Exempel des Sozialismus noch ausstünde und folglich noch niemand in den Genuß einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gekommen sei. Gerade letzteres ist, je nachdem, Mystifikation, Schwärmerei oder Lüge. *Links* ist nicht dort, wo ein Endzustand herzustellen, einer bestimmten Idee Genüge zu leisten ist, und es läßt sich daher auch nicht mit schlafwandlerischer Sicherheit erfühlen. ,,Links" ist ein Handlungsbegriff, eine, wenn man so will, politische Black-box-Methode (wobei als Black box der Sozialismus figuriert, als ein, freilich praktisch, zu ermittelndes dynamisches System), das Fortschreiten relativer Wahrheiten. Dabei sollte man nicht über die Tatsache hinwegsehen, daß nämlich gleichsam hinter dem Rücken der Beteiligten bereits ein interessantes Wegstück zurückgelegt worden ist. ■

BERTHOLD ROTHSCHILD

Vom täglichen Umgang mit einem schlechten Gefühl*

Rassismus und Antisemitismus aus der Sicht eines jüdischen Psychoanalytikers*

In seinem psychoanalytischen Beitrag geht B. Rothschild der Frage nach, inwiefern wir, trotz bewußter Gegnerschaft zum Rassismus dennoch Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus mittragen, bzw, keinesfalls immun dagegen sind.

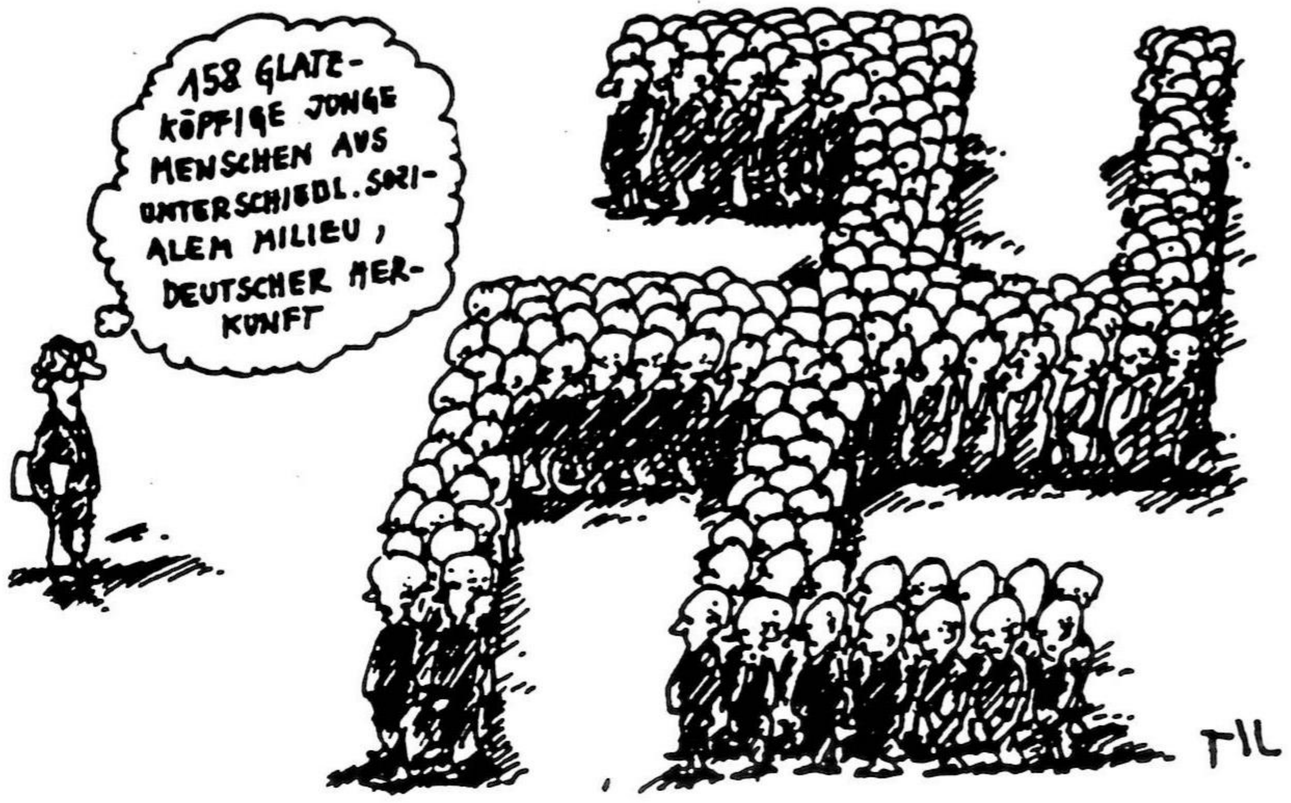
Schau ich mir die Juden an
Hab ich wenig Freude dran.
Fallen mir die andern ein,
bin ich froh ein Jud' zu sein...
Albert Einstein

In Zusammenhang mit dem Problemkomplex ‚Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus' ist es verständlich, daß der Psychologe zunächst nicht so sehr von diesen Begriffen, sondern vielmehr von den damit verbundenen Gefühlen ausgeht und ihnen beim einzelnen Menschen nachzuspüren sucht. Was aber ist mit ‚täglichem Umgang' von Gefühlen gemeint? Will dies heißen, daß vorerst zu untersuchen wäre, wie die Menschen im Alltag mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus umgehen? Oder bedeutet dies — insbesondere für Juden und Jüdinnen — eher: der Umgang in Alltagssituationen mit einem Tatbestand, dem man sich in erster Linie ausgesetzt fühlt, d.h. als Betroffene, Opfer, Zielscheibe und Leidende? Oder ist vielleicht doch gemeint: Wir, alle ohne Unterschied, seien auch Täter und Täterinnen, die am Rassismus, an Fremdenfeindlichkeit und am Antisemitismus mitwirken? (...)

Es wäre also zu fragen, inwiefern wir in bewußter Gegnerschaft zum Rassismus dennoch Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus mittragen, beziehungsweise solchen Tendenzen gegenüber keineswegs immun sind. Diesen schwierigen Fragen versuchen wir in fünfzehn Denkschritten näher zu kommen.

I. Vom täglichen Umgang *mit einem schlechten Gefühl:* Was ist damit gemeint? Und was ist das eigentlich — ein schlechtes Gefühl? Ein schlechtes Gefühl, psychologisch gesehen, entsteht dann, wenn eine Denkweise oder eine Handlung uns als moralisch verwerflich erscheinen, weil sie unserem ‚guten Gewissen' widersprechen. Gewissen ist eine besondere Art von Bewußtsein, ein sittlicher Verhaltensanspruch und eine die Menschen in ihrer rohen Aggressivität bremsende Kontrollinstanz, auf der, so *Sigmund Freud,* letztlich die ganze Kulturbildung beruht. „Die Kultur", so schreibt er 1930 in *Das Unbehagen in der Kultur*, „bewältigt also die gefährliche Aggressivität des Individuums, indem er sie schwächt, entwaffnet und durch eine Instanz in seinem Innern, wie durch eine Besatzung in einer eroberten Stadt, überwachen läßt." Und wenige Seiten weiter liest man dann: „Das Volk Israel hatte sich für Gottes bevorzugtes Kind gehalten, und als der große Vater Unglück über Unglück über dies sein Volk hereinbrechen ließ, wurde es nicht etwa irre an dieser Beziehung oder zweifelte an Gottes Macht und Gerechtigkeit, sondern erzeugte die Propheten, die ihm seine Sündhaftigkeit vorhielten und schuf aus seinem Schuldbewußtsein die überstrengen Vorschriften seiner Priesterreligion..." Unverkennbar angesprochen ist hier — am Beispiel der Juden — der Zusammenhang von der Moral des Schuldbewußtseins und der sie prägenden Kulturbildung, genährt durch die bekannte Opfer-Frage: „Warum liebt man uns nicht?"

II. Der Umgang mit einem schlechten Gefühl setzt voraus, daß man dieses Gefühl bei sich überhaupt erst einmal zuläßt, es ver-



Tageszeitung v. 18.10.91

spürt: daß das Gewissen gebissen hat und Schuldgefühle, möglicherweise Reue und — wer weiß — gute Vorsätze zur Besserung entstehen. Nur ist dies leider bei Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus selten der Fall, und dies ist es auch, was Fremdenfeindlichkeit so bösartig macht: Die Fremdenhasser glauben sich im Recht, ihre Vorurteile und die daraus hervorgehenden Taten als ‚rechtens' zu empfinden. Oder hat man schon einmal davon gehört, Fremdenhasser seien der Meinung, sie täten etwas Unrechtes? (...)

Man war bis jetzt überzeugt, die Zeiten seien vorbei, als sich Fremdenhasser und Antisemiten ganz offen als solche dazu bekannten (etwa in den großen antisemitischen Vereinen und Parteien des letzten oder im organisierten ‚gesunden Volksempfinden' dieses Jahrhunderts) — aber nun kommen sie wieder, die Rassisten und stehen unverhohlen und offen zu dem, was sie anzetteln. Noch aber gilt generell, daß sich niemand gerne und freiwillig dazu bekennt, Rassist oder Antisemit zu sein: Es sind immer die Anderen, die sie dessen bezichtigen. (...) *Was Rassismus, Fremdenhaß, Xenophobie, Antisemitismus und Sexismus ist, das definieren die Opfer — nie die Täter.*

III. Es gibt noch etwas Eigentümliches: Oft halten es die Opfer von Fremdenfeindlichkeit nicht für denkbar, daß sie in derselben Gewalt auch Täter sein könnten. Wer unter einer Qual zu leiden hat, wähnt sich oft immun, dieselbe Tat an anderen Menschen zu wiederholen. Und doch zeigt uns die klinische Wirklichkeit oft das Gegenteil: Häufig werden Kinder, die beispielsweise unter ihrem alkoholischen Vater zu leiden hatten, als Erwachsene auch Alkoholiker. Kinder von Schlägern sind vermehrt gefährdet, auch gewalttätig zu werden etc. Was ich damit sagen will: die Tatsache, daß wir unter Bösem zu leiden haben, garantiert in keiner Weise, daß wir nicht auch zu Tätern werden können. Zwischen Opfer und Tätern besteht tragischerweise ein viel unmittelbareres und komplexeres Verhältnis, als wir annehmen wollen. In der Psychoanalyse spricht man in diesem Zusammenhang von der ,,Identifikation mit dem Aggressor."

▶ Opfer-Täter-Dynamik ◀

IV. Ein weiteres Merkmal der Opfer-Täter-Dynamik besteht in der an sich gut verständlichen Tatsache, daß das Erleiden von Unrecht sich so tief in die Erinnerung der Individuen und der Gruppen einprägt, daß sie besonders verletzlich sind, wenn man es wagt, ihre Leidenserfahrungen mit derjenigen anderer zu vergleichen. Das Schreckliche, ja, auch es, schafft Hierarchien, und kein Leiden will mit dem anderen gemessen werden. Nun, es stimmt, das Leiden in der Geschichte des jüdischen Volkes bis zur Gegenwart, es ist unermeßlich und es ist ,,unvergleichlich". Und wir wissen, daß das Pogrom das herrschende Vorgefühl für die Leiden der Juden, für die jüdische Leidensgeschichte Antisemitismus heißt — und dagegen gibt es keine Immunität, keine Desensibilisierung, mögen andere, weniger unmittelbar Betroffene noch so von ,,Überempfindlichkeit" reden. Aber — und man steinige mich nicht! — dieses verinnerlichte Leiden, wahrgenommen im Kollektiv des ,,Volkes" und angstbesetzt im Leben der Juden und Jüdinnen, es könnte (muß aber nicht) eine Gefahr in sich bergen: Anderes Leiden, das Leiden anderer wird nicht mehr so wahrgenommen, daß es uns in seinem vollen Ausmaß berührt, betroffen macht und sensibilisiert. *Es gibt im Leiden, in der Solidarität unter den Leidenden dieser Welt keinen privilegierten oder auserwählten Opferstatus.*

V. Immer wieder kommt es bei Diskussionen über den Holocaust vor, daß Juden und Jüdinnen, die darüber Klage führen und an die Erinnerung mahnen, den Einwand zu hören bekommen: und die Zigeuner...? die Kommunisten...? die Homosexuellen...? Sind nicht auch sie Opfer dieser Untaten gewesen? Und bei uns Juden und Jüdinnen regt sich bei solchen Relativierungen unser Antisemitismus-Reflex, weil es uns schwerfällt, unser Leiden verglichen zu sehen. Als sei es eine Geringschätzung *unserer* Opfer, wenn sich noch andere dazu zählen. (...)

VI. Kommen wir zurück auf das ,,schlechte Gefühl" und stellen wir fest, dieses drücke das Bewußtsein einer Schlechtigkeit aus, der wir uns schuldig gemacht haben. (...) Vom täglichen Umgang mit einem schlechten Gefühl? Da kann man nur sagen: *halewaj!* Oh wäre es doch so! Denn ich behaupte: Auch ich, auch wir sind potentiell Rassisten, Fremdenhasser, und wir wären auch Antisemiten, wenn wir nicht Juden und Jüdinnen, sondern Andere wären. (...)

VII. Ich finde es unerläßlich, daß wir unser schlechtes Gefühl und die Sensibilität dafür dauernd überprüfen und uns der eigenen Rassismen und Fremdenfeindlichkeiten gewahr werden. Nicht weil wir schlechte Menschen sind, sondern weil wir Menschen sind — diesseits von gut und böse. (...) Wie heute noch in Israel und anderswo zwischen Aschkenasim und Sefardim diskriminierend unterschieden wird, wie Familien sich ins Unglück stürzen, wenn sie unter Juden selbst eine Mesalliance befürchten. Es geht nicht darum, den Moralisten zu spielen, sondern der beobachtende Sozialwissenschaftler soll feststellen dürfen, daß wir Juden und Jüdinnen neben verständlicher Angst und Bedrohungsgefühlen den Arabern und Araberinnen gegenüber nicht nur Mißtrauen, sondern auch massive Vorurteile hegen: sie seien u.a. faul, hinterlistig und feige, oder die Palästinenser und Palästinenserinnen (auch wenn man sie nie wirklich gesehen oder kennengelernt hat) seien mehrheitlich Terroristen und wollten uns vernichten. (...)

▶ Schlechte Gefühle ernstnehmen ◀

VIII. Nochmals: Ich argumentiere nicht aus der Position des Mahners oder Moralisten, das steht mir nicht zu. Es geht darum, im Rahmen dieser Thematik aufzuzeigen, wie dringend nötig es ist, unseren schlechten Gefühlen einen Stellenwert beizumessen, statt uns hinter die Opfermentalität zu verschanzen, die sich ohnehin und a priori von Mittäterschaft jeder Art reingewachsen glaubt. (...) Deshalb ist es unerläßlich, sich klarzuwerden, daß wir — selbst wenn wir es nicht wahrhaben wollen — voller Vorurteile sind und daß diese Vorurteile nur dann nicht drohen, zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auszuarten, wenn wir sie als soziale Tatsachen anerkennen und überprüfen, wenn wir also einen täglichen bewußten Umgang mit unseren schlechten Gefühlen — jeder Mensch auf seine Art — suchen und pflegen.

IX. Es gibt eine ganze Menge unterschiedlichster Antisemitismus-Theorien. Diejeni-

aus: Kritik und Krise. Logik des Antisemitismus, Sommer '91

Skins in Ostdeutschland

ge, die ich als Psychoanalytiker vertrete, ist folgende: Alle Menschen haben in sich ein domestiziertes, ein gezähmtes Böses, Schlechtes und Aggressives. Dieses sucht sich seine Gegenstände, seine ‚Objekte', wie wir sagen. (...) Diese Spannungen sind immer abrufbar, mobilisierbar und manipulierbar, insbesondere dort, wo man irgendwelche Kollektive oder Gruppen findet, die sich zu Sündenböcken, Störenfrieden und Bedrohern stilisieren lassen. (...)

Noch etwas wissen wir: Je unsicherer und entwurzelter die Menschen sind, je angeschlagener, beschädigter ihr Selbstgefühl, je geschwächter ihre ‚Identität' (in der Arbeit, Politik, Öffentlichkeit, Sexualität etc.) realiter ist, desto eher sind sie für fremdenfeindliche Projektionsmanöver geeignet, ja, oft finden sie darin ein (Versatz-)Stück notwendiger Identität. Identität kann man durch eigene Erfahrung aufbauen und gewinnen: ein Selbstbewußtsein. (...) Identität läßt sich aber auch gewinnen durch das Gefühl von ‚Zugehörigkeit', durch Anlehnung an Vorhandenes, an Traditionelles, an Gruppen und Bewegungen (symbolisiert z.B. in der Nationalflagge) und durch Abgrenzung von Fremden, von der Andersheit.

X. Nun scheint es, daß sich die Juden und Jüdinnen als Objekte solcher aggressiven Projektionen und Entladungen besonders eignen, zumindest besteht in unserem Kulturraum eine lange, blutige Geschichte dieser Tatsache. Dies beruht einerseits sicher auf der langen (und immer noch nicht beendeten) Geschichte religiöser Verdächtigungen und Verfolgungen, dann aber auch auf den sozialen Gegenbenheiten und nicht zuletzt auf Rassismus, d.h. einer willkürlichen Denkart, die verschiedenen Volksgruppen und Ethnien spezifische äußerliche und psychische Negativ-Merkmale zuordnet und ihre Träger, ihre Subjekte diskriminiert. (...) Aber in anderen Kulturen und zu anderen Zeiten sind es nicht nur Juden, die für solche kollektive Aggressionsentladungen herhalten mußten — es können auch Schwarze, Fremde, Homosexuelle und andere sein. (...)

XI. Grundsätzlich müßten uns die Nichtjuden und Nichtjüdinnen darüber Auskunft erteilen, warum die Juden und Jüdinnen sich für ihre Vorurteilsbildung so gut zu eignen scheinen. Wir, als Juden und Jüdinnen, haben eigentlich keinen Anlaß, uns die Köpfe unserer potentiellen Feinde wegen zu zerbrechen („the black man's problem is a white man's problem"). Dennoch können auch wir, Juden und Jüdinnen, wenn wir daraus nicht nur eine Schuldfrage machen (eigene Schuld, Schuld der anderen), darüber nachdenken. Sicher, hat es mit der historischen Beharrlichkeit, dem Trotz und der Selbstbehauptung der Juden zu tun. Vielleicht auch mit der uns von anderen zugeschriebenen Insider-Solidarität. Die immer wieder als „jüdische Verschwörung" diffamiert wurde.

Von außen gesehen, scheint das Judentum wie eine kompakte, unnahbare und geschlossene Gemeinschaft zu wirken, gegen die man allenfalls blind anrennen kann. Von innen her gesehen, wissen wir Juden und Jüdinnen, daß dies ein Mythos ist. Unbeugsam seien sie, nicht zur Taufe und letztlich auch nicht zur Assimilation bereit. Auch heute, im Zuge der aktuellen „Zivilisationskrise", der Traditionslücken und Flüchtlingsbewegungen strahlen sie als Gruppe eine kollektive Identität aus, um die man sie im milderen Falle bewundert und beneidet, deretwegen man sie aber mindestens so oft belästigt und verfolgt. (...)

XII. Alle Juden und Jüdinnen und viele Nichtjuden und Nichtjüdinnen hatten gehofft, daß die Errichtung des Staates Israel diesem bösen Treiben ein Ende bereiten würde. Die Juden würden dann ein „Volk", eine „Nation" wie alle anderen und wären nicht mehr dem ubiquitären Haß und Spott ausgesetzt. Es ist nicht so gekommen, wir wissen es. Neben dem Ärgernis „die Juden" selbst ist das Ärgernis „Israel" dazugekommen, physisch diesmal, nicht nur spirituell. Der Staat Israel, er ist jetzt mächtig, nicht mehr schwach und den Anfeindungen nicht mehr hilflos ausgeliefert. So hat sich nur die Hälfte des zionistischen Traums bewahrheitet, für die verfolgten Juden und Jüdinnen der ganzen Welt einen Zufluchtsort zu finden. Der Antisemitismus aber wurde dadurch nicht überwunden, im Gegenteil: Mit Israel findet er teilweise eine neue Zielscheibe, teilweise auch neues Real-Material, weil ein Nationalstaat und die damit verbundene Machtpolitik ohne Diskriminierungen der anderen (ich denke konkret an die israelischen Araber und Araberinnen und an unschuldige Palästinenser und Palästinenserinnen) offenbar nicht auskommen kann. *Isaac Deutscher* hatte dies 1954 vorausgesehen: „Da Israel sich jetzt unter die Nationalstaaten eingereiht hat, kann es ihr Schicksal des Niedergangs nur teilen... Solange eine nationalistische Lösung des Problems verfolgt wird, sind Juden wie Araber dazu verdammt, sich in einem Teufelskreis von Haß und Rache zu bewegen..."

XIII. Was bleibt, wenn wir von dem erwähnten Modell des Aggressionspotentials ausgehen, ist die Frage, welches denn wohl die Vorurteils- und Diskriminationsobjekte für uns Juden und Jüdinnen sind. Man kann diese Frage einfach beantworten und behaupten, die Juden und Jüdinnen hätten in ihrer Geschichte eben immer schon Feinde gehabt und ihre Aggressionsenergie darauf verwenden müssen, sich gegen diese zu wehren. Dies mag zwar historisch teilweise zutreffen, aber im feineren Raster der Nachforschung dürfte diese Feststellung wenig erklären. Ohne Zweifel haben auch Juden und Jüdinnen ihre Vorurteile und die daraus hervorgehenden Feindbilder, aber sie haben nicht so etwas wie „die Juden" als geeignete Zielscheibe zur Verfügung. Oder vielleicht doch? Wäre dies dann der „jüdische Selbsthaß", der „jüdische Antisemitismus"? Oder sind es dann eben doch die Anderen, aus der reichen Auswahl der ‚Goyim' (der Nichtjuden)? Es gibt dazu ein böses Gedicht von *Erich Fried:* "Ich weiß noch / wie stolz ich war / als Kind in der Thora zu lesen / ‚Einen Fremden sollt ihr / nicht bedrücken / und nicht bedrängen' / und wie enttäuscht ich dann war / als ich lernte, daß das Wort FREMDER / — Ger — im Hebräischen / nur einen Fremden bezeichnet / der zum Judentum / übergetreten ist..."

XIV. Ich finde, es wäre interessant und lohnenswert, dieser Fragestellung weiter nachzuspüren, ohne gleich in die Defensive zu gehen, also zu fragen: Wie steht es mit dem aktiven (nicht dem erlittenen) Fremdenhaß der Juden und Jüdinnen? Mit ihren Rassismen? Und wie gehen wir damit um?

Dabei gilt es im übrigen, einen schweren Fehler zu vermeiden: Die psychologischen Erklärungsversuche auch gesellschaftlich geächteter Phänomene könnten dazu verleiten, dies als „normal" hinzunehmen oder sie gar als „natürlich" zu akzeptieren. Andererseits könnte man wie dies in der Antisemitismus-Literatur immer wieder zu beobachten ist, versucht sein, Antisemitimus, Rassismus einfach als „ewige Krankheit" abzutun, gegen die außer der Denunziation und Abschirmung letztlich kein Kraut gewachsen sei. Ich meine, beide Haltungen sind leichtfertig und gefährlich. Vielmehr wäre zu postulieren, daß Vorurteile und die daraus hervorgehenden Diskriminierungen anderer tatsächlich etwas sind, von dem alle Menschen betroffen sind. (...)

Jeder Mensch, ob Jude oder Jüdin, Nichtjude oder Nichtjüdin, ob Täter oder Opfer wird den Kampf gegen Fremdenfeindlich-

keit aufnehmen müssen, einen täglichen Kampf wahrscheinlich gegen eigene Impulse. So macht auch der Titel dieser Arbeit wieder Sinn: „Vom täglichen Umgang mit einem schlechten Gefühl" heißt dann fast programmatisch: Täglich, oft stündlich müßten wir unsere Sinne und Gefühle dafür schärfen und wachhalten, daß wir unsere schlechten Gefühle, die Projektionen und Vorurteile gegenüber den „Anderen" wahrnehmen — bei uns selbst in erster Linie — als ein endloser Lernprozeß. Ein zweites politisches oder sozialpolitisches Erfordernis bleibt der reale Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismen ohne Wenn und Aber, wo immer diese bei anderen auftreten. Nur sollten wir vor lauter Bekämpfung die Risiken der Mittäterschaft bei uns nicht vergessen.

XV. Eine letzte Bemerkung noch: Vorurteile und Diskriminierungen in jeder Form haben nicht als Alternative die Forderung: die Menschen müßten eben auf die Ärgernis bereitenden Besonderheiten verzichten, um so die Vorurteile nicht auf sich zu lenken. Zum einen würde dies wohl nie gelingen, denn die Vorurteilsbildung nimmt ja nur selten Rücksicht auf reale Merkmale. Zum anderen wäre es ein schwerer Verlust für den Reichtum an Kultur, Tradition und Geschichte, an Individualität letztlich, wenn man den Menschen raten wollte, im rasanten gesellschaftlichen Wandel ja nicht aufzufallen. (...) Tragisch ist es allerdings allemal, wenn diejenigen Juden und Jüdinnen z.B. unter antisemitischen Vorurteilen zu leiden haben, die alles daransetzen, ja nicht mehr jüdisch zu sein, als Juden und Jüdinnen nicht mehr erkenntlich zu werden. Der unbarmherzige Bannstrahl der Voruteile wird sie dennoch einholen. Kein Grund besteht also dafür, daß sich Juden und Jüdinnen tarnen, viel spricht dafür, daß sie sich zu ihrem Judentum bekennen. Und noch mehr spricht dafür, daß sie ihr Judesein nicht als Blankoscheck gegen die eigenen Fremdenfeindlichkeiten und Rassismen ansehen. Es bleibt also dabei und gilt für alle: Laßt uns doch bitte den täglichen Umgang mit unseren schlechten Gefühlen haben! ■

** Von der Redaktion gekürzte Fassung eines Beitrags aus: Widerspruch, Beiträge zur sozialistischen Politik 21(1991), Postfach 652, CH — 8026 Zürich. Kürzungen sind durch (...) bezeichnet.*

Neues von Nation und Europa

Vorbildfunktion für die zersplitterte Rechte in der Bundesrepublik

„Mit der Erweiterung um die Ex-DDR ist Deutschland wieder in das geopolitische Kraftfeld seiner mitteleuropäischen Bestimmung eingetreten. Noch spiegelt sich diese Neuorientierung nicht im bundesdeutschen Parteienspektrum wider. Doch die Zeit arbeitet, nicht zuletzt für die politische Rechte, die sich gegenwärtig überall in Europa als Speerspitze der Befreiung von Zentralismus und internationalistischer Unterdrückung formiert."

So die Auffassung von Karl Richter, Chefredakteur der Monatszeitung „Deutsche Rundschau" (Organ der rechtsextremen Sammlungspartei „Deutsche Liga für Volk und Heimat" = DL) und seit Januar 1992 verantwortlicher Redakteur des in Coburg im 42. Jahrgang erscheinenden Periodicums „Nation und Europa". Deutsche Monatshefte zur europäischen Neuordnung (NE).

Der dreißigjährige Münchner ist gemeinsam mit dem nationalrevolutionären Osteuropaexperten Wolfgang Strauss in die Redaktionsgemeinschaft von NE (Auflage ca 20 000 Exemplare), dem bedeutendsten ideenpolitischen Organ der Rechtsextremisten jeglicher Couleur in der Bundesrepublik, aufgenommen worden.

Als Herausgeber treten Dehoust, der 57% Gesellschafteranteile innehat, Adolf von Thadden, ehemals NPD-Bundesvorsitzender, und Harald Neubauer, Bundessprecher der DL, zuvor Generalsekretär der Republikaner, unterstützend zur Seite.

Dehoust, einer der Gründungsväter der DL, will nach eigenem Bekunden, „nach 20 Jahren Alleinverantwortung für Redaktion und Verlag als Geschäftsführer, Zeit für das Wesentliche gewinnen" und sich „noch mehr der Einheit der politischen Rechten widmen."

Tatsächlich ist es ihm mit diesem Coup gelungen, den Fusionsprozeß im rechtsextremen Lager einen Schritt weiterzubringen. Der Einheit im publizistischen vorpolitischen Raum könnte — das endgültige parlamentarische Scheitern von NPD und REP vorausgesetzt — auch die Einheit in einer politischen Formation folgen.

Richter abschließend: „Wenn in Bonn nicht erkannt wird, wohin die Reise in den Neunzigern geht, dann ist dies der Anfang vom Ende überlebter Machtstrukturen in der Bundesrepublik. In Frankreich, Österreich und Italien fahren nationale Parteien inzwischen mit schöner Regelmäßigkeit zweistellige Wahlergebnisse ein. Das muß auch in Deutschland so werden. Hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, darin liegt für die rechte Szene hierzulande die eigentliche Aufgabe des Jahres 1992." **Anton Maegerle**

Der Folterer des Monats

Liebe Leserinnen und Leser,
in dieser Spalte möchten wir in den kommenden Monaten jeweils einen *Folterer* vorstellen. Amnesty international benennt jeweils drei „Gefangene des Monats". Wir möchten zeigen, daß es nicht nur Opfer, sondern auch Täter gibt. Unsere Auswahlkriterien sind, daß es sich um lebende Personen handelt, die foltern, gefoltert haben oder den Befehl zum Foltern erteilt haben. Aus der Unzahl der Fälle wählen wir diejenigen aus, die in irgendeiner Weise exemplarisch sind.

Hector Alejandro Gramajo Morales, guatemaltekischer General im Ruhestand. Gramajo war 1981/82 militärischer Berater an der guatemaltekischen Botschaft in Washington, D.C. und wurde nach dem Putsch General Rios Montts 1982 stellvertretender Genealstabschef des Heeres. In dieser Funktion war er mitverantwortlich für die „Politik der verbrannten Erde", die darin bestand, durch zwangsweise errichtete Wehrdörfer, Mord und Folter den Widerstand der Indios und der Guerillaorganisationen zu brechen. Nach einem weiteren Putsch 1983 wurde Gramajo Befehlshaber eines Militärstandortes, an dem systematisch gefoltert wurde. Während der Regierung des Christdemokraten Cerezo war Gramajo Verteidigungsminister. 1990 trat er von diesem Posten zurück. Unter der Hand wird er als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen 1995 gehandelt.

Am 6. Juni 1991 feierte Gramajo sein bestandenes Examen an der Havard University in den USA. Er hatte ein Stipendium der Harvards Kennedy School of Government erhalten und seinen Magister gemacht. Als er sein Diplom im Empfang nehmen wollte, überreichten ihm Rechtsanwälte des New Yorker Center for Constitutional Rights (CCR) eine Anklageschrift wegen Menschenrechtsverletzungen. Ein Foto zeigt ihn, noch lächelnd, wie er im Universitätstalar die Klageschrift entgegennimmt. Sein Kommentar kurz darauf: „Ich habe als Berufssoldat meine Pflicht getan und bin stolz darauf".

Die Klage gegen den guatemaltekischen General war möglich, daß es in den USA den Alien Tort Status gibt. Dieses Gesetz stammt aus dem 18. Jahrhundert und richtete sich ursprünglich gegen Piraterie und Sklavenhalterei. Bedingung für seine Anwendung ist, daß Kläger und Beklagte in den USA erreichbar sind. In jüngster Zeit wurde das Gesetz gegen einen paraguayischen, einen argentinischen und einen haitianischen Folterer angewandt. Gegen die beiden ersteren wurden hohe Geldstrafen verhängt, die aber nie vollstreckt wurden. Der haitianische Fall ist noch offen. Gegenwärtig berät der US-Kongreß ein neues Gesetz mit erweiterten Bestimmungen, die Torture Victim Protextion Act. **MAD**

Quellen: Lateinamerikanachrichten Sept./Okt. 1991, The Progressive August 1991.

JOHN ELY / SIGRID MÜLLER

Multikulturelle Gesellschaft und die Neue Rechte in den USA

Die Auflösung Amerikas

„The Fraying of America" — die Auflösung Amerikas ist die überarbeitete Übersetzung eines Artikels, der zuerst im Time-Magazin erschien. Er schildert wie in den USA die Neue Rechte den Diskurs über Differenz der vor allem in den „multicultural Studies" an den Universitäten mit dem Ziel der Akzeptanz von Minderheiten geführt wird, ideologisch mißbraucht und in sein Gegenteil verkehrt wird.

Auf einer Konferenz über „Contemporary Social Movements", die im vergangenen Jahr in Santa Cruz (Kalifornien) stattfand, behauptete Stanley Aronowitz, ein bekannter marxistischer Theoretiker, daß die „Cultural Studies" so etwas wie eine soziale Bewegung innerhalb der US-amerikanischen Universitäten geworden sind. „Cultural Studies" hätten, so Aronowitz, die gängigen Denkweisen ähnlich grundlegend erschüttert wie die neuen sozialen Bewegungen das Alltagsleben. („Cultural Studies" ist ein interdisziplinärer Studienschwerpunkt, der zumeist im Fachbereich Anglistik/Amerikanistik eingeführt wurde und wo vorzugsweise mit poststrukturalistischen Methoden gearbeitet wird). Eine solche Einschätzung hielten andere TeilnehmerInnen für unangemessen. Todd Gitlin, ehemaliger Apo-Promi und jetzt Professor für Soziologie in Berkeley, bemerkte ironisch, daß die akademische Linke das weiße Haus aufgegeben und sich inzwischen selbst so marginalisiert hat, daß sie nur noch an einer Hegemonie im Fachbereich Anglistik/Amerikanismus interessiert ist.

Aronowitz Einschätzung ist jedoch insofern nicht ganz falsch, als die curricularen Veränderungen unter dem Stichwort „multikulturell" an den Universitäten für Aufregung sorgten.

In den philologischen, geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern kamen nämlich Schwerpunkte hinzu, die in deutlicher Beziehung zu den neuen sozialen Bewegungen stehen: ethnic-studies, women's studies, lesbian and gay studies, black studies und colonial discourse.

Die Einführung solcher Schwerpunkte stieß gerade wegen dieser Nähe auf heftige Kritik. Für manch eine/n stellten sie sogar einen Frontal-Angriff auf die „Western Civilization" dar, eine Aufforderung zu „Kultursepartismus und ethnischer Aufsplitterung" (Arthur Schlesinger), für den vor allem „das marxistische Professorat" verantwortlich gemacht wurde.

In diesen Auseinandersetzungen wurde „die multikulturelle Gesellschaft" für die einen zu einem Gewährswort für antikolonialistische, anti-rassistische und antipatriarchale Lehrinhalte, für die anderen wurde es zu einem Schreckgespenst, das für die Auflösung verbindlicher Werte und klar umrissener Weltbilder steht. Gleichzeitig benutzt die „Neue Rechte" das Vokabular der Debatte um „Multikulturalismus", um damit ihre Politik eines neuen „isolationism" zu legitimieren.

Der akademische Betrieb als „soziale Bewegung"

Exemplarisch für solche oben angedeuteten curricularen Veränderungen steht die Einführungsveranstaltung in die „Western Civilization", „Culture, Ideas, Values" an der Universität von Stanford. Sie hat die „Great Books"-Vorlesungen von Leo Strauss in Chicago zum Vorbild und soll allen ErstsemesterInnen einen Überblick über die abendländische Ideengeschichte verschaffen.

Der bisherige Korpus mit Texten von Aristoteles und Plato, Augustinus und Thomas von Aquin, Dante und Shakespeare, Locke und T.S. Eliot wurde erweitert um Technikkritik, Marx und Freud, Literatur von Frauen (Sappho, Mary Shelley, Toni Morrison), um außereuropäische Literatur (Konfuzius, Koran, Sufismus) und um die Geschichte des Abendlandes aus der Perspektive der Kolonisation Nord- und Südamerikas.

Derartige Bemühungen wurden vor allem von denjenigen Lehrenden forciert und unterstützt, die mit poststrukturalistischen Konzepten von der Vielfältigkeit von Geschichte(n) und Identitäten liberale Vorstellungen von „Integration", „Chancengleichheit" und universellen Bürgerrechten als Ideologien des Kolonialismus kritisieren.

Als weiteres Argument für eine Lehrplanerweiterung wurden die neuesten demographischen Statistiken angeführt, die zeigten, daß z.B. in kalifornischen Schulen 54 % aller Schülerinnen und Schüler zu sogenannten ethnischen Minderheiten zählen. Der — zumindest statistisch gesehen — erfolgreichen quantitativen Integration soll nun eine qualitative folgen, d.h. der jeweilige „kulturelle" Hintergrund von Afro-Americans, Native Americans, Hispanics und asiatisch-amerikanischen Jugendlichen soll dem weißen, angelsächsischen als „gleichwertig" vermittelt werden. Die Auseinandersetzungen um den multikulturellen Lehrplan in Schulen und Universitäten werden in den Medien und von liberal- bis rechtskonservativen Politikern zumeist auf den Kampf um das, was als „politisch korrekt" gelten soll,

reduziert.

„Politically correct" (politisch korrekt) bzw. „politically incorrect" ist zuallererst eine Selbstironisierung des Sprachstils innerhalb neuer sozialer Bewegungen: Birkenstock-Sandalen sind „politically correct", Stöckelschuhe nicht, Tofupizzas sind „pc", Hamburgers nicht.

Kritikerinnen des „Multikulturalismus" behaupten nun, daß das linke Professorat damit eine „stalinistische Diktatur" der richtigen politischen Gesinnung errichten wolle, das definiere, was politisch zu vertreten sei und was nicht. Als Beweis für solche Unterstellungen wird u.a. die Einführung bestimmter Verhaltensregeln an einigen Universitäten, die vor allem auf den Sprachgebrauch abzielen, angeführt. So hat beispielsweise die Universitätsleitung von Michigan nach sich häufenden sexistischen und rassistischen Übergriffen auf dem Campus folgende Regelung beschlossen: jegliches Verhalten, verbal oder physisch, das Individuen wegen Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, Zugehörigkeit zu einer Glaubensgemeinschaft, nationaler Herkunft, Abstammung, Alter, Behinderung oder wegen der Teilnahme am Vietnamkrieg stigmatisiert oder belästigt, ist innerhalb der Universität untersagt.

Solche Bestimmungen, so lautet der Einwand, sei es verfassungwidrig, weil sie das Recht auf Meinungsäußerung einschränkten und darüberhinaus eine Selbstzensur von Studierenden befördern würden. Das auf den „lifestyle" und die Kennzeichnung politischer Identitäten bezogene Wort „politically correct" wird von Konservativen aufgegriffen, um damit jegliche Veränderungen, die deren Meinung nach von „links" kommen, als intellektuellen Stalinismus zu diffamieren, und zwar mit einem viel älteren und unironischen Verständnis von „Korrektheit", das in den neuen sozialen Bewegungen in dieser Form nie zu finden war. „PC" wird zum Symbol dessen, was ein multikultureller Lehrplan in ihren Augen anrichten kann dadurch, daß darin Inhalte vermittelt werden, die einen fundamentalen Angriff auf die westliche Zivilisation und ihrem Zentrum, der Familie, darstellen: Frauenstudien, weil junge Frauen dort zur Abtreibung ermuntert werden würden, black studies, weil dort radikaler, gewalttätiger Seperatismus vermittelt werde, Lesben- und Schwulen-Studien, weil dort die „natürliche" heterosexuelle Neigung verunglimpft werde.

Konservative Reaktionen auf den „Multikulturalismus"

Das konservative Establishment griff diese vornehmlich innerhalb des akademischen Betriebs geführte Debatte um den „Multikulturalismus" auf und verstärkte dabei eine ohnehin schon vorhandene antiintellektuelle Stimmung. Geschürt wurden Ängste, daß immer neue „ethnische Gruppen" das Land zu „überschwemmen" drohen (als aktuellstes Beispiel die HaitianerInnen) und die „Multikulturalisten" dazu beitragen. Auch George Bush hat mit seinen beständigen Attacken der „civil rights legislation" als „Quoten-Gesetz" (das den Schwarzen angeblich zu einem gesicherten Anteil an Jobs verhelfen soll), seiner beständig geäußerten Bestürzung über zu früh entlassene schwarze Strafgefangene rassistische Ressentiments innerhalb seiner eigenen Partei hoffähig gemacht.

John Silber, Präsident der Boston University und ein sogenannter „neuer" Rechter, ist ein anderes prominenten Beispiel für die Denunzierung von „affirmative action", „multikulturalism", Frauenbewegung und „ethnischen Minderheiten". Während seiner Kandidatur für die Gouverneurswahlen in Massachusetts behauptete er in seinen Wahlreden, daß die wirtschaftlichen Probleme dieses Bundesstaates vor allem aus der Tatsache resultieren, daß Massachusetts wie ein „Wohlfahrtsmagnet" strahle, der „einen ganzen Arbeitervorort in die kambodschanische Hauptstadt Amerikas" verwandeln könne. (Silber spielt hier auf einen Vorort der Industriestadt Lowell an, wo sich asiatisch-amerikanische Industriearbeiterinnen und -arbeiter angesiedelt haben.)

Elitäre Verachtung

Den Fachbereich Anglistik/Amerikanistik der Boston University beschimpfte er als ein „verdammtes Matriarchat" (dort lehren sechzehn Männer und sechs Frauen). Das bekannteste feministische Frauengesundheitsbuch „Our Bodies ourselves" (Unser Körper, unser Leben), das vom „The Boston Women's Health Book Collective" herausgegeben wurde, erklärte er zu „Müll", weil es lehre, daß wir „die Summe unserer körperlichen Begierden" seien, was kein gebildeter Mensch ernst nehmen könne und was keine Basis eröffne für Menschenrechte oder menschliche Würde, da hier die menschliche Existenz auf die Ebene von Tieren reduziert worden sei. Silbers Denunziation von Feministinnen als irrationale Kreaturen, ist eine für die Neue Rechte typische Mischung aus elitärer Verachtung von Frauenbewegung, neuen sozialen Bewegungen, farbigen EinwanderInnen, Lesben und Schwulen mit einem kleinbürgerlichen Populismus, der sich auf das konzentriert, was „der andere bekommt und dir deshalb vorenthalten wird".

Silbers Kritik zielt hier nicht mehr auf die Universitäten, sondern auf wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen (wie Armenfürsorge). Das Konzept des „Multikulturalismus" wird von den neuen Rechten als eine Bündelung verschiedenster Interessen der neuen sozialen Bewegungen dargestellt, dessen Speerspitze zwar die Universitäten bilden, das aber bereits bis auf die Regierungsebene vorgedrungen ist. In „Affirmative Action", verschiedenen Bürgerrechten und Wohlfahrtsstaatspolitik ist der Einfluß von Frauen- und Bürgerrechtsbewegung für konservative Politiker deutlich auszumachen.

Weiße Ressentiments und neuer US-amerikanischer Nationalismus

Angesichts einer anhaltenden Rezession, der damit verbundenen ökonomischen Schwächung der USA als einer Supermacht und einer kollabierenden Infrastruktur, proklamiert die Neue Rechte ein „America First", eine Neuauflage des „isolationism" verbunden mit einem weißen „Stammes"bewußtsein, dessen Vertreter beides zugleich tun: einerseits den Multikulturalismus zu attackieren, aber andererseits das Vokabular zu übernehmen, um gerade denjenigen Rassismus vorzuwerfen, die ihn verhindern wollen.

Die Bürgermeisterwahlen in San Francisco im Herbst '91 waren beispielhaft für diese Umkehrung. Der einzige Gegenkandidat zum damaligen amtierenden Bürgermeister Art Agnos, ein Ex-Polizei Chef namens Frank Jordan, beschwor erfolgreich ein älteres, d.h. vor-schwules San Francisco und führte seinen Wahlkampf gegen das Image der Stadt mit Aids, den größten Demos gegen den Golfkrieg und den unterschiedlichsten Subkulturen.

Aversionen gegen eine „ethnische Vielfalt" als politisches Programm bleiben nicht auf konservative Politiker beschränkt. Leonard Jeffries, der einen Lehrstuhl für „black studies" an der Universität von New York innehat, brachte sich selbst in die Schlagzeilen mit biologistischen Theorien über den Zusammenhang von Intelligenzquotienten mit dem Anteil von Melanin in der Haut. Für ihn sind AfrikanerInnen „Sonnen-Menschen", offen und kooperativ, während Menschen aus Europa „Eis-Menschen" sind, kalt, individualistisch und spirituell tot. Ein Kommentator der „New York Times" reagierte prompt und schrieb, daß Jeffries „eine Lektion über den wirklichen Gehalt von Multikulturalismus" bereitstelle und Aufschluß gebe über „die Motive und intellektuelle Statur derjenigen, die im Namen von ‚Multikulturalismus' den Lehrplan reorganisieren wollen". Der Autor dieses Artikels machte sich allerdings nicht die Mühe zwischen dem kulturellen Relativismus, der implizit in poststrukturalistischer Kritik vorhanden ist, und Jeffries Biologismus zu unterschieden. Die Politik der Differenz stellt unfreiwillig eine Basis für die neue neorassistische Rechte in den USA bereit. Erschwerend kommt hinzu, daß innerhalb der US-amerikanischen Linken liberale Vorstellungen von Bürgerrechten und Gleichstellung nicht mehr weiter entwickelt wurden. Statt Befriedungsstrategien zu entwickeln, sollen soziale Konflikte verschärft werden.

Pat Buchanan, George Bushs republika-

nischer Gegenkandidat für die Präsidentschaftswahlen und ein neuer Rechter, führt seinen Wahlkampf auf der Grundlage einer elitären Immigrationspolitik, die zu einer extremen Vorstellung von Selbstbestimmung und nationalem Stolz beiträgt. Buchanan propagiert, daß nur noch solchen Menschen die Einwanderung ermöglicht werden solle, die mit der (weißen, angelsächsischen) Kultur ,,kompatibel'' seien. Im Klartext: weiße WesteuropäerInnen. Menschen aus anderen ,,Kulturen'' (sprich: Kontinenten) sind so ,,anders'' und ,,verschieden'', daß sie lieber dort bleiben sollen, wo sie hingehören. Sein radikaler Isolationismus ist der Versuch, alte standardisierten Beschränktheiten der US-amerikanischen Rechten wiederzubeleben in einem neue nationalistischen Klima, das geknüpft ist an eine positive ,,Stammes''-Konzeption der USA (Amerika der Weißen).

Antisemitismus in US-Manier

Buchanan bezeichnet den Kommunistenhetzer Joseph McCarthy als einen, der ehrenvoll gegen das liberale Establishment seines Landes angetreten sei, er hegt Bewunderung für den spanischen General Franco, ist grundsätzlich gegen jegliche Entwicklungshilfe und ermuntert den südafrikanischen Zulukönig Buthelezi. Während des Golfkrieges nahm seine Parole ,,America First'' deutlich antisemtische Züge an, als er in einem Interview eine amerikanisch-jüdische ,,Ja-und-Amen-Ecke'' der Konspiration mit Israel beschuldigt hat, um Krieg im Nahen Osten vom Zaun zu brechen. Der Zeitung *London Sunday Telegraph* erklärte er: ,,Warum sind wir eher geschockt, wenn ein Dutzend Menschen in Vilnius ermordet worden sind als bei ebensovielen in Burundi? Weil die in Vilnius eben weiße Menschen sind. So wie wir. Von dort kommt Amerika.'' Deshalb beschwört Buchanan die ,,judäa-christliche Erbschaft'' zu retten, um sie davor zu bewahren, auf den Müllhaufen des Multikulturalismus geworfen zu werden. Aids hält er für ,,die Rache der Natur an den Schwulen''. ,,Für Pat ist die Verschiedenheit (diversity) innerhalb Amerikas keine Stärke'', sagte ein Kollege von Buchanan.

David Duke ist George Bushs neorassistischer Gegenkandidat. Duke, ein ehemaliger Ku-Klux-Klan-Führer, interessiert ,,Multikulturalismus'' schon gar nicht mehr. Daß er weiß ist, erfüllt ihn so mit Stolz, daß er die ,,National Assaciation for The Advancement of White People'' (Nationale Vereinigung zur Förderung von weißen Menschen) gründete. Duke stürzt sich vor allem auf den Wohlfahrtsstaat, der deshalb rassistisch sei, weil nur die Schwarzen Unterstützung erhalten, Weiße jedoch wegen ihrer Hautfarbe leer ausgehen würden, oder auf die ,,welfare-babies'', die nur deshalb gezeugt werden würden, damit Schwarze das Kindergeld kassieren könnten. Im Grunde beschuldigt er die gesamte Bush-Administration rassistische Politik zu betreiben, die Weiße zugunsten von Schwarzen ausschließe und allmählich zur gesellschaftlichen Randgruppe mache. David Duke hat zwar die Gouverneurswahlen im Herbst '91 in Louisiana verloren. Doch die statistische Auswertung dieser Wahlen zeigte eine erschreckende Unterstützung innerhalb der Mittelklassen und unter weißen gut ausgebildeten WählerInnen. Dukes Wahlversprechen, Wohlfahrtstaatliche Zuwendungen ,,richtig'' umzuverteilen, stieß also auf Resonanz.

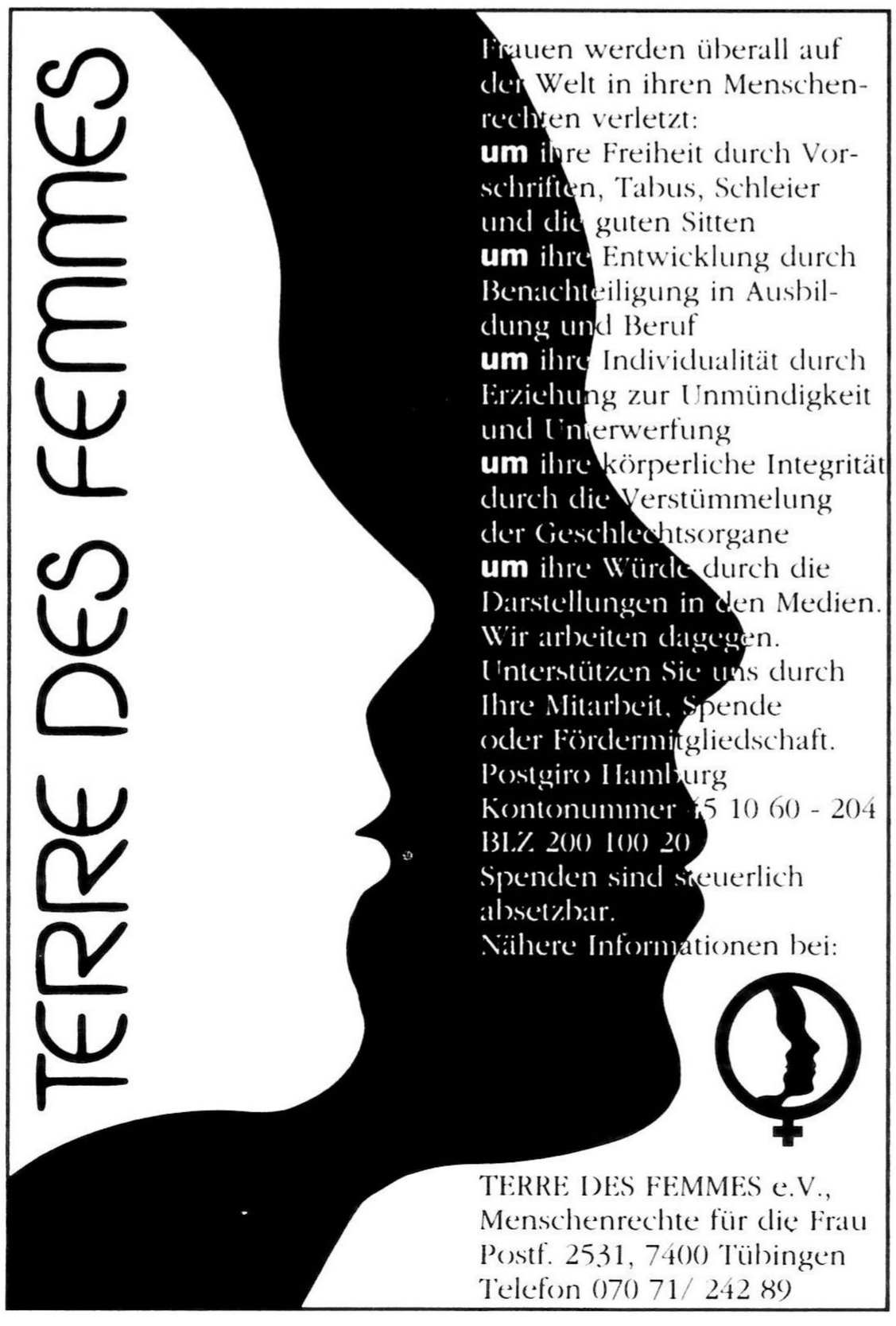
Soziales Klima begünstigt Neue Rechte

Daß solche radikalen Vorschläge durchaus realisierbar sind, hat der als ,,mäßig'' geltende republikanische Gouverneur von Californien, Pete Wilson bewiesen. Die anhaltende Haushaltskrise glaubt er durch die Streichung von Sozialhilfe in den Griff zu bekommen. Die Unterstützung seitens weißer Mittelklasse-AmerikanerInnen ist ihm dabei sicher.

Obwohl die Neue Rechte in den USA keine institutionelle Basis im ,,Civil Service'' der Polizei oder in den Kommunen haben (im Gegensatz zur BRD, wo bekanntermaßen ganze Hundertschaften der Polizei die Republikaner gewählt haben, und zwar als BeamtInnen). Trotzdem bereiten sie nicht nur den zentristischen Republikanern, die einige Energie in die Abgrenzung von rechtsaußen investieren müssen, Kopfschmerzen.

Die langfristigen Entwicklungen, die mit diesem neuen rechten ,,Backlash'' (Rückschritt) korrespondieren, sind beunruhigend. StadtforscherInnen wie Mike Davis haben gezeigt, daß der Erfolg von Reagan und den neuen Rechten seit den achtziger Jahren in der Entwicklung eines ,,Sonnengürtels'' von konservativen und mittelständischen Vorstädten in den traditionell antigewerkschaftlichen südlichen und südwestlichen Staaten liegt. Die groteske Geschichte von Grundstücksspekulationen und das Scheitern von ,,Savings-and-loans''-Banken (eine Kette von Banken, die vor einiger Zeit pleite machte) hat zu einer immensen Kapitalverschiebung von der liberalen Ostküste in den Sonnengürtel beigetragen.

Neokonservative und neorassistische Tendenzen werden begünstigt durch die sogenannten ,,edge-cities'', großflächige Vororte, die um shopping-centers und preiswerte Bürogebäude außerhalb der Zentren von Städten gebaut wurden. Diese Infrastrukturen produzieren einen Lebensstil, der bestimmt ist durch eine wachsende Autonomie. Lange Anfahrtswege für diejenigen, die nicht in den ,,edge-cities'' arbeiten und PKW-determinierte Verkehrsverbindungen, keine signifikanten öffentlichen Räume , heterogene Zusammensetzung ihrer BewohnerInnen und anonymisierte Nachbarschaften — solche Aufsplitterungen könnten der neuen Rechten neue WählerInnengruppen bescheren. ■



BRITTA SCHMITT

Jenseits von staatsozialistischen Sonntagsreden

Unabhängige und Block-Frauenbewegung in Rußland

Über die ,,Frauenfrage'' und die Frauenbewegung in der ehemaligen Sowjetunion wissen wir hierzulande herzlich wenig. Unsere Autorin, die über die Frauenbewegung in Russland promoviert, hat aufgrund von Studien und vielen Gesprächen, die sie mit Vertreterinnen verschiedener Frauengruppen in Moskau und St. Petersburg führte, eine erste Beschreibung der neuen russischen Frauenszene gegeben. Was sich dort feministisch bewegt, die Entstehung von Frauenselbsthilfegruppen erinnert in vielem an die Anfänge der autonomen Frauenbewegung Mitte der 70er Jahre in der Bundesrepublik.

Als der Sozialismus in der Sowjetunion real noch existierte, da loteten die Feministinnen des Westens in erster Linie die Korrelation zwischen Patriarchat und Kapitalismus aus. Welches systemerhaltende Verhältnis verbindet ,,die Hausfrau'' mit dem ,,Lohnarbeiter''? Inwiefern ist die Frauenunterdrückung funktional für die kapitalistische Produktionsweise? — Das waren die Fragen feministischer Gesellschaftstheorie. Vereinzelt wurde das Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt in die feministische Analyse miteinbezogen. Doch die *Zweite Welt* blieb außen vor.

Welches Patriarchat sich all die Jahre hinter dem Eisernen Vorhang verbarg, das eröffnet sich uns praktisch erst heute. Erst heute ist unabhängige Forschung zur ,,Frauenfrage'' in der Sowjetunion möglich, Forschung jenseits von geschönten Statistiken und staatssozialistischen Sonntagsreden. Weil aber die Sowjetunion hinsichtlich der Frauenfrage so lange ein dunkler Kontinent war, genügt es nicht, danach zu fragen, was die Perestroika den Frauen ,,gebracht'' hat. Denn die Antworten, daß die Frauen jetzt als erste von Arbeitslosigkeit bedroht sind, die Wucht der Versorgungsprobleme gerade sie voll trifft, sind bekannte Entwicklungen in allen osteuropäischen Ländern. Andererseits hat Glasnost ihnen zweifellos die Möglichkeit gegeben, sich ohne KGB-Nachstellungen in Frauengruppen zu treffen und dort offen über ihre Lage zu diskutieren.

Man hat mit diesen Feststellungen noch nichts von dem spezifischen politischen Umfeld verstanden, das eine gesellschaftliche Thematisierung von Frauenthemen in der ehemaligen Sowjetunion so schwierig macht. Um sich diesem Umfeld und damit den Möglichkeiten und Grenzen von Frauenbewegung anzunähern, ist einerseits historische Forschung unabdingbar: Wir müssen wissen, welche Frauenpolitik in 74 Jahren Sowjetmacht betrieben und propagiert wurde, um beurteilen zu können, was sich wirklich durch die Perestroika verändert hat. Denn in den spezifischen ex-sowjetischen Filz — auch in den verschiedensten Frauengruppen — ist für Weslterinnen so leicht kein Einblick zu gewinnen. Ein Filz, der allerdings ohne seine theoretisch-politische Geschichte nicht verständlich wird: Von den Theorie-Klassikern angefangen bis zu den Vertretern der Sowjetmacht hatte man sich sozialistisch immer ,,wohlwollend'' gegenüber der Emanzipation der Frau geäußert.

In der Tradition Fouriers galt auch bei Lenin der Grad der Frauenemanzipation als eine Art Anzeiger für die gesellschaftliche Entwicklung. Insofern war man bemüht, die sowjetische Frau zu einem Aushängeschild aufzubauen. Das geschah mit Hilfe ihrer stürmischen Integration in den Produktionsprozeß vor allem während der Stalinzeit und in einem letzten Kraftakt anfang der sechziger Jahre, als man den Beschäftigungsgrad unter Frauen auf sagenhaft 92

Prozent steigerte.

Längst hatte man die klassische Frauenemanzipationstheorie verstümmelt, sie in den Dienst eines extensiven, arbeitskraftaufwendigen Wirtschaftswachstums gestellt und vergessen, daß Bebel und Engels, ja, auch Lenin sich Frauenemanzipation eigentlich als ein Ineinandergreifen von Frauenerwerbstätigkeit und Vergesellschaftung der Hausarbeit vorgestellt hatten: Im Gegensatz zur früheren DDR gab es beispielsweise Kindergartenplätze in der Ex-Sowjetunion immer nur für eine Minderheit (1973 nur für 20 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen).

▶ Comeback der Block-Frauenbewegung ◀

Die Frauenabteilung der Partei, die sich in den zwanziger Jahren zumindest teilweise an den tatsächlichen Bedürfnissen von Frauen orientieren konnte, wurde 1929 von Stalin abgeschafft, begleitet von der Erklärung, die ,,Frauenfrage'' sei nun voll und ganz ,,gelöst''. Die Bildung einer Block-Frauenbewegung unter dem Dach der Partei erlebte dann ein Comeback zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. 1941 wurde das international ausgerichtete antifaschistische Komitee der Sowjetfrauen gegründet. Es sollte die per se als friedliebend definierte Weiblichkeit der Welt im Kampf gegen Faschismus und Krieg einen.

Das Komitee überlebte die Kriegsjahre und blieb bis heute als Apparat bestehen. Auf dem 27. Parteitag rief Gorbatschow die 1929 ebenfalls abgeschafften Frauenräte auf Betriebs- und lokaler Ebene wieder ins Leben und vertraute sie organisatorisch dem Komitee als Dachverband an. Bis 1989 entstanden auf diese Weise rasch 240 000 Räte. Sie sollten der sozialen Abfederung von Härten des Reformprozesses dienen und arbeiteten ehrenamtlich. Bei den Wahlen zum Volksdeputiertenkongreß 1989 wurde dem Frauenkomitee ein Kontingent von 10 Prozent der Sitze garantiert. Die Anwärterinnen sollten aus den neu geschaffenen Frauenräten kommen.

Vor 1989 gab es jahrelang eine weit höhere Frauenquote von 33 Prozent für den Obersten Sowjet. Die Frauen, die über Quote oder Komitee ins Parlament kamen, zeichneten sich allerdings durch besondere *Fügsamkeit* aus. Politisch tätige Frauen gelten deshalb bis heute als leicht manipulierbar.

Nach dem Putschversuch '91 und Jelzins Verbot der KP hat sich das Komitee jüngst in ,,Frauenunion'' umbenannt. Solcherart getarnt, stellt es nicht den einzigen KP-Ableger dar, der den Apparatschiki — in diesem Fall weiblichen Geschlechts — eine Nische fürs Überleben bietet. Wie mir eine Moskauer Journalistin sagte, haben die Vertreterinnen der Frauenunion bereits damit begonnen, sich die Sprechweisen und Umgangsformen der Frauenbewegung des Westens anzueignen. Obwohl es ihnen noch schwerfällt, benutzen sie auf Versammlungen nicht mehr die Anrede ,,Genossinnen'', sondern ,,liebe Freundinnen''.

Neue Frauenvereinigungen werden derzeit auch gern als Lobby für ,,gewendete'' Bürokraten benutzt, denn mit der momentanen Popularität ,,letzter Werte'' und ewiger ,,Geheimnisse des Lebens'' bringen Frauen als mütterliche Reklameträger in Wahlkämpfen Vorteile. So ist selbst der zentristische Block des ultrarechten Wladimir Schirinowskij über seine Geldgeber mit einer obskuren ,,Frauenallianz'' verbunden. Solche und ähnliche Vereinigungen dienen nicht selten über den Wahlhilfe-Effekt hinaus als Geldwaschanlagen für Parteivermögen. Nur mit diesem Hintergrundwissen widersteht man der Versuchung, sich unkritisch über die Vielfalt der entstandenen Frauengruppen zu freuen.

Für Feministinnen aus dem Westen ist und bliebt die Situation weiter undurchsichtig. Wir können aber erahnen, wo in dieser Atmosphäre des Mißtrauens und der Lüge die Schwierigkeiten für die Entstehung einer echten Frauenbewegung liegen. In der Intelligenz zeigen sich allerdings erste Ansätze davon. Seit drei Jahren gibt es die Moskauer Vereinigung für Beratung, hauptsächlich vertreten von Marina Regentowa, die unter größten Schwierigkeiten — es gibt keine öffentlichen Treffpunkte und Privatwohnungen sind zu klein — Vorträge und Treffen organisiert und dabei so heikle Themen anschneidet wie persönliche Erfahrungen mit sexueller Gewalt. Die Treffen dieser Vereinigung sind am ehesten mit den consciousness-raising-groups (Frauenselbsthilfegruppen) zu vergleichen, die am Anfang der autonomen Frauenbewegung im Westen standen. Daneben gibt es in St. Petersburg die Gruppe ,,Suche nach einer radikalen feministischen Initiative'', vertreten von der Journalistin Lena Sabadykina, und den Verlag ,,Frauen lesen'' von Olga Lipowskaja, die sich im Westen bereits einen Namen gemacht hat und mit Hilfe eines amerikanischen Frauenfonds und der ,,Frauenanstiftung'' der deutschen GRÜNEN demnächst eine auflagenstarke feministische Zeitschrift herausbringen will.

▶ Erstes unabhängiges Frauenforum ◀

Eine Art Koordinationsfunktion für diese unabhängigen Gruppen übernimmt das Zentrum für Geschlechterstudien, das in Moskau einem sozialwissenschaftlichen Institut angegliedert ist und von Anastasija Posadskaja geleitet wird. Dieses Zentrum hat in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen das erste unabhängige Frauenforum der Sowjetunion organisiert, das im März 1991 in der Provinzstadt Dubno an der Wolga tagte. Mehr als 170 Frauen aus vielen Teilen der Ex-Sowjetunion haben an diesem Forum teilgenommen. Sie kamen aus Umweltgruppen, Geschäftsfrauen waren darunter, Studentinnen, behinderte Frauen, alleinerziehende Mütter, Frauen aus den Streikkomitees der Bergarbeiter im Kusbassgebiet, aber auch Vertreterinnen lokaler Frauenräte. Für September 1992 ist ein zweites Treffen dieses offenen Forums geplant. Ein starkes Indiz für seine überwiegende Unverdächtigkeit ist m.E. das Maß öffentlicher Anfeindung und Verleumdung, mit der es konfrontiert worden ist.

Zwei Tage vor Beginn der Tagung brachte beispielsweise die im Westen als kritisch bekannte Zeitung *Moskowskij Komsomolets* eine Falschmeldung auf der Titelseite, in der es hieß, die Lesben der Sowjetunion würden sich in Dubno zu ihrem Hexensabbat treffen. Dieser Artikel löste so starke Turbulenzen aus, daß den Veranstalterinnen beinahe in letzter Minute die Tagungsräume verweigert worden wären. Erst nach langen Gesprächen mit Vertretern des Dubnoer Kernphysischen Instituts, um dessen Räume es ging, konnte das Forum schließlich doch stattfinden. Eines seiner Hauptthemen waren die aktuellen Chancen für unternehmerische Tätigkeit von Frauen. Seit diesem Forum jedenfalls lassen die Angehörigen der alten ,,Block-Frauenbewegung'' keine Gelegenheit aus, an der unabhängigen Frauenbewegung herumzukritteln. Was denn Unabhängigkeit bedeuten solle, fragte mich die verantwortliche Sekretärin der städtischen Frauenunion in St. Petersburg. *Unabhängig* sei der Mensch doch wohl nur auf dem Mond! ■

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden die Periodika ,,links'', ,,express'' und ,,Widersprüche'' sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten. . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Besonders. . .

. . . preisgünstig wird es, wenn gewünschte Texte konvertierbar sind, d.h. mit einem IBM-kompatiblen Textverarbeitungssystem erfaßt wurden — dann kostet es nur die Hälfte.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069 / 88 50 06

INGEBORG MAUS

Die Kontrolle von unten nach oben in Gang halten

Zum Verhältnis von institutionalisierter und nichtinstitutionalisierter Volkssouveränität

Angesichts der gegenwärtigen Weltläufe könnte sich die Frage aufdrängen, ob das zwanzigste Jahrhundert — von kleinen liberaldemokratischen Inseln abgesehen — nur die Wahl zwischen Stalinismus und Faschismus, bzw. Militärdiktaturen kennt. Entsprechend steht jeder Vorschlag zur Änderung bestehender liberaldemokratischer Verfassungen unter starkem Rechtfertigungszwang, während deren realexistierende Institutionen für sich selbst zu sprechen scheinen. Doch sollte gerade die prekäre Gegenwartslage zu der Überlegung veranlassen, ob die liberaldemokratischen Systeme überhaupt dem Ausmaß heutiger Herausforderungen gewachsen sind.

Die plötzliche Chance zur Verfassungsberatung im vereinigten Deutschland trifft nicht nur wegen der Unvorhersehbarkeit der historischen Ereignisse die politische Öffentlichkeit und die herrschende Verfassungstheorie unvorbereitet an, sondern scheint auch an einem Bewußtsein aufzulaufen, das den Gedanken demokratischer Verfassungsgebung oder -änderung längst zugunsten allmählicher „Verfassungsevolution" oder justizförmigen Verfassungswandels verabschiedet hat.

Das gegenwärtig herrschende Verfassungsverständnis negiert das Prinzip der Volkssouveränität sowohl hinsichtlich der verfassungsgebenden Gewalt als auch hinsichtlich der alltäglichen Gesetzgebungsprozesse — von weitergehenden Aspekten institutionalisierter und nichtinstitutioneller Basisdemokratie noch gar nicht zu reden. Die Verleugnung jener Momente von Volkssouveränität, die die Verfassungskonzeptionen der europäischen Aufklärung einst begründet hatten, erweist ihren Realitätsgehalt an der gegenwärtigen Verfassungspraxis und verdeutlicht zugleich die prekäre Situation der realexistierenden Demokratien.

Während die Verfassung in ihrer normativen Struktur in dem Maße entwertet wird, wie sie als politische Praxis allgegenwärtig ist, sind gleichzeitig die Lernprozesse, auf die es dem herrschenden Verfassungsverständnis nach ankommt, nicht demokratisch begründet. Das Bundesverfassungsgericht macht selbst alle Hoffnung auf die Einbindung seiner Entscheidungen in den Diskurs einer größeren demokratischen Öffentlichkeit zunichte. Im Abtreibungsurteil begründet das Gericht die von ihm gegen einen breiten öffentlichen Diskurs und den Willenbildungsprozeß des demokratischen Gesetzgebers errichtete „verfassungsrechtliche Schranke" lapidar: „Auch ein allgemeiner Wandel der hierüber in der Bevölkerung herrschenden Anschauungen — falls er überhaupt festzustellen wäre — würde daran nichts ändern können. Das Bundesverfassungsgericht, dem von der Verfassung aufgetragen ist, die Beachtung ihrer grundlegenden Prinzipien durch alle Staatsorgane zu überwachen und gegebenenfalls durchzusetzen, kann seine Entscheidungen nur an diesen Prinzipien orientieren, zu deren Entfaltung es selbst in seiner Rechtsprechung entscheidend beigetragen hat." Angesichts der so beanspruchten Interpretationskompetenz kann das Konzept der „offenen Gesellschaft der Verfassungsinterpreten" nur die Einbindung der Staatsbürger in den herrschenden vermachteten Diskurs des höchsten Gerichts und in den Selbstlauf des Rechtssystems verschleiern. Den StaatsbürgerInnen bleibt nur, die Lernprozesse des Staatsapparats als ihre eigenen zu akzeptieren und im übrigen der Selbstbeschränkung des Gerichts zu vertrauen. Dies kennzeichnet die Wiederkehr einer Kategorie des aufgeklärten Absolutismus.

Wenn also die demokratischen Defizite der herrschenden Verfassungstheorie deutlich sind, so gilt dies für mögliche Abhilfen noch nicht. Bekanntlich führen auch Volksentscheide gelegentlich zu Ergebnissen, die dem Allgemeinheitsprinzip ihrer demokratischen Form widersprechen. Allerdings gibt gerade die häufig zitierte deutsche Entwicklung dafür kaum ein Beispiel.

Entgegen aller Nachkriegslegenden, die sich in den Begründungen für die extrem repräsentativen Regelungen des Grundgesetzes als erfolgreich erwiesen, haben die plebiszitären Gesetzgebungsverfahren der Weimarer Republik keineswegs eine politische Dummheit des Volkes zutage gefördert, die jene der politischen Funktionseliten erreicht oder jedenfalls übertroffen hätte. Auch der berüchtigte Volksentscheid über den Young-Plan, der vom Einbruch der nationalsozialistischen Propaganda in das bürerliche Parteienlager begleitet war, scheiterte kläglich, indem nur 13,81 Prozent aller Stimmberechtigten sich an ihm beteiligten. Daß weiterhin

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Armut: kein Thema? (Heft 41)
Hanesch: Armut in Deutschland. Politische und strategische Antworten ● *Bäcker:* Gespaltene Gesellschaft. Soziale Probleme und sozialpolitische Herausforderungen ● *Albrecht:* Aus der Not eine Tugend machen? Von der Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut zum neuen ganzheitlichen Modell ● *Wacker:* Massenarbeitslosigkeit und nichts rührt sich ● *Chassé:* Armutsforschung in der (alten) Bundesrepublik. Ein kritischer Literaturbericht ● *BAG:* Gegen ausgrenzende Wohnungspolitik. Positionspapier zur Wohnungsversorgung ● *Störch:* Zum Stand der Literatur zum Problem junger ,,Nichtseßhafter" ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Frauen heute: Neue Ansprüche — neue Konflikte (Heft 40)
Windaus-Walser: Der offene Konflikt ist mir lieber. Gisela Wölbert interviewte Karin Windaus-Walser zum Geschlechterverhältnis ● *Frommel:* Gleichheit und Differenz. Männliche Gerechtigkeitsmathematik versus weiblicher Kontextualismus ● *Pfarr / Fuchsloch:* Frauenquoten, ein juristisches Problem ● *Stein-Hilbers:* Die sogenannten ‚Neuen Väter': Veränderungen und Überhöhungen eines Eltern-Kind-Verhältnisses ● *Wölbert:* Emanzipation zurechtgestutzt — oder: Wie aus dem Wunsch eine Last werden kann ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Neue Mauern in Europa
Soziale Politik in der EG (Heft 39)
Busch: Der Fortschritt darf nicht zum Rückschritt werden. Erfahrungen mit der Fristenregelung in der Ex-DDR ● *Platek:* Ist Polen auf dem Weg ins Mittelalter? ● *Ranzio-Plath:* Gleichberechtigung gibt es nicht zum Null-Tarif ● *Hey:* Armut von Frauen in der EG ● *Eckart:* Selbständigkeit von Frauen im Wohlfahrtsstaat? ● *Zanini:* Zur Krise des Wohlfahrtsstaates in Italien ● *Nova:* Sozialregulierung: Antiterrorgesetz in Griechenland ● *Mahoney:* Der Niedergang von Maggies Flaggschiff. Kopfsteuer — Die Groß(e) Britische Revolution ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

die Plebiszite unter Hitler nicht gegen basisdemokratische Verfahren angeführt werden können, sollte sich ohnehin von selbst verstehen: Sie wurden als nachträgliche Akklamationen zu bereits geschaffenen Tatsachen (z.B. dem vollzogenen Austritt aus dem Völkerbund oder dem vollzogenen Anschluß Österreichs) inszeniert. Die schlimmsten Verbrechen des NS-Systems aber haben bezeichnenderweise das Licht aller Öffentlichkeit gescheut. Die systematischen Mordprogramme entbehrten jeder gesetzlichen Grundlage und umgingen so die Veröffentlichung auch nur im Gesetzblatt — von der Öffentlichkeitswirkung plebiszitärer Verfahren ganz zu schweigen.

Auch das hartnäckige Argument, plebiszitäre Gesetzgebungsverfahren seien Bestandteil rechtskonservativer Konzeptionen einer ,,Diktatur auf demokratischer Grundlage", ist nicht stichhaltig. Gerade Carl Schmitt als scheinbar prominentestes Beispiel für diese These verurteilt alle Verfahren des Volksbegehrens und Volksentscheids der Weimarer Verfassung als bloße Steigerung des parlamentarischen Funktionalismus und befürwortet das ,,plebiszitäre" Element lediglich in Gestalt der unmittelbaren Wahl des Reichspräsidenten. In Carl Schmitts Theorie ist vielmehr die Grundthese des heutigen Konservatismus vorgebildet, daß das ,,Volk" lediglich zu Personalplebisziten, keinesfalls aber zu Realplebisziten fähig sei. Bis hin zu den jüngsten Vorschlägen der hessischen CDU zur Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten reichen die Voten für eine Art von Wahlmonarchie, die schließlich die Verselbständigung plebiszitär legitimierter Machthaber gegen institutionalisierte Kontrollorgane zur Konsequenz hat und den demokratischen Einfluß auf Sachentscheidungen blockiert. Daß das ,,Volk" bei der Auswahl politischer Amtsverwalter sich leichter über seine eigenen Interessen täuscht als bei einer Abstimmung z.B. in Fragen des Mietrechts, dürfte zu belegen sein.

Umgekehrt sind die historischen Erfahrungen mit politischen Funktionseliten — besonders wenn es um die Abwehr freiheitsgefährdender Regressionen geht — sehr viel negativer als die herrschende Verachtung der Demokratie unterstellt.

Dennoch können Sachplebiszite nicht pauschal mit dem Hinweis auf die Irrationalitäten elitärer Entscheidungsfindung begründet werden. Aus der hochkomplexen, pluralistischen und multikulturellen Struktur moderner Gesellschaften ergeben sich für sie noch ungelöste Probleme. Der Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder kann es sich hier leicht machen, wenn er in Art. 77 einfach formuliert: ,,Die Bundesgesetze werden vom Bundestage *oder* durch Volksentscheid beschlossen", hat er doch gleichzeitig die extreme Kompetenzerweiterung des Bundesverfassungsgerichts in der herrschenden Verfassungspraxis in einer Weise bestätigt und sogar ausgebaut, die dafür bürgt, daß alle demokratischen Willensbildungsprozesse ohnehin nur unter dem Vorbehalt der Karlsruher Entscheidungen stehen.

Die im Entwurf vorgesehenen plebiszitären Gesetzgebungsverfahren erhalten den Charakter basisdemokratischer Sandkastenspiele, weil sie der inhaltlichen Kontrolle des Bundesverfassungsgericht unterstellt werden, wie auch die parlamentarische Gesetzgebung schon lange zu einem bloßen Vorspiel gerichtlicher Entscheidungsfindung wurde.

Aber auch die umfängliche Anreicherung der Verfassung mit materialen Zielsetzungen, so wünschbar diese im einzelnen sind, trägt zur Schwächung demokratischer Willensbildung bei, indem sie die Kontrollbefugnisse des Bundesverfassungsgerichts entsprechend erhöht.

Indem der Verfassungsentwurf des Kuratoriums dem Volk durch die Ausweitung der Verfassungsgerichtskompetenzen wieder nimmt, was er ihm mit plebiszitären Gesetzgebungsverfahren vermeintlich zubilligt, trägt er durch die Materialisierung des Verfassungsrechts Züge eines justizstaatlichen Paternalismus. Staatliches Handeln — und mit ihm die Kontrollbefugnis der Verfassungsgerichtsbarkeit — orientiert und rechtfertigt sich nicht an demokratischen Verfahren, sondern an der unmittelbaren Ausführung materialer Wertvorstellungen und Zielsetzungen. Verfolgung dieser Ziele kann sich so gegen demokratische Willensbildung verselbständigen.

▶ Offenheit für basisdemokratische Verfahren ◀

Dagegen muß die Option für einen Sozialstaat, der ,,von unten" zu organisieren ist, sich auf die Offenheit basisdemokratischer Verfahren einlassen. Die Rationalität gesetzgeberischer Entscheidungen kann nur in die basisdemokratischen Verfahren selbst eingebaut werden. Unter diesem Aspekt stellt sich überhaupt erst die Frage, welche Gesetzesmaterien eigentlich vom Bundestag ,,oder" durch Volksentscheid beschlossen werden sollten und für welche Materien sich vielleicht andere basisdemokratische Prozeduren eignen. Unter beiden Perspektiven lautet diese Frage auch: Wie sind demokratische Gesetzgebungsverfahren zu organisieren, damit Minderheiten gegen Majorisierungen nicht durch ,,höhere Dritte" geschützt werden müssen, sondern aufgrund ihrer Verfahrensopposition sich selber schützen können.

Für die Volkssouveränität der Aufklärung ist die willkürliche Behandlung von Minderheiten und Einzelnen dadurch ausgeschlossen, daß alle über alle das Gleiche beschließen. Diese Lösung setzt noch einen äußerst geringen rechtlichen Regelungsbedarf der Gesellschaft voraus und besagt, daß Materialien, die nicht alle in gleicher Weise betreffen und sich im Gesetzgebungsverfahren

als nicht verallgemeinerbar erweisen, überhaupt nicht zum Inhalt eines Gesetzes werden können. Minderheitenschutz war insofern mit einer strukturellen Beschränkung für Verrechtlichung überhaupt kombiniert. Indem dagegen die heutige Feinsteuerung und rechtliche Durchregelung der Gesellschaft deren fortschreitende Ausdifferenzierung und Partikularisierung erst anschaulich macht, betrifft das Gesetz aufgrund seiner wachsenden Spezialisierung einen immer kleineren Kreis von Rechtsadressaten. Unter diesen Umständen kann auch die Verlagerung einer Gesetzesmaterie aus der parlamentarischen Zentrale in ein ebenfalls zentral organisiertes Volksgesetzgebungsverfahren nicht verhindern, daß alle über wenige höchst Besonderes beschließen. Zentrale — repräsentative wie basisdemokratische — Verfahren eignen sich darum nur für diejenigen Gesetzesmaterialien, die noch im klassischen Sinn eine inhaltliche Allgemeinheit erreichen. In jedem anderen Fall müßten betroffenen Minderheiten durch verfahrensförmige Vetopositionen abgesichert werden.

Je begrenzter aber die Zahl der Rechtsadressaten oder je spezieller der Regelungsbereich einer Norm ist, desto eher kann diese in Rechtssetzungsverfahren beraten und verabschiedet werden, an denen nur die betroffenen Interessen beteiligt sind. Die Spezialisierung von Regelungsbereichen bedeutet eine Dezentralisierung der Gesetzgebung, die der Vielfalt und dem Organisationsgrad von Interessen in der modernen Gesellschaft entsprechen würde. Diese Dezentralisierung könnte sogar noch den Allgemeinheitsgrad erreichen, der der Tarifautonomie zugrundeliegt. Diese ist eine Reaktion auf das Problem, sowohl umfassende als auch antagonistische Materien rechtlich regeln zu müssen, in denen eben nicht mehr ,,das Gleiche'' für die Rechtsadressaten gelten kann.

Von einer ähnlich konfliktorischen Struktur sind viele Rechtsmaterien, so sei hier nur an das Mietrecht erinnert. Die Auslagerung solcher Regelungsbereiche aus der zentralen Gesetzgebung bietet zwar kaum die Möglichkeit zur Plebisziten aller Betroffenen, weil angesichts der Vielzahl gesellschaftlicher Rollen und entsprechender Verwicklung in diverse autonome Rechtsetzungsverfahren die Aufmerksamkeit jedes Einzelnen überfordert würde. Das auch hier im Zuge gesellschaftlicher Interessenorganisation wirksame repräsentative Moment verlöre jedoch dadurch seine Schärfe, daß diese Art der Repräsentation den Betroffenen nicht wie bei der politischen Wahl für ein zentrales Gesetzgebungsorgan die Entscheidung über ein ganzes Interessenpaket auferlegt, womit sie letztlich nur ihr ,,generalisiertes Systemvertrauen'' (Luhmann) zum Ausdruck bringen können, sondern der Zusammenhang von Delegation und Sachfrage gewahrt bleibt.

Gegen solche Vorschläge zur Erweiterung dezentraler Gesetzgebung erhebt sich freilich der Einwand, diese sei in einer hochkomplexen Gesellschaft nicht praktikabel, in der angesichts vernetzter Wirkungszusammenhänge der Kreis der von rechtlicher Regelung Betroffenen nicht definitiv zu bestimmen und folglich die Abgrenzung von partikularen Rechtsetzungsverfahren nicht möglich sei.

Die Unübersichtlichkeit der modernen Gesellschaft existiert aber nicht nur aus der Perspektive der gesellschaftlichen Basis, sondern auch aus der der politischen Zentrale. Wie Luhmann nicht erst jüngst feststellte, besteht gerade auch für zentrale staatliche Rechtsregulierungen das Problem, daß Eingriffe unbeabsichtigte Auswirkungen haben, die zu permanenten Nachsteuerungen mit ebensolchen Nebenwirkungen zwingen. Was der staatlichen Zentrale unter diesen Umständen an inhaltlichen Lernprozessen zugebilligt wird, müßte auch für institutionelle Arrangements an der gesellschaftlichen Basis gelten. Angesichts der Tatsache übrigens, daß politische Entscheidungsfindung ohnehin aus der ,,Politik'' in dezentrale Subpolitiken abwandert, bedeutete die Institutionalisierung dezentraler autonomer Rechtsetzungsprozesse eine Demokratisierung längst praktizierter Zustände. Die Chance der Beteiligung an ihnen wäre nicht mehr von faktischer sozialer Verhandlungsmacht und je situativer Bereitschaft öffentlicher Administrationen zur Berücksichtigung gesellschaftlicher Interessen, sondern von gleichen Rechtsansprüchen abhängig.

Eine Ergänzung des Parlamentarismus um plebiszitäre und dezentrale Gesetzgebungsverfahren würde keinesfalls einen Funktionsverlust des Parlaments bedeuten. Die Ausgliederung inhaltlicher Rechtsmaterien hat vielmehr das Anwachsen prozeduraler Rechtsetzungskompetenzen des Parlaments zur Voraussetzung. Hier auch läge die heute noch größtmögliche Allgemeinheit des Rechts: in der Setzung von Verfahrensnormen, nach denen in zentral-plebiszitären wie in dezentral-gesellschaftlichen Rechtsetzungsprozessen die inhaltlichen Regelungen erst zustandekommen. Eine solche Unterscheidung zwischen ,,Normierungen der Normsetzung'' und den Normsetzungen selbst hat mehrere Funktionen. Sie kann die Konfliktparteien mit symmetrischen Verhandlungspositionen ausstatten, die die Ungleichheit gesellschaftlicher Macht rechtlich kompensieren.

Die Verfahrensdifferenz dient überhaupt der Beständigkeit von Verfahrensnormen in Bezug auf die je einzelne inhaltliche Rechtsentscheidung und stellt damit die willkürverhindernde Unkenntnis des konkreten Falles sicher, der auf der nächsten Stufe des Rechtsetzungsverfahren zu verhandeln ist. Wenn auch die bloße zeitliche Entkoppelung der Setzung (bzw. Änderung) von Verfahrensnormen und von inhaltlichen Normen prinzipiell das Gleiche bewirken könnte, so bietet doch die Funktionsverteilung auf verschiedene Körperschaften (Parlament — autonome Gruppierungen) die größere Gewähr für den Einbau der erwünschten Sichtblenden.

Eine solche Verfahrensdifferenz würde schließlich dazu führen, daß bei Parlamentswahlen politische Parteien nicht mehr vorwiegend nach inhaltlichen und deshalb höchst pauschalen Programmen von falscher Allgemeinheit beurteilt werden müßten, sondern wegen ihrer Verfahrensoptionen gewählt würden. Denn was die Aufmerksamkeit aller gesellschaftlichen Gruppen bei allgemeinen Wahlen wirklich noch finden kann, sind die Verfahrensnormen, innerhalb derer sie besonderen inhaltlichen Entscheidungen stellen.

Nur formales Recht schafft Handlungsspielräume

Der hier sichtbar werdende Zusammenhang zwischen Demokratisierung und prozeduraler Verrechtlichung führt auf den zentralen Gesichtspunkt zurück, daß nur formales Recht, das faktische politische und ökonomische Macht domestiziert, jene Handlungsspielräume schaffen kann, in denen demokratische Prozesse sich autonom entwickeln können. Die Entformalisierung und Dynamisierung des Verfassungsrechts führt zu einer Situation, in der dem demokratischen Gesetzgeber weder in der parlamentarischen Zentrale noch in gesellschaftlichen Rechtsetzungssystemen ein Spielraum für Innovationen bleibt, weil alle ,,Dynamik'' in Justizverfahren verlagert ist. Diese Tendenz kann nur durch demokratische Prozesse entprofessionaliserter Willensbildung unterrochen werden, wenn jener Rechtsformalismus gewährleistet ist, der Recht und Verfassung ausschließlich demokratischen Änderungen unterwirft, und sich allen situativen Anpassungen an etablierte Machtpositionen entzieht. Nur das formale Recht setzt delegierter Macht und sich selber Grenzen: Was in der Verfassung nicht ausdrücklich geregelt ist, bleibt der Gestaltungsfreiheit demokratischer Prozesse überlassen: ,,alles, was das Gesetz nicht ausdrücklich verbietet, ist erlaubt''. Daß überhaupt die formale Bestimmtheit des Rechts rechtsfreie Räume garantiert, gilt nicht nur für die institutionelle Verwirklichung von Volkssouveränität in parlamentarischer, plebiszitärer und dezentraler Gesetzgebung, sondern erst recht für Formen spontaner Ausübung nichtinstitutionalisierter Volkssouveränität. Erst die Anerkennung dieser klassischen Normativität der Verfassung eröffnet den verfassungsfreien Raum für gesellschaftliche Diskurse und Aktivitäten der Anerkennung und Verteidigung wie der Änderung und Neugebung einer Verfassung im ganzen.

Bedeutung rechtsfreier Räume

Die Bedeutung rechtsfreier Räume ist freilich gegenwärtig so weit aus dem Bewußtsein geschwunden, daß auch spontane basis

demokratische Aktivitäten, die tatsächlich Reformen der Verfassungsordnung beabsichtigen, sich als Ausübung eines Widerstands*rechts* verstehen. Sie desavouieren ihre eigene Praxis, wenn sie darauf bestehen, jederzeit „im Recht" zu bleiben, und sich dadurch auch die Beschränkungen einer bloß rechtlich verliehenen Kompetenz auferlegen. Dieses Selbstverständnis gibt einem totalisierten Verfassungsverständnis nach, das der Interpretationsherrschaft der Herrschenden zuarbeitet. Nach dieser Logik, die in der moralisierenden Entgrenzung des heutigen Strafrechts ihr Entsprechung hat, stehen denn auch die Zivlvorstellungen der gesellschaftlichen Basis als solche vor dem staatlichen Gericht und können hier — jenseits der selbstverständlichen Ahndung von Gesetzesverstößen — als „verwerflich" (§ 240 Abs. 2 StGB) qualifiziert werden. Auf diese Weise prüft nicht der moralische Diskurs der gesellschaftlichen Basis die staatliche Handhabung des Rechts, sondern kontrollieren umgekehrt staatliche Moralverwalter den öffentlichen Diskurs.

Jede Institutionalisierung von Volkssouveränität muß darum zugleich die Ausübung nichtinstitutionalisierter Volkssouveränität offenhalten, indem ihre Rechtsform rechtsfreie Räume gewährleistet. Sind in der laufenden Gesetzgebung demokratische Einflußchancen nur zu verwirklichen, indem Volkssouveränität sich verrechtlicht, so können andererseits die gesellschaftliche Kontrolle dieser Gesetzgebung und noch mehr der basisdemokratische Anspruch auf Weiterentwicklung gesellschaftlicher Verhältnisse nicht ohne den außerrechtlichen Vorsprung auskommen. Darin liegt ihre einzige Chance angesichts organisierter politischer Macht. Die ausschlaggebende Bedeutung außerrechtlicher Volkssouveränität liegt darin, daß sie jenen Kontrollmechanismus von unten nach oben in Gang halten kann, den das schöne Wort „Demokratie" bezeichnet. Verfassungsstaat und Volkssouveränität sind genau darin aufeinander angewiesen, daß Volkssouveränität nur durch eine lückenlose Verrechtlichung der Staatsapparate zu realisieren ist, welche zugleich die restlose Verrechtlichung von Volkssouveränität ausschließt. Demgegenüber bedeutet jeder Appell an die Tugend der Amtsverwalter oder das Vertrauen auf Selbstbeschränkungen eine Bankrotterklärung des Verfassungsstaates wie der Volkssouveränität. ■

Die Originalfassung erscheint demnächst in einem Sammelband: Thomas Kreuder (Hg.): Der orientierungslose Leviathan. Beiträge zur Steuerungsfunktion des Rechts und zur Notwendigkeit einer neuen Verfassung, Marburg SP-Verlag 1992.
Der Text von I. Maus wurde von der Redaktion gekürzt.

GÜNTER FRANKENBERG / ULRICH RÖDEL

Demokratische Frage — feministische Antworten

Eine Replik auf feministische Kritik

Am 29.6. fand unter dem Titel „Eine andere Moderne" die jährliche Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros statt. Hier setzte man sich in drei Foren mit den Konzepten einer „Zivilgesellschaft" und der „demokratischen Frage" auseinander, wie sie von den Autoren Rödel/Frankenberg/Dubiel neu gestellt und in der *links* bereits kontrovers diskutiert worden ist (vgl. *links* Nr. 237/239). Auf Interesse stieß insbesondere die feministische Kritik am Demokratiemodell von Rödel/Frankenberg/Dubiel, wie sie von Irmgard Schultz, Andrea Maihofer und Sylvia Kontos vorgetragen und von uns dokumentiert wurde (vgl. auch *links* Nr. 257/258/259). Auf die feministischen Einwände antworten jetzt Günter Frankenberg und Ulrich Rödel in einer Replik.

Wer die „demokratische Frage" stellt, muß mit kritischen Antworten rechnen. Erfreulich, wenn auch nicht selbstverständlich (vgl. *links* Nr. 237/239), daß die Kritik von Irmgard Schultz, Andrea Maihofer und Sylvia Kontos ohne Verdächtigungen auskommt. Weil hier der Platz fehlt, können wir nicht auf alle „kritischen Anmerkungen aus feministischer Sicht" eingehen und greifen nur die Punkte heraus, die den schärfsten Widerspruch zu unseren Thesen formulieren.

▶ Säkularisierung und die Mutter Gottes ◀

„Leben wir wirklich in einer säkularisiert legitimierten politischen Verfaßtheit", fragt Irmgard Schultz und kommt unter Berufung auf ein „Agreement jenseits der Differenzen" zu einer negativen Antwort. Hätte sie recht, wäre das für das zivilgesellschaftliche Projekt katastrophal. Denn eine der Bedingungen der Möglichkeit, Zivilgesellschaft überhaupt nur zu denken, ist gerade die Revolution gegen sakral legitimierte Herrschaft (von Gottes Gnaden, divine right etc.) und der Zerfall transzendent begründeter Einheitsbilder von Gesellschaft, die typischerweise in Körpermetaphern Ausdruck finden. Entscheidend ist, daß sich eine neue und unerhörte politische Imagination Bahn bricht, die es gestattet, Gesellschaften als autonome, also nicht von jenseitigen Mächten fremdbestimmte, nach einem feststehenden Plan von außen gesteuerte zu begreifen. Selbstorganisation und Selbstregierung, Autonomie, Republik und Demokratie bringen auf den Begriff, daß es fortan den Mitgliedern der Gesellschaften obliegt, ihre Geschichte und Geschicke selbst zu gestalten. Ob und wie das geschieht, wird nicht von blinder Evolution oder den dunklen Mächten der Geschichte bestimmt, sondern liegt in den Händen der *Aktivbürgerschaft*. Diese hat die immer nur vorläufige Antwort darauf zu finden, ob die Selbstregierung institutionell in Formen der direkten, repräsentativen oder parlamentarischen Demokratie ausgeübt wird, ob die Macht an Eliten delegiert wird oder nicht. (Die uns von Andrea Maihofer zugeschriebene „unerklärliche Neigung, direkte und identitäre Demokratie ineinszusetzen", ist in der Tat unerklärlich, weil konträr zu unserer Kritik identitärer

Symbolisierungen und Institutionalisierungen).

Säkularisierung als einen linearen und ausschließlich ideengeschichtlichen Prozeß zu begreifen, wäre ein Mißverständnis. Denn dieser Prozeß und die ihn begleitende theoretische Reflexion betrifft einmal das Problem, wie sich nach dem Bruch mit dem Transzendenten politische Autorität begründen und rechtfertigen und wie sich nach der Erosion traditionaler Hierarchien und Verpflichtungen ein sozialer Zusammenhalt stiften läßt. An der endlosen Serie von Revolutionen und Restaurationen, an den Erfolgen und Mißerfolgen von sozialen Bewegungen lassen sich die Hindernisse und Risiken des Geschäfts der Selbstregierung ablesen und zeigt sich die Zähsterbigkeit überkommener gesellschaftlicher Machtverhältnisse, wie insbesondere partriarchalischer Herrschaftsstrukturen. Eine zentrale These in der „demokratischen Frage" besagt nun, daß der wechselhafte Verlauf der Geschichte unter der Bedingung der Säkularisierung der Legitimationsgrundlagen von Herrschaft nicht verhindern konnte, daß die mit dem Projekt der Selbstregierung in einem offenen historischen Horizont verknüpfte politische Imagination immer von neuem ihre vitale handlungsmotivierende Kraft entfaltet. Der Zusammenbruch der totalitären Gesinnungsverwaltung stalinistischen Typs lieferte zuletzt einen eindrucksvollen Beleg für diese These.

Folglich sind das Überwintern der „Heiligen Familie" und die Verankerung des Sittengesetzes im Grundgesetz kein zwingendes Argument gegen die Wirkungskraft der Säkularisierung. Diese ist die unabdingbare

Zivilgesellschaft: Idee, Ideal, Ideologie oder was?

Voraussetzung dafür, daß sich der Rückgriff auf sakrale oder religiöse Rechtfertigungsmuster skandalisieren läßt, daß Irmgard Schultz zu Recht die christliche Schöpfungsordnung als „vordemokratisches Fundament" der Abtreibungs-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kritisieren und ihr aus der Perspektive Westeuropas die Rückkehr der Mutter Gottes in die gerade begründete polnische Republik unverständlich erscheinen kann. Der Wirkung der Säkularisierung der Legitimitätsgrundlagen von Herrschaft kann selbst die Frauenbewegung bei der Reflexion auf ihre Entstehungsgeschichte auf die Spur kommen. Die Forderung nach gleichen Freiheitsrechten aller Bürger in der Republik entzog erstmals allen traditional oder religiös begründeten Rechtfertigungen des Patriarchats den Boden und eröffnete überhaupt erst das öffentliche Terrain für den Emanzipationsprozeß der Frauen. Der nun mehr als 200 Jahre währende Kampf prägt als einer der zentralen Konflikte das Gesicht der Zivilgesellschaft.

Aber gerade an diesem Konzept der Zivilgesellschaft scheiden sich erneut die Geister. Affirmation des Status quo, Verharmlosung des Kapitalismus und Verdrängung der realexistierenden Gewaltverhältnisse, also Ideologie im schlechstesten Sinne vermuten unsere feministischen KritikerInnen einhellig hinter dieser Kategorie. Sie sind sich — bei vorsichtigem Interesse an einer zivilistisch-gewaltlosen Utopie (Schultz) — einig in der Ablehnung des zivilgesellschaftlichen Projekts (1) als eines wohl faszinierenden, aber gefährlichen Traumes „von Umgangsformen, aus denen Gewalt gebannt ist" (Schultz), (2) als „des ganz Anderen von Macht und Gewalt", (3) als die Fortsetzung „der Logik des Krieges mit anderen Mitteln" (Maihofer), oder (4) als „Strategie zur Entschärfung des Geschlechterkonflikts" (Kontos).

An diesem Ideologieverdacht sind wir vielleicht nicht ganz unschuldig, weil wir die Ebene der symbolischen Repräsentation (wie wir denken: aus guten Gründen) gegenüber der „harten" institutionellen Realität betonen, und weil sich dem Essay zumindest zwei Bedeutungsvarianten von Zivilgesellschaft entnehmen lassen: eine phänomenologische und handlungstheoretische Erschließung moderner Gesellschaften sowie die regulative Idee einer konfrontativen, aber gewaltlosen Konfliktaustragung. Nicht mit konzeptionellen Ungenauigkeiten ist freilich zu erklären, daß Zivilgesellschaft (als Gegenbild) an die „Logik des Krieges", nicht an den civis/Bürger erinnert. Hier kommen spezifisch deutsche Bedingungen politischer Theorie und Praxis ins Spiel.

Jedenfalls gehen in der Debatte über das zivilgesellschaftliche Projekt (1) eine Vorstellung von Politik als Freund-Feind-Konfrontation à la Carl Schmitt, (2) die traditionelle negative oder positive Fixierung auf den Staat als Dreh- und Angelpunkt von Politik, (3) ein Mangel republikanischer Traditionen und (4) die Identifizierung der zivil = bürgerlichen Gesellschaft mit der kapitalistischen Produktionsweise eine untergründige Ménage à quatre ein. Im Wechselspiel verhinderten die Partner 1 bis 3, daß ein robuster Republikanismus hierzulande Fuß fassen konnte. Während der Partner 4 neuerdings hilft, das zivilgesellschaftliche Projekt aus linker Sicht pauschal unter Harmonie- und Ideologieverdacht zu stellen, äußert sich die feministische Kritik ähnlich unter Bezug auf patriarchale Herrschaftsverhältnisse (vgl. Kontos und Schultz). Dieser Vorwurf überrascht, soll doch gerade der so kritisierte Ansatz, in Verknüpfung mit der Säkularisierungsthese, den Blick freigeben auf eine von Interessen — bis zum Grenzfall des Antagonismus — zerrissene, nach Weltanschauungen und Lebensentwürfen pluralisierte Gesellschaft, die mangels sakral oder sonstwie prästabilisierter Harmonie auf Dauer mit sich im Streit liegt. Sollte der Essay nahelegen, es gehe im wesentlichen um Lebensstilfragen (vgl. Maihofer), so wäre das insofern mißlich, als diese

nur die an der Oberfläche liegenden und vergleichsweise harmlosen Auseinandersetzungen darstellen, mit denen in dieser Konfliktgesellschaft zu rechnen ist. Man (vielleicht auch frau) sollte meinen, daß die Kategorie des Antagonismus auch Theorien des Geschlechterverhältnisses analytisch angemessen bedienen kann. Angemessener jedenfalls als Utopien „einer zukünftig anderen, besseren Zeit" (Schultz). Solche aus der Kritik am Patriarchat entwickelten — dem Traum von der klassenlosen Gesellschaft verwandte — Utopien offenbaren den Vorgriff auf eine mit sich versöhnte (androgyne, dann endlich friedfertige?) Gesellschaft. Freilich: historisch, theoretisch und empirisch spricht nichts für eine Versöhnung der Klassen, Gruppen und Geschlechter, selbst wenn das Kapitalverhältnis aufgehoben, die materielle Knappheit beseitigt und das Patriarchat geschliffen werden sollte. Werden uns die soziale, die Geschlechter- und die ökologische Frage (und andere) auf Dauer begleiten, dann besteht kein Anlaß, die in der „demokratischen Frage" eröffnete Perspektive unversöhnlicher sozialer Konflikte vor einem offenen geschichtlichen Horizont aufzugeben.

Friede, Freude, Öffentlichkeit

Stein des Anstoßes auch der feministischen Kritik ist die angeblich naive Idee von Öffentlichkeit. Naiv wäre dann allerdings die Vorstellung einer im Zuge der Säkularisierung frei-gesetzten symbolischen Sphäre, in der sich die Autonomie und Handlungsfähigkeit der BürgerInnen und ihrer Assoziationen erweisen. Fern von jeglicher „Lyrik" (Kontos) oder „Mystik" (Maihofer) meinen wir dagegen, daß in den öffentlichen Arenen die unterschiedlichen Meinungen, Weltdeutungen, Lebensstile, Lebensentwürfe und antagonistischen Interessen zur Geltung kommen und konflikthaft ausgetragen werden können. Mißverständlich wäre der Eindruck, hierbei handelte es sich um einen kompakten, „außerhalb dieser Welt" von Herrschaft und Gewalt situierten Raum, in dem die Menschen nach Maßgabe einer alle umgreifenden Rationalität „friedlich" miteinander umgehen (Maihofer). Mißverständlich wäre weiter, sich die Freisetzung und Entgrenzung der symbolischen Sphäre des Öffentlich-Politischen als Ausgangspunkt eines „gradlinig" "fortschreitenden Demokratisierungsprozesses" (Kontos) vorzustellen. Problematisch ist daher die Vermutung, das von einer autonomen Sphäre des Politischen informierte Politikkonzept sei analytisch nicht auf der Höhe der „Interdependenzen" von Produktion und Reproduktion, von Öffentlichkeit und Privatheit, von Staat und Familie (Kontos).

Dem ist entgegenzuhalten, daß eine phänomenologische Erschließung des Öffentlichen zum einen sensibel macht für die unterschiedlichen Formen und Foren, in und auf denen Kontroversen ausgetragen werden, und zum anderen den Blick schärft für strukturelle Hindernisse, die den Zugang zur Öffentlichkeit verlegen sowie für Mechanismen der Ausgrenzung von Personen, Gruppen, sozialen Bewegungen und politischen Minderheiten. (Auch zahlenmäßige Mehrheiten können aus der Sphäre der politischen Öffentlichkeit ausgeschlossen, struktuell majorisiert oder im Einzelfall überstimmt werden. Die Frauen als „politische Minderheit" zu bezeichnen, offenbart also nicht unbedingt eine mathematische Fehlleistung.) Was der Essay nicht leistete, sollen von ihm angeleitete empirische Untersuchungen zunächst über die selbstorganisierten Öffentlichkeiten, über die Medienöffentlichkeit und über die politisch-rechtlich institutionalisierte Öffentlichkeit in der BRD nachliefern: ein differenziertes Bild der jeweiligen Argumentations- und Konfliktmuster und ihrer Verschränkungen. Eine notwendige (uns nicht erst aus Anlaß der feministischen Kritik einfallende) Ergänzung wäre eine detaillierte Studie, wie die Frauenbewegung als spezifischer Typ von sozialer Bewegung ihre Forderungen artikuliert, veröffentlicht und durchzusetzen versucht, ob und in welcher Weise sie sich dabei auf die Prinzipien der grundlegenden (verfassungmäßigen) Konvention über die Rechte und Ansprüche von BürgerInnen bezieht — oder nicht. Der Kampf um Wahlrecht und Gleichberechtigung, ja auch um die Anerkennung des Rechts auf Differenz, die Skandalisierung der Trennung von Haus- und Erwerbsarbeit und des hintergründigen „sexual contract" (C. Pateman) wie überhaupt die Politisierung der Grenzziehung zwischen Privatsphäre und Öffentlichkeit — all diese Konflikte liegen nach unserem Verständnis innerhalb der in der „demokratischen Frage" konzipierten Sphäre des Öffentlich-Politischen. Hinzuzufügen ist, daß diese Perspektive die Akteure (ganz gleich welchen Geschlechts) nicht auf bestimmte Strategien, Legitimationszwänge und Argumentationsmuster festlegt. An den vielfältigen Spielarten zivilen Ungehorsams läßt sich zudem ablesen, daß öffentliche Kontroversen sich nicht auf den sog. friedlichen (rein geistigen) Wettstreit der Meinungen reduzieren lassen.

Ebenso wie wir einen radikalen (und durchaus ungemütlichen) Pluralismus für das Signum einer heillos modernen Welt halten (dem scheinen die KritikerInnen zuzustimmen), deren Äußerungsform eine Konflikthaftigkeit mit unterschiedlicher Intensität ist, gehen wir andererseits davon aus, daß sich sozialer Zusammenhalt in einer Republik — wenn überhaupt — *nur aus der Erfahrung durchgestandener politischer Kontroversen herausbilden kann.* Es scheint uns trivial, daß nicht jede Konflikterfahrung den Faden liefert, aus dem sich ein soziales Band knüpfen läßt. Aber alle diese Konflikte verbinden sich zu dem mühsamen Kampf gegen jegliche Anmaßung von Gewalt und gegen *jede* Herrschaft (in Worten: jede), die das Licht der Öffentlichkeit scheut und die Konfliktregeln zu Lasten sozialer Gruppen und politischer Bewegungen manipuliert, um diese aus der Öffentlichkeit auszugrenzen.

Wer das für naiv, rationalistisch oder harmonistisch hält, sollte eine praktikable und für die Betroffenen akzeptable Alternative zum „nüchternen Realismus" der Demokratie formulieren. Bis dahin bleiben wir dabei: Wenn nicht Gewalt und Vorrechte betreffend die Körper oder das Bewußtsein anderer, dann ein Mindestmaß an Zivilität. Wenn nicht der liebe Gott oder seine quasiweltlichen Ersatzformen (Staat, Nation, Volk, Avantgarde oder Führer), dann die Assoziationen der politischen Aktivbürgerschaft. *Wenn nicht Konsens* oder prästabilisierte Harmonie, *dann eben immer wieder Streit.* Mit dem Risiko von bitteren, *aber eben niemals endgültigen Niederlagen.*

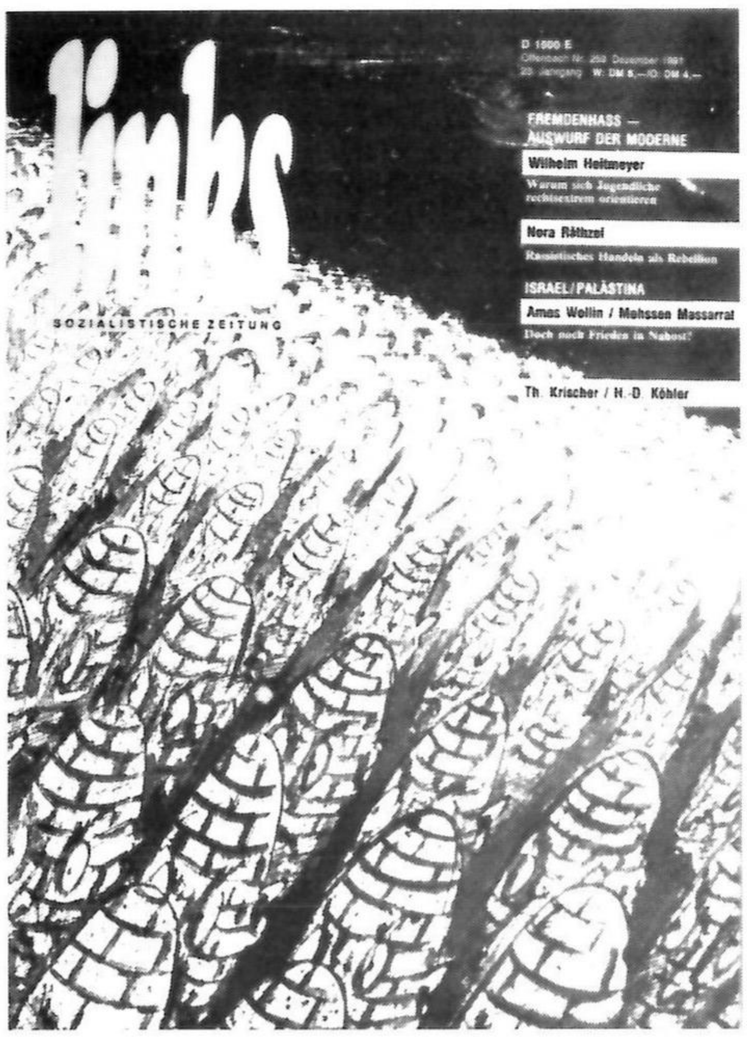
Die demokratische Frage den KritikerInnen gestellt

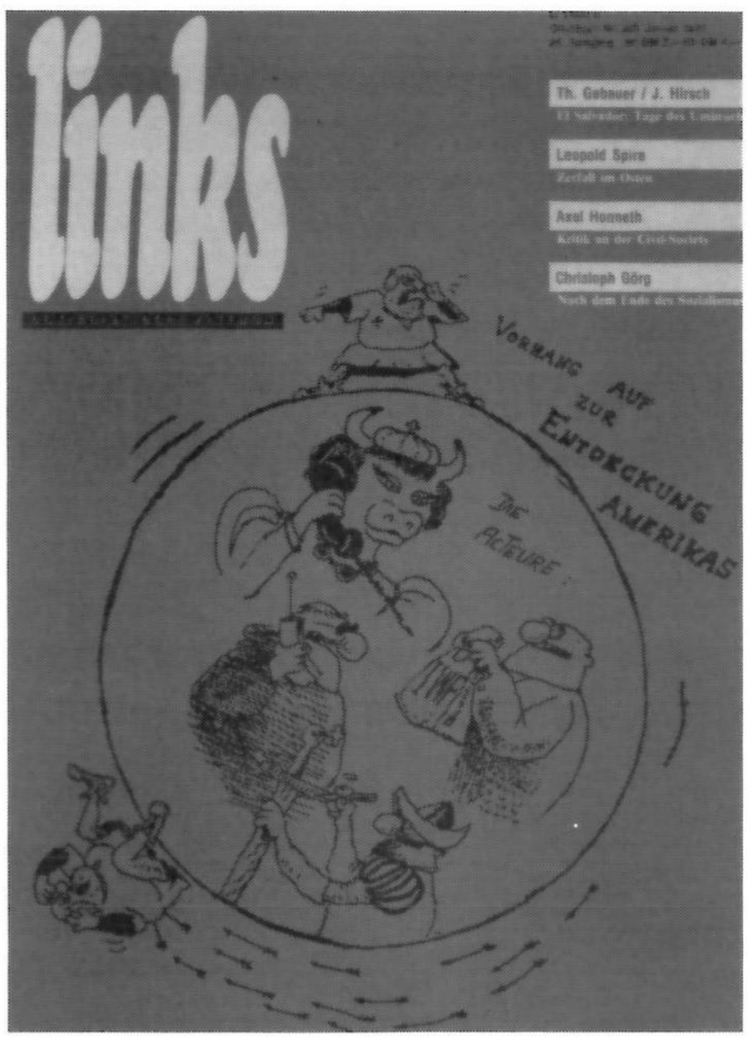
Zum Schluß nehmen wir uns die Freiheit, unsere KritikerInnen zu fragen, wie sie sich denn den Rahmen vorstellen, innerhalb dessen mit Aussicht auf Erfolg der politische Kampf um die radikale Emanzipation der Frauen ausgetragen werden kann. Soll dem Patriarchat mit Hilfe einer gewaltsamen Revolution der geschichtliche Prozeß gemacht werden? Solche Träume von Erlösungspolitik dürften ausgeträumt sein. Also bleibt als Handlungsrahmen wohl nur die demokratische Republik — mit ihrer konstitutionell verankerten Anerkennung persönlicher Freiheitsrechte und politischer Kommunikationsfreiheiten und einer durch diese eröffneten Sphäre der politischen Öffentlichkeit.

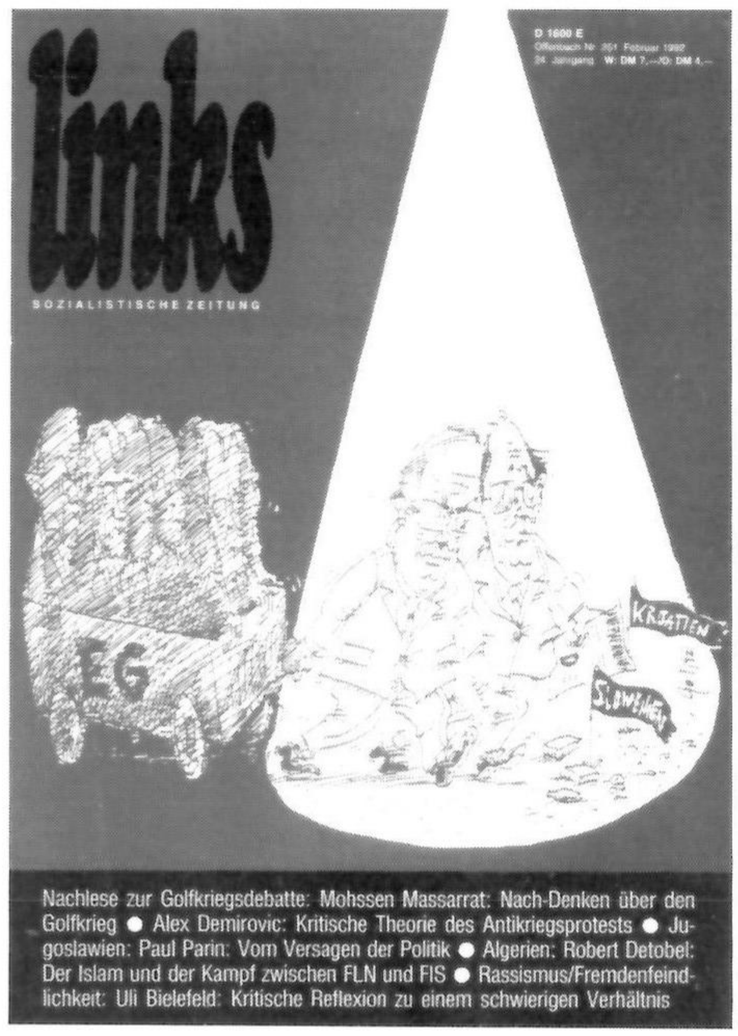
Muß nicht die Frauenbewegung auch hier ihre Vorstellungen von Öffentlichkeit geltend machen und auch innerhalb dieses Rahmens für die Anerkennung der den Frauen vorenthaltenen Rechte und der von ihnen neu reklamierten Rechte und Ansprüche, um Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen und schließlich um politische Mehrheiten in den Repräsentationsorganen kämpfen? Können die „patriarchalen Tiefenstrukturen" allein durch eine alternative Lebenspraxis abgebaut werden, oder bedarf es dazu nicht zugleich des öffentlichen Kampfes um Anerkennung? Und wo, wenn nicht innerhalb der Zivilgesellschaft, liegt der Austragungsort dieses Emanzipationskampfes der Frauen um die Anerkennung ihrer Rechte, vor allem auch durch die Männer, so insbesondere eines Rechts auf ein Leben ohne materielle Not und Gewalt, auf eine befreite und befreiende Sexualität und auf experimentelle Lebensentwürfe jenseits von Ehe und Familie? Oder zielt der Kampf der Frauenbewegung um Autonomie und Separatismus auf ein Jenseits der Zivilgesellschaft? Sollte es eine andere politische Handlungsperspektive geben, so wären wir neugierig auf die Antwort auf die hiermit erneut gestellte *demokratische Frage.* ■

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Bürgerkrieg in Jugoslawien, zur vergrößerten Bundesrepublik, zur Problematik des Rassismus, zu 500 Jahre Amerika und zur Nachlese auf die Golfkriegsdebatte.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Nachlese zur Golfkriegsdebatte: Mohssen Massarrat: Nach-Denken über den Golfkrieg ● Alex Demirovic: Kritische Theorie des Antikriegsprotests ● Jugoslawien: Paul Parin: Vom Versagen der Politik ● Algerien: Robert Detobel: Der Islam und der Kampf zwischen FLN und FIS ● Rassismus/Fremdenfeindlichkeit: Uli Bielefeld: Kritische Reflexion zu einem schwierigen Verhältnis

Abo-Bestellschein

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____
Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____
Straße

_____
Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

_____
Name der Bank

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
PLZ Wohnort

_____
Datum Unterschrift

Das ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

_____

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Probe-Abonnement

☐ Ich möchte die aktuelle und die nächste *links*-Ausgabe zum Preis von 9,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

_____
Vor- und Zuname

_____
Straße

_____
PLZ Wohnort

_____
Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

1

WO DIE LINKS ZU BUCHLÄDEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7